

Migrationsrechtlicher Leitfaden zur Zusammenarbeit von Künstlerinnen* und Kunstvereinen in Deutschland

Guidelines on migration law for cooperation between artists and art associations in Germany

von / by Nora Ebeling und / and Viktor Riad

**Migrationsrechtlicher Leitfaden
zur Zusammenarbeit von
Künstlerinnen* und Kunstvereinen
in Deutschland**

von Nora Ebeling
(Rechtsanwältin aus Berlin)

und Viktor Riad
(Rechtsanwalt aus Berlin)

A	EINLEITUNG	S. 09
----------	-------------------	--------------

B	RECHTLICHE MÖGLICHKEITEN ZUR EINREISE UND ZUM AUFENTHALT NICHT-DEUTSCHER KÜNSTLERINNEN	S. 11
----------	---	--------------

B	I) Wohnsitz / gewöhnlicher Aufenthalt außerhalb der EU	S. 12
----------	---	--------------

1)	GEPLANTE AUFENTHALTSDAUER BIS ZU 90 TAGEN	S. 13
(a)	Nicht-privilegierte Drittstaatsangehörige	S. 13
(i)	Anspruchsgrundlage: Visakodex	S. 13
(ii)	Erteilungskonditionen	S. 13
(iii)	Erteilungsvoraussetzungen	S. 17
(iv)	Antragsverfahren und Praxishinweise	S. 19
(b)	Privilegierte Drittstaatsangehörige	S. 23
2)	GEPLANTE AUFENTHALTSDAUER ÜBER 90 TAGE BIS ZU 1 JAHR	S. 27
(a)	Nicht privilegierte Drittstaatsangehörige	S. 28
(i)	Anspruchsgrundlage:	S. 28
	§ 21 Abs. 5 AufenthG i.V.m. § 6 Abs. 3 S. 1 AufenthG	
(1)	Erteilungskonditionen	S. 29
(2)	Erteilungsvoraussetzungen	S. 29
(3)	Antragsverfahren und Praxishinweise	S. 32
(ii)	Anspruchsgrundlage:	S. 35
	§ 7 Abs. 1 S. 3 i.V.m. § 6 Abs. 3 AufenthG	
(1)	Erteilungskonditionen	S. 36
(2)	Erteilungsvoraussetzungen	S. 37
(3)	Antragsverfahren und Praxishinweise	S. 38
(b)	Privilegierte Drittstaatsangehörige	S. 41
3)	GEPLANTE AUFENTHALTSDAUER ÜBER 1 JAHR	S. 44
(a)	Nicht-privilegierte Drittstaatsangehörige	S. 44
(i)	Anspruchsgrundlage:	S. 44
	§ 21 Abs. 5 AufenthG (i.V.m. § 6 Abs. 3 S. 1 AufenthG)	
(1)	Erteilungskonditionen	S. 44
(2)	Erteilungsvoraussetzungen	S. 45
(3)	Antragsverfahren und Praxishinweise	S. 46
(ii)	Anspruchsgrundlage:	S. 48
	§ 7 Abs. 1 S. 3 (i.V.m. § 6 Abs. 3 S. 1 AufenthG)	
(1)	Erteilungskonditionen	S. 48
(2)	Erteilungsvoraussetzungen	S. 49
(3)	Antragsverfahren und Praxishinweise	S. 49
(b)	Privilegierte Drittstaatsangehörige	S. 49

B	II) Wohnsitz / gewöhnlicher Aufenthalt in der EU (außerhalb Deutschlands) mit Aufenthaltserlaubnis eines anderen Mitgliedstaates	S. 52
----------	---	--------------

1)	GEPLANTE AUFENTHALTSDAUER BIS ZU 90 TAGEN	S. 53
a)	Nicht-privilegierte Staatsangehörige	S. 53
b)	privilegierte Drittstaatsangehörige	S. 54
2)	GEPLANTE AUFENTHALTSDAUER ÜBER 90 TAGE	S. 55
a)	Nicht-privilegierte Staatsangehörige	S. 55
b)	privilegierte Drittstaatsangehörige	S. 55

B	III) Wohnsitz / gewöhnlicher Aufenthalt innerhalb Deutschlands	S. 58
----------	---	--------------

1)	PERSONEN MIT AUFENTHALTSTITEL	S. 59
2)	PERSONEN OHNE AUFENTHALTSTITEL	S. 60

B	IV) Unionsbürgerinnen*, Staatsangehörige des EWR und Schweizerinnen* mit Aufenthalt in einem anderen (Mitglied-)Staat als ihrem Herkunftsstaat sowie Britische Staatsangehörige und ihre Familienangehörigen	S. 62
----------	---	--------------

C	EMPFEHLUNGEN / HANDLUNGSANWEISUNGEN AN KUNSTVEREINE UND KÜNSTLERINNEN*	S. 65
----------	---	--------------

D	GLOSSAR	S. 69
----------	----------------	--------------

	ANNEX	S. 70
--	--------------	--------------

A	INTRODUCTION	p 77
----------	---------------------	-------------

B	LEGAL POSSIBILITIES TO ENTER AND RESIDE AS AN ARTIST WITHOUT GERMAN CITIZENSHIP	p 79
----------	--	-------------

B	I) Domicile / usual place of residence outside the EU	p 80
----------	--	-------------

1)	PLANNED RESIDENCE OF UP TO 90 DAYS	p 81
(a)	Nicht-privilegierte Drittstaatsangehörige	p 81
(i)	Basis of claim: Visa Code	p 81
(ii)	Conditions of issuance	p 81
(iii)	Prerequisites for issuance	p 85
(iv)	Application process and practical advice	p 87
(b)	Privileged third-country citizens	p 90
2)	INTENDED RESIDENCE OF 90 DAYS UP TO 1 YEAR	p 93
(a)	Non-privileged third-country citizens	p 94
(i)	Bases of claim: Sec 6 Para. 3 S. 1 AufenthG in conjunction with Sec. 21 Para. 5 AufenthG	p 94
(1)	Conditions of issuance	p 94
(2)	Prerequisites for issuance	p 95
(3)	Application procedure and practical tips	p 96
(ii)	Bases of claim: Sec. 6 Para. 3 S. 1 in conjunction with Sec. 7 Para. 1 S. 3 AufenthG	p 101
(1)	Conditions of issuance	p 101
(2)	Prerequisites for issuance	p 103
(3)	Application procedure and practical tips	p 104
(b)	Privileged third-country citizens	p 106
3)	INTENDED RESIDENCE EXCEEDS 1 YEAR	p 108
(a)	Non-privileged third-country citizens	p 108
(i)	Bases of claim: Sec 21 Para. 5 AufenthG in conjunction with Sec. 6 Para. 3 AufenthG	p 108
(1)	Conditions of issuance	p 108
(2)	Prerequisites for issuance	p 108
(3)	Application procedure and practical tips	p 109
(ii)	Bases of claim: § 7 Abs. 1 S. 3 (i.V.m. § 6 Abs. 3 S. 1 AufenthG)	p 111
(1)	Conditions of issuance	p 111
(2)	Prerequisites for issuance	p 112
(3)	Application procedure and practical tips	p 112
(b)	Privileged third-country citizens	p 112

B	II) Domicile / usual place of residence in the EU (not including Germany) with a residence title from another member state	p 114
----------	---	--------------

1)	PLANNED RESIDENCES OF UP TO 90 DAYS	p 115
a)	Non-privileged citizens	p 115
b)	Privileged third-country citizens	p 115
2)	PLANNED RESIDENCES EXCEEDING 90 DAYS	p 117
a)	Non-privileged citizens	p 117
b)	Privileged third-country citizens	p 117

B	III) Domicile / usual place of residence within Germany	p 120
----------	--	--------------

1)	PEOPLE WITH A RESIDENCE TITLE	p 121
2)	PEOPLE WITHOUT A RESIDENCE TITLE	p 122

B	IV) Citizens of the European Union, the European Economic Area (EEA) and Switzerland residing in a (member) state other than their country of origin, as well as British citizens and their family members	p 124
----------	---	--------------

C	RECOMMENDATIONS AND INSTRUCTIONS FOR ACTION FOR ART ASSOCIATIONS AND ARTISTS	p 126
----------	---	--------------

D	GLOSSARY	p 130
----------	-----------------	--------------

	ANNEX	p 132
--	--------------	--------------

A) EINLEITUNG

In der Kunstszene der Bundesrepublik Deutschland scheint ein weit verbreiteter Mythos zu bestehen, dass nicht-deutschen Künstlerinnen*¹ schnell und unkompliziert sog. „Artist Visa“ erteilt werden. Wie viele der betroffenen Künstlerinnen* dann aber spätestens während der Vorbereitung ihrer Reise feststellen müssen, ist dies mitnichten der Fall. Eine Vielzahl undurchsichtiger Regelungen und komplizierter Verfahrensschritte trägt dazu bei, dass die Künstlerinnen* sich nicht nur teilweise überfordert, sondern diskriminiert und nicht willkommen fühlen.

Die Probleme fangen bereits damit an, dass die deutschen Behörden häufig nur sehr schlecht erreichbar sind, dies gilt insbesondere für die deutschen Auslandsvertretungen. Offenkundig liegt dies auch daran, dass diese Behörden strukturell unzureichend ausgestattet werden. Dies zeigt sich insbesondere in den Ländern, in denen aufgrund kriegerischer Auseinandersetzungen oder der Herrschaft von Terrorregimen die deutschen Auslandsvertretungen geschlossen und Ersatzzuständigkeiten in Nachbarländern geschaffen wurden, wie beispielsweise im Falle Syriens. Syrische Antragstellerinnen* müssen zum Teil Jahre lang auf Termine an der Botschaft warten, um in die Bundesrepublik Deutschland einreisen zu können. Einmal in Deutschland angekommen, müssen die Betroffenen sich mit Behörden rumschlagen, deren Amtssprache Deutsch ist, obgleich sie doch Einwanderungsbehörden sind und damit gerade ein Publikum bedienen müssen bzw. sollen, das in der Regel nur minimale Deutschkenntnisse hat. Dadurch treffen überforderte Behördenmitarbeiterinnen* auf überforderte Antragstellerinnen*, was unweigerlich ein hohes Konfliktpotential mit sich bringt. Hinzu kommen noch die Ressentiments einzelner Mitarbeiterinnen* gegenüber nicht-deutschen Menschen. Nicht selten kommt es zu Situationen, in denen diese rassistische Denkmuster an den Tag legen, zumindest aber die eigene privilegierte Position verkennen oder als selbstverständlich hinnehmen. Befördert wird das ohnehin bestehende Machtgefälle dabei auch dadurch, dass eine einzelne Antragstellerin* sich einem übermächtigen und unerreichbaren Behördenapparat gegenüber sieht, in der viele gegen eine* zu agieren scheinen.

Dies wird noch begünstigt durch z.T. höchst einwanderungsfeindliche Regelungen und Gesetze, die wiederum zeigen, dass Deutschland zwar Einwanderungsland für hoch qualifizierte Fachkräfte sein möchte, nicht aber ein weltoffener Ort für die Förderung kulturellen Austausches. Die Bundesrepublik Deutschland will durch die gesetzlichen Regelungen vor allem eines erreichen: durch Einwanderung die lokale Wirtschaft stärken und die eigene Führungsposition in der Welt aufrechterhalten; dass der Reichtum des globalen Nordens auf der Ausbeutung des globalen Südens beruht, interessiert dabei nicht. Das geltende Gesetz wird vielmehr dazu genutzt, diese Ungleichheiten so gut es geht zu manifestieren. Bereits der Kerngedanke, der den Gesetzen über die Einwanderung zu Grunde liegt, ist per se zutiefst konservativ und wurzelt in einem nationalstaatlichen und neokolonialen Denkmuster, das zu einem Selbstverständnis des Anspruchs auf Vorherrschaft und Besserstellung führt. Die Räume und Strukturen mit denen sich die nicht-deutschen Künstlerinnen* hier konfrontiert sehen, bestärken mithin das Erleben von Ablehnung und Diskriminierung.

Zugleich aber hat das Recht auch emanzipatorisches Potential und kann als Werkzeug im Kampf für soziale Gerechtigkeit genutzt werden. Dafür ist es jedoch wichtig, selbst auf Räume und Strukturen zurückgreifen zu können, die eine gewisse Wirkmacht haben: Zuvörderst ist dafür natürlich wichtig, die Gegebenheiten zu kennen, also darüber informiert zu sein, welche Rechte einem prinzipiell zustehen, wie sie durchgesetzt werden können und vor allem sich selbst eine Struktur zu schaffen, die bei der Durchsetzung dieser Rechte hilfreich sein kann. In der Kunstszene sind die nicht-deutschen Künstlerinnen* dabei vor allem auf ein Netzwerk in Deutschland angewiesen, das sie von Anfang an bei dem Prozess der Antragstellung unterstützen und begleiten kann. Denn in dem deutschen Bürokratiewahnsinn zurechtzukommen, ist schon aus dem Inland heraus eine Herausforderung, die durch einen Wohnsitz im Ausland aber noch größer wird — keine gute Ausgangslage, um seine eigenen Rechte effizient

¹ Wir nutzen in diesem Dokument das generische Femininum; damit wollen wir alle Menschen einschließen, was durch das Sternchen hinter der weiblichen Form symbolisiert wird.

durchzusetzen. Hinzu kommen freilich ökonomische Aspekte. Denn zur Durchsetzung der eigenen Rechte müssen neben den Kosten für das Verwaltungsverfahren häufig auch solche für rechtlichen Rat bzw. Beistand finanziert werden. Während es für eine einzelne, freiberuflich arbeitende Künstlerin* häufig eine finanzielle Herausforderung sein wird, diese Kosten zu stemmen, können die Kunstvereine solche Ressourcen aufgrund ihrer Wirkmacht und Größe deutlich einfacher bereithalten.

Ziel dieser Guidelines ist es daher, nicht nur die Künstlerinnen* selbst über ihre rechtlichen Möglichkeiten respektive Ansprüche umfassend und doch möglichst praxisorientiert zu informieren, sondern auch die Institutionen, die diese einladen, darauf aufmerksam zu machen, mit welchen Problemen und Herausforderungen die Künstlerinnen* konfrontiert sein können, wenn sie zur Teilnahme an einer Ausstellung von einem in Deutschland ansässigen Kunstverein eingeladen werden. Dadurch soll aufgezeigt werden, wie wichtig die Unterstützung durch die Kunstvereine für die betroffenen Individuen sein kann und welche Möglichkeiten bzw. welchen Einfluss die Kunstvereine darauf haben, das emanzipatorische Potential des Rechts auszuschöpfen und sich damit zugleich gegen die Manifestierung diskriminierender Strukturen einzusetzen und kulturelle Vielfalt zu fördern.

In Teil B) der Guidelines werden daher zunächst die verschiedenen rechtlichen Möglichkeiten zur Einreise und zum Aufenthalt nicht-deutscher Künstlerinnen* in der Bundesrepublik Deutschland erläutert. Dabei werden die sehr unterschiedlichen Lebensrealitäten und Ausgangslagen von Künstlerinnen* berücksichtigt. Zunächst soll nach dem derzeitigen Aufenthaltsort der Künstlerinnen* differenziert werden (Kategorien I – IV), sodann nach der geplanten Aufenthaltsdauer (Kategorien 1 bis 3)). Zuletzt wird zwischen der jeweiligen Nationalität der Antragstellerinnen* unterschieden, da Staatsangehörige bestimmter Länder im Vergleich zu anderen Betroffenen in der Bundesrepublik Deutschland privilegiert behandelt werden, sei es im Rahmen der Verfahrensgänge oder der materiell-rechtlichen Voraussetzungen für ihren Aufenthalt (Kategorien (a) und (b)). Innerhalb der einzelnen Gruppierungen werden teilweise zudem die verschiedenen Möglichkeiten zur Ausgestaltung der Zusammenarbeit von Kunstvereinen mit nicht-deutschen Künstlerinnen* sowie deren Einfluss auf die Prozesse erläutert. Neben der Behandlung des derzeit im Künstlerhaus Stuttgart vorherrschenden Modells des sog. „Ausstellungsvertrags“ soll hier auch das Potential der Etablierung öffentlich geförderter Stipendien- und / oder Residenzprogramme aufgezeigt werden. Durch die einleitende Erläuterung von Fallbeispielen, soll es den Kunstvereinen und Künstlerinnen* ermöglicht werden, sich einer Kategorie zuordnen zu können, bevor die genaue Ausgestaltung der Zusammenarbeit geklärt wird und etwaige Prozesse gestartet werden. Diesem Teil folgen die Empfehlungen für die Kunstvereine und die Künstlerinnen* (Teil C.). Zuletzt werden die wichtigsten rechtlichen Begrifflichkeiten in einem Glossar erläutert (Teil D.). Zusätzlich findet sich am Ende des Dokuments eine Übersicht über die möglicherweise für die Durchsetzung der vorgestellten Möglichkeiten / Prozesse entstehenden Kosten, die den einladenden Kunstvereinen die Budgetplanung erleichtern soll (Annex).

Zuletzt sei noch darauf hingewiesen, dass dieses Dokument insbesondere darauf abzielt, Künstlerinnen* nicht-deutscher Herkunft die Ausrichtung einer Ausstellung in der Bundesrepublik Deutschland zu ermöglichen. Gleichwohl sind wir uns bewusst, dass nach der Einreise und/oder einer künstlerischen Tätigkeit im Ausland ganz neue Bedürfnisse und Themen – wie beispielsweise drohende politische Verfolgung im Herkunftsland – aufkommen können, die einen längeren Aufenthalt erforderlich machen oder einen anderen Aufenthaltsweg begründen und damit ganz andere Prozesse in Gang setzen können. Auch wenn diese Fragen und die daraus folgenden rechtlichen Vorgaben mindestens genauso komplex und wichtig sind, wie die hier adressierten, würde ihre Behandlung den Rahmen dieser Guidelines doch sprengen. In jedem Fall sollten die Künstlerinnen* und Kunstvereine sich aber darüber bewusst sein, dass auch insoweit potentiell ein Bedarf an weitergehender rechtlicher Beratung und Unterstützung besteht.

B) RECHTLICHE MÖGLICHKEITEN ZUR EINREISE UND ZUM AUFENTHALT NICHT-DEUTSCHER KÜNSTLERINNEN*

Im Folgenden sollen die verschiedenen Lebensrealitäten und Ausgangslagen der nicht-deutschen Künstlerinnen* kategorisiert werden, mit denen der Kunstverein zusammenarbeitet. Es wird hier vornehmlich nach aktuellem Aufenthaltsort (Kategorien I bis IV)), nach geplanter Aufenthaltsdauer (Kategorien 1 bis 3)) sowie der Nationalität der eingeladenen Künstlerinnen* unterschieden (Kategorien (a) und (b)).

I) Wohnsitz / gewöhnlicher Aufenthalt außerhalb der EU

Zunächst soll die Gruppe von Künstlerinnen* behandelt werden, die ihren Aufenthalt außerhalb der Europäischen Union (EU) hat, wenn sie zur Teilnahme an bzw. Ausrichtung einer Ausstellung in der Bundesrepublik Deutschland eingeladen wird.

1) GEPLANTE AUFENTHALTSDAUER BIS ZU 90 TAGEN

Die folgenden Ausführungen richten sich dabei an Personen, die planen, maximal für 90 Tage in der Bundesrepublik Deutschland zu bleiben. Dabei werden die einschlägigen gesetzlichen Regelungen für die Einreise und den Aufenthalt, die Konditionen und Voraussetzungen, die mit diesen Anspruchsgrundlagen einhergehen, sowie das Verfahren inklusive hilfreicher Praxishinweise ausführlich erläutert.

(a) NICHT-PRIVILEGIERTE DRITTSTAATSANGEHÖRIGE²

Zuerst soll auf die vermeintlich größte Personengruppe der betroffenen Künstlerinnen*, die sog. nicht-privilegierten Drittstaatsangehörigen, eingegangen werden – also Personen, die aus Herkunftsländern kommen, mit denen weder die EU noch die Bundesrepublik Deutschland besondere Abkommen zur Erleichterung der Einwanderung geschlossen hat.

→ FALLBEISPIEL

Die ägyptische Künstlerin O wird von einem Kunstverein nach Deutschland eingeladen, um hier eine Ausstellung zu eröffnen. In diesem Rahmen soll sie ihr Werk auch hier entwickeln und bei der Ausstellungseröffnung präsentieren. Die Dauer ihres Aufenthalts soll 90 Tage nicht überschreiten. Für Ihre Arbeit soll sie ein Honorar erhalten, das vom Kunstverein durch einen „Ausstellungsvertrag“ zur Verfügung gestellt wird. Sie soll dabei frei nach ihren Vorstellungen inhaltlich arbeiten, ihre eigenen Arbeitsmittel nutzen und sich selbst um die Finanzierung ihrer Unterkunft etc. kümmern. Welcher Aufenthaltstitel kann für O beantragt werden?

- (i) **ANSPRUCHSGRUNDLAGE: VISAKODEX**
Nicht-privilegierte Drittstaatsangehörige benötigen zur Einreise in die Bundesrepublik Deutschland grundsätzlich ein Visum. Für Kurzaufenthalte bis zu 90 Tage sind sog. Schengen-Visa (C-Visa) zu beantragen. Diese sind im EU-Recht geregelt (sog. Visakodex).
- (ii) **ERTEILUNGSKONDITIONEN**
Schengen-Visa können eine unterschiedlich lange Gültigkeitsdauer haben, wobei die maximale Gültigkeitsdauer fünf Jahre beträgt. Sie sind in Deutschland häufig mit multipler Einreisegenehmigung („Multiple-Entry“) versehen, seltener werden sie als Visum zur einmaligen Einreise („Single-Entry“) erteilt. Die zulässige Aufenthaltsdauer ist jedoch immer auf 90 Tage binnen 180 Tagen beschränkt. Diese Frist berechnet sich dynamisch. Es ist also rückblickend zu prüfen, ob sich die Visuminhaberin* in den letzten 180 Tagen für einen Zeitraum von weniger als 90 Tagen im Schengen-Raum aufgehalten hat. Der Tag der Einreise und der Tag der Ausreise werden bei der Berechnung mitgezählt. Nicht eingerechnet werden hingegen Aufenthalte auf Grund eines Aufenthaltstitels oder nationalen Visums für längerfristige Aufenthalte.

² Das heißt hier: Andere Staatsangehörigkeit als eine der folgenden: § 41 Abs. 1 AufenthV: Australien, Israel, Japan, Kanada, Republik Korea, Neuseeland, Großbritannien und Nordirland, Vereinigten Staaten von Amerika; § 41 Abs. 2 AufenthV: Andorra, Brasilien, El Salvador, Honduras, Monaco und San Marino; § 40 AufenthV: Argentinien, Antigua und Barbuda, Barbados, Brunei, Bahamas, Chile, Kolumbien, Costa Rica, Honduras, St. Kitts und Nevis, Südkorea, Monaco, Mauritius, Mexiko, Malaysia, Nicaragua, Panama, Paraguay, Salomonen, Seychellen, Singapur, San Marino, El Salvador, Trinidad und Tobago, Uruguay, Heiliger Stuhl, Venezuela, Samoa

● PRAXISTIPP

Im Internet existieren sog. Schengen-Rechner, mit denen man die Berechnung der zulässigen Aufenthaltszeiten vornehmen kann: z.B. <https://www.visa-calculator.com/de>

Schengen-Visa werden mit einem grundsätzlichen Verbot der Erwerbstätigkeit erteilt, d.h. die Visuminhaberin* darf weder als Angestellte* noch als Freiberuflerin* arbeiten. Nur im Ausnahmefall kann es mit einer Arbeitserlaubnis erteilt werden. Das grundsätzliche Arbeitsverbot umfasst auch das tatsächliche Arbeiten an einem Kunstwerk / einer Ausstellung als freiberufliche Künstlerin* und das Empfangen eines Honorars für die Ausstellung vor Ort (siehe § 17 Abs. 1 AufenthV).

EXKURS

NICHTERWERBSTÄTIGKEITSFIKTION

Bestimmte Tätigkeiten sind allerdings auch hier im Rahmen des visumfreien Kurzaufenthalts zulässig. Der Gesetzgeber bedient sich dabei eines Tricks und wertet diese Tätigkeiten nicht als Erwerbstätigkeit, sofern sie nur in einem gewissen zeitlichen Umfang ausgeübt werden („Nichterwerbstätigkeitsfiktion“). Darunter fallen insbesondere auch freiberufliche künstlerische Tätigkeiten, wie sie hier im Raum stehen (siehe § 17 Abs. 2 AufenthV i.V.m. § 30 Nr. 2 und § 22 Nr. 1–3 BeschV).

Gemäß § 22 Abs. 1 Nr. 1 BeschV können demnach u.a. Personen, die unter Beibehaltung ihres gewöhnlichen Wohnsitzes im Ausland in Darbietungen von besonderem künstlerischem Wert im Inland für die Dauer der Tätigkeit von 90 Tagen innerhalb eines Zeitraums von zwölf Monaten, tätig werden, wenn sie sich mit einem Schengen-Visum hier aufhalten. Allerdings ist insoweit natürlich weiterhin die zeitliche Grenze des Schengen-Visums hinsichtlich der allgemeinen Aufenthaltsdauer zu berücksichtigen, sodass die hier betroffene Personengruppe entsprechend maximal 90 Tage binnen 180 Tagen in der Bundesrepublik Deutschland arbeiten kann, ohne einer Erlaubnis zu bedürfen. Insoweit ist die zeitliche Regelung in § 22 Nr. 1 BeschV nicht „Schengen-kompatibel“.

Ausstellungen unterfallen hierbei dem Oberbegriff der Darbietung im Sinne des § 22 Abs. 1 Nr. 1 BeschV. Dieser erfasst zwar vor allem Aufführungen, aber auch jede andere Art der unmittelbaren Präsentation, die als Geschehen vor einem Publikum erfolgt und im Wesentlichen der Unterhaltung dient.

Wann ein hier geforderter besonderer künstlerischer Wert vorliegt, liegt im Ermessen der Auslandsvertretungen und kann nur individuell für jeden Einzelfall entschieden werden. Anhaltspunkt für einen solchen besonderen künstlerischen Wert kann hier jedenfalls der Bekanntheitsgrad der betroffenen internationalen Künstlerin* sein, sofern dieser auf ihre Arbeit als Künstlerin* und nicht auf andere Gründe zurückzuführen ist. Auch darlegen zu können, warum die Leistung der international tätigen nicht-deutschen Künstlerin* nicht durch eine deutsche Künstlerin* erbracht werden kann, erscheint hier sinnvoll, da Hintergrund der Privilegierung durch den Gesetzgeber hier u.a. ist, dass der deutsche Arbeitsmarkt nicht vor diesem Personenkreis „geschützt“ werden muss, umso weniger da die Tätigkeit nur in einem eng begrenzten zeitlichen Rahmen erlaubt ist.

● PRAXISTIPP

Da die Auslandsvertretungen aber keinerlei tiefere Fachkunde im Bereich der bildenden Künste haben werden, kann es sich lohnen, eine Stellungnahme einer fachkundigen Stelle bzw. des einladenden Kunstvereins einzuholen, die entsprechende Ausführungen enthält. Dabei ist wohl auch eine öffentliche Förderung der einladenden Institution bzw. der Künstlerin* erwähnenswert. Für die Kunstvereine empfiehlt es sich daher, eine Vorlage zur Erstellung solcher Stellungnahmen zu erarbeiten. Es kann zudem sinnvoll sein, eine Art Portfolio des Werks der Künstlerin* zu erstellen und eine ausführliche Vita der Antragstellerin* mit einzureichen.

Ebenfalls unterfallen Personen, die im Rahmen von Festspielen oder Musik- und Kulturtagen beschäftigt werden, der Nichterwerbstätigkeitsfiktion, wenn die Dauer der Tätigkeit 90 Tage innerhalb eines Zeitraums von zwölf Monaten nicht übersteigt (§ 22 Nr. 2 BeschV). Hinsichtlich der Kompatibilität der erlaubten Gesamtaufenthaltsdauer mit dem Schengen-Visum ist auf die Ausführungen zu § 22 Nr. 1 BeschV zu verweisen.

Festspiel wird eine regelmäßige (meist jährlich) stattfindende festliche Veranstaltung genannt. Bei Kulturtagen handelt es sich üblicherweise um Festivals, also Veranstaltungen mit Auftritten von Künstlerinnen*.

● PRAXISTIPP

Es kann sinnvoll sein, als Kunstverein ein Rahmenprogramm zu schaffen, das diesen Anforderungen entspricht. Denn freiberufliche Künstlerinnen*, die im Rahmen von Festivals oder Kulturtagen eingeladen werden, unterfallen der Nichterwerblichkeitsfiktion und können daher mit einem Schengen-Visum grundsätzlich an Ausstellungen teilnehmen bzw. diese ausrichten. Dies ist mit Blick auf die im Vergleich zu anderen Visa-Verfahren häufig kürzere Verfahrensdauer von Vorteil.

Zuletzt sind auch Auftritte von Personen im Rahmen von Tagesdarbietungen in einem Umfang von 15 Tagen pro Jahr gem. § 22 Nr. 3 BeschV erlaubt.

Um eine „Tagesdarbietung“ handelt es sich dann, „wenn außerhalb des üblichen Geschäftsablaufes eine besondere Veranstaltung, die auch nach außen hin als solche erkennbar ist, durchgeführt wird. Solche besonderen Veranstaltungen zeichnen sich u.a. dadurch aus, dass sie in der Regel durch Anzeigen und Plakate besonders angekündigt werden. Die Auftritte dürfen nicht an mehr als zwei Tagen hintereinander erfolgen“. Bis zu zwei Tage Probe werden laut dem Visum-Handbuch des Auswärtigen Amtes und den fachlichen Weisungen der Bundesagentur für Arbeit zum AufenthG/BeschV jedoch grundsätzlich nicht mitgezählt.

● PRAXISTIPP

Um Rechtssicherheit über das Vorliegen der Nichterwerblichkeitsfiktion zu haben, ist es empfehlenswert, im Rahmen des Visumverfahrens eine Anwendbarkeit der Nichterwerblichkeitsfiktion inzident (d.h. im Rahmen der eigentlichen Prüfung des Aufenthaltstitels) überprüfen zu lassen, indem die Details der geplanten Reise und Aufträge umfassend mitgeteilt werden. Unzureichende Informationen oder gar bewusst vage gehaltene Angaben könnten im schlechtesten Fall eine Strafbarkeit begründen.

Ein Wechsel in andere Aufenthaltstitel ist aus dem Schengen-Visum heraus grundsätzlich nicht möglich. Die Verlängerung des Schengen-Visums wird durch Erteilung eines nationalen Visums bei der lokalen Ausländerbehörde vorgenommen. Diese ist jedoch nur aus Gründen höherer Gewalt, aus humanitären Gründen, schwerwiegenden persönlichen Gründen, völkerrechtlichen Gründen oder zur Wahrung politischer Interessen gem. § 6 Abs. 2 AufenthG für maximal 180 Tage möglich. Die meisten Ausländerbehörden machen von den Verlängerungsmöglichkeiten nur restriktiv Gebrauch. Es kommt auch vor, dass anstelle einer Visumverlängerung eine sog. Grenzübertrittsbescheinigung ausgestellt wird. Diese wird dann mit einer mehr oder weniger großzügigen Ausreisefrist versehen.

● PRAXISTIPP

Ein unbegründeter Verlängerungsantrag oder die Existenz einer Grenzübertrittsbescheinigung können aus Sicht der Botschaften auf eine mangelnde Rückkehrbereitschaft hindeuten. Jedenfalls dürfen solche Anhaltspunkte im Rahmen einer Risikobewertung bei künftigen Visaanträgen berücksichtigt werden.

Sofern ausnahmsweise die Verlängerung als nationales Visum gewährt wurde, kann danach aber auch ein längerfristiger Aufenthalt aus dem Inland heraus beantragt werden (siehe B) I) 2) (a).

Mit dem Schengen-Visum sind innerhalb der zulässigen Aufenthaltsdauer auch Reisen innerhalb des gesamten Schengen-Gebiets möglich. Gegebenenfalls greifen auch in anderen Mitgliedstaaten ähnliche Konstruktionen wie die Nichterwerblichkeitsfiktion, andernfalls kann mit dem Schengen-Visum dort nicht gearbeitet werden.

(iii) ERTEILUNGSVORAUSSETZUNGEN

Die Erteilungsvoraussetzungen ergeben sich aus dem Visakodex. Deren Vorliegen wird im Rahmen des Visumverfahrens von der Auslandsvertretung geprüft. Die Auslandsvertretung hat dabei einen weiten Beurteilungsspielraum, der sämtliche Umstände des Einzelfalls berücksichtigen soll.

Der Antrag ist grundsätzlich nur mit einem visierfähigen, d.h. gültigen, eigenhändig unterschriebenen und anerkannten Pass möglich.

● PRAXISTIPP

Der vorgelegte Pass muss noch mindestens drei Monate nach der geplanten Rückkehr gültig sein, innerhalb der letzten 10 Jahre ausgestellt worden sein und muss über mindestens zwei leere Seiten verfügen.

● PRAXISTIPP

Da Staatenlose³ oder Personen mit ungeklärter Staatsangehörigkeit regelmäßig keinen von der Bundesrepublik Deutschland anerkannten Nationalpass besitzen, kann es zu Problemen beim Visumantrag kommen. Dies betrifft insbesondere staatenlose Palästinenserinnen* aus dem Libanon. In solchen Fällen erscheint es ratsam, das weitere Vorgehen direkt mit der Auslandsvertretung oder mit einer im Migrationsrecht tätigen Anwältin* zu besprechen. Für die anwaltliche Beratung und weitere Tätigkeit fallen Kosten an; eine Übersicht zu eventuell entstehenden Kosten findet sich im Annex.

Zudem müssen die folgenden Erteilungsvoraussetzungen von der Auslandsvertretung positiv festgestellt werden. Erstens muss der Reisezweck in Deutschland plausibel und nachvollziehbar sein. Zweitens muss die Finanzierung der Lebenshaltungs- und Reisekosten grundsätzlich aus eigenem Vermögen oder Einkommen möglich sein.

● PRAXISTIPP

Sollte die Finanzierung aus eigenen Mitteln nicht möglich sein, so kann eine dritte Person die Finanzierung übernehmen und durch Abgabe einer förmlichen Verpflichtungserklärung gem. §§ 66, 68 AufenthG nachweisen. Die Erklärung ist bei der am Wohnort des Verpflichtungsgebers zuständigen Ausländerbehörde abzugeben. Es handelt sich hierbei um eine Art Bürgschaft der Verpflichtungsgeberinnen* für den Fall, dass die Visuminhaberinnen* Sozialleistungen vom deutschen Staat beziehen. Dieser kann sich diese Leistungen dann grundsätzlich von den Verpflichtungsgeberinnen* erstatten lassen.

Drittens, ist die Bereitschaft der Visuminhaberin*, vor Ablauf der Gültigkeit des Visums wieder aus dem Schengen-Raum auszureisen (sog. Rückkehrbereitschaft), zu prüfen.

● PRAXISTIPP

Die Rückkehrbereitschaft ist bei der Prüfung des Schengen-Visums entscheidendes Kriterium. Ist die Auslandsvertretung aufgrund des Antrags nicht vom Rückkehrwillen der Antragstellerin* überzeugt bzw. besteht der Verdacht, dass ein langfristiger Aufenthalt geplant ist, so lehnt sie das Visum ab.

Hinweise auf die fehlende Rückkehrabsicht ergeben sich aus tatsächlichen Indizien in der Person der Antragstellerin*, aufgrund derer auf mangelnde Verwurzelung der Drittstaaterin* im Herkunfts-/Wohnsitzstaat geschlossen werden kann, oder aus Regelverstößen anlässlich vorangehender Ausreisepflichten, es sei denn, die Gefahr einer Wiederholung ist insoweit nicht mehr zu bejahen. Für die Beurteilung einer hinreichenden „Verwurzelung“ ist üblicherweise auf die familiäre, soziale und wirtschaftliche Bindung der Antragstellerin* an ihren Heimat-/Wohnsitzstaat abzustellen. Entscheidend ist, dass die Antragstellerin* eine konkrete und glaubwürdige Rückkehrperspektive im Heimat-/Wohnsitzstaat angibt bzw. darlegen kann. Sie muss – insbesondere in Zweifelsfällen – entsprechende Tatsachen schlüssig vortragen und gegebenenfalls durch geeignete Unterlagen nachweisen. Eine weitere Überprüfung der Plausibilität des vorgetragenen Aufenthaltszwecks erfolgt grundsätzlich im persönlichen Gespräch mit dem Antragsteller.

● PRAXISTIPP

Dem Antrag sollte ein Einladungsschreiben des Kunstvereins in der Bundesrepublik Deutschland zur geplanten Dauer des befristeten Aufenthalts und – sofern vorhanden – auch bereits Einladungsschreiben bzw. Absichtserklärungen (letters of intent) für andere Ausstellungen/Projekte etc. im Herkunftsland beigelegt werden. Zur Untermauerung der Rückkehrbereitschaft sollten die wirtschaftlichen Verhältnisse (Kontoauszüge, Grundbucheinträge, Bilanzen etc.) und persönlichen Bindungen zu engen, im Herkunftsland verbleibenden Angehörigen, sowie die berufliche Einbindung belegt werden.

Vierte Voraussetzung für das Schengen-Visum ist eine für den gesamten Schengen-Raum und die gesamte Aufenthaltsdauer gültige Reisekrankenversicherung mit einer Mindestdeckungssumme von 30.000 Euro. Ein entsprechender Nachweis ist mit dem Antrag vorzulegen.

● PRAXISTIPP

Die Voraussetzungen an die nachzuweisende Reisekrankenversicherung lassen sich Art. 15 Visakodex entnehmen. Entsprechende Versicherungen lassen sich in der Regel auch kurzfristig und kostengünstig (1–2 Euro pro Tag) online abschließen.

Wenn eine oder mehrere der genannten Voraussetzungen nicht erfüllt sind, oder die Antragstellerin* mit ihrer Einreise die Sicherheit oder öffentliche Ordnung in den Schengen-Staaten gefährden würde, kann ein Visum nicht erteilt werden.

(iv) ANTRAGSVERFAHREN UND PRAXISHINWEISE

Die Botschaften und Generalkonsulate (Auslandsvertretungen) der Bundesrepublik Deutschland sind für die Visumerteilung zuständig. Welche Auslandsvertretung konkret für den Visumantrag zuständig ist, richtet sich grundsätzlich nach dem gewöhnlichen Aufenthaltsort bzw. Wohnsitz der Antragstellerin*.

● PRAXISTIPP

Ein gewöhnlicher Aufenthalt wird in der Regel bei einem rechtmäßigen Aufenthalt von mind. sechs Monaten angenommen. Für Künstlerinnen* in deren Heimatland aufgrund der politischen Situation keine deutsche Botschaft existiert, sind unabhängig vom gewöhnlichen Aufenthalt oder Wohnsitz spezielle Zuständigkeiten anderer Auslandsvertretungen begründet worden (z.B. für Afghanische Künstlerinnen* die deutschen Botschaften im Iran oder in Pakistan).

Der Antrag ist grundsätzlich persönlich bei der Auslandsvertretung oder beim zuständigen Antragsannahmезentrum am Wohnort der Antragstellerin* zu stellen. Nur wenn die Künstlerin* innerhalb der letzten 59 Monate bereits Fingerabdrücke für die Beantragung eines Schengen-Visums abgegeben hat, muss sie ggf. nicht erneut persönlich erscheinen. Der Termin ist bei der zuständigen Auslandsvertretung für ein Schengen-Visum zu buchen. Die Auslandsvertretungen haben dabei unterschiedliche Buchungssysteme, die teilweise durch externe Dienstleister zur Verfügung gestellt werden. Der Antrag kann frühestens ab sechs Monate vor der geplanten Einreise und muss spätestens 15 Tage vor der geplanten Einreise gestellt werden. Laut Visakodex soll es nicht länger als zwei Wochen dauern, bis man einen Termin zur persönlichen Vorsprache erhält. Diesen Zeitrahmen halten die Auslandsvertretungen in der Praxis jedoch nicht immer ein.

● PRAXISTIPP

Ein Termin zur persönlichen Vorsprache zwecks Antragstellung soll für Anträge auf Schengen-Visa grundsätzlich binnen zwei Wochen stattfinden. Das ist in der Regel deutlich schneller als bei Anträgen auf nationale Visa (siehe B) I) 2) (a) und B) I) 3)).

Die erforderlichen Unterlagen sind bei der Antragstellung vorzulegen. Hier ist zum einen ein Nachweis über den Zweck der Reise zu erbringen. Zum anderen ist der Nachweis finanzieller Mittel für die Sicherung des Lebensunterhalts während des Aufenthalts zu erbringen. Bei geschäftlichen Einladungen genügen meist formlose Erklärungen des Unternehmens für Rückreisekosten gem. § 66 Abs. 2 AufenthG. Ferner ist ein Nachweis über die Unterkunft während der Aufenthaltsdauer zu erbringen. Bei beruflichen Reisen können Termine z.B. durch schriftliche Terminbestätigungen, E-Mails oder Verträge belegt werden, vorliegend empfiehlt sich überdies die Vorlage eines Einladungsschreibens der einladenden Institution.

Außerdem sind Unterlagen einzureichen, die den bestehenden Rückkehrwillen belegen sollen. Dabei kann es sich um Flugtickets, Zugtickets oder Hotelreservierungen handeln. Zur Untermauerung der Rückkehrbereitschaft sollten die wirtschaftlichen Verhältnisse (Kontoauszüge, Grundbucheinträge, Bilanzen etc.) und persönlichen Bindungen zu engen, im Herkunftsland verbleibenden Angehörigen belegt werden.

Die Auslandsvertretungen stellen auf Ihren Internetseiten ein Antragsformular zur Verfügung, welches EU-einheitlich ist und von jeder Antragstellerin* verwendet werden muss.

CHECKLISTE DER VORZULEGENDEN UNTERLAGEN

- ein vollständig ausgefülltes und eigenhändig unterschriebenes Antragsformular (vgl. <https://videx.diplo.de/videx/visum-erfassung/#/videx-kurzfristiger-aufenthalt>)
- ein biometrisches Passfoto
- ein anerkannter und gültiger Reisepass
- ein Nachweis über Lebensunterhaltssicherung durch eigene Mittel oder durch Mittel eines Dritten (im Rahmen einer Verpflichtungserklärung)
- eine Auslandskrankenversicherung (mit Gültigkeit für den gesamten Schengen-Raum)
- Einladungsschreiben (der einladenden Institution, z.B. des Kunstvereins)
- ggf. Stipendiumsvertrag
- ggf. Nachweis über Mitgliedschaft in Künstlervereinigung
- Nachweis über reservierte/gekaufte Flugtickets (eine Reservierung ist hier ausreichend)

Die Bearbeitungsgebühr für Schengen-Visa beträgt grundsätzlich 80 Euro plus ggf. maximal 40 Euro für einen externen Dienstleister. Der Visakodex sieht jedoch gewisse Gebührenermäßigungs- und Gebührenbefreiungstatbestände vor.

● PRAXISTIPP

Für Staatsangehörige Albanien, Armeniens, Aserbaidschans, Bosnien und Herzegowinas, Georgiens, Mazedoniens, Moldaus, Montenegros, Serbiens und der Ukraine beträgt die Visumgebühr für Schengen-Visa grundsätzlich 35 EUR, und zwar unabhängig vom ständigen Wohnsitz oder vom Ort der Antragstellung.

Die deutschen Auslandsvertretungen prüfen außerdem die Möglichkeit der Ermäßigung oder Befreiung von der Visumgebühr im Einzelfall, wenn der beantragte Aufenthalt der Förderung u.a. kultureller Interessen dient.

Sollte der Antrag auf ein Schengen-Visum abgelehnt werden, hat die Auslandsvertretung die für die Ablehnung maßgeblichen Gründe anzugeben. Gegen die Ablehnung steht der Antragstellerin* der Rechtsweg offen. Hier empfiehlt es sich die Entscheidung der Botschaft mit Hilfe einer Rechtsanwältin* überprüfen zu lassen.

Zum einen kann ein Remonstrationsverfahren angestrengt werden, was sich insbesondere anbietet, wenn Missverständnisse in der Sachverhaltserfassung durch die Behörden naheliegen bzw. neue Dokumente etc. vorliegen, die die Einschätzung der Behörde verändern könnten. Der Vorteil dieses Rechtsmittels ist, dass darüber deutlich schneller entschieden werden wird als über eine Klage. Kosten für ein solches Remonstrationsverfahren liegen nach dem einschlägigen Gesetz (Rechtsanwaltsvergütungsgesetz, bzw. kurz RVG) bei mindestens 540,50 Euro brutto für die anwaltliche Tätigkeit. Gleichwohl können Rechtsanwältinnen* höhere Gebühren vereinbaren. Dabei richtet sich die Höhe der Vergütung in der Regel vor allem nach dem Aufwand und Umfang der anwaltlichen Tätigkeit. Bei einem Remonstrationsverfahren kann mit einem erhöhten Aufwand und Umfang gerechnet werden. Für das Remonstrationsverfahren selbst fallen seitens der Behörde keine Kosten an.

Zum anderen gibt es das Klageverfahren, was aber aufgrund der Mindestdauer von einem Jahr in der Regel keine große Hilfe für die aktuell Betroffenen sein wird, wenn ein konkreter Zeitplan für eine Ausstellung oder ein Kulturprogramm vorliegt. Z.T. werden zwar auch während der Klageverfahren außergerichtliche Einigungen erzielt, sodass der Gerichtstermin nicht abgewartet werden muss. Dies ist aber leider eher selten der Fall. Insoweit dient ein solches Klageverfahren eher der Schaffung von Präzedenzfällen für später betroffene Künstlerinnen*. Die Kosten für ein solches und komplett durchgeführtes Klageverfahren liegen bei 483 Euro für die Gerichtskosten und nach dem RVG bei mind. 1.017,45 Euro für die Rechtsanwältin*. Auch hier richtet sich die Höhe des Honorars aber wiederum nach dem Aufwand und Umfang der Tätigkeit, sodass auch hier mit höheren Kosten gerechnet werden kann. Wenn das Verfahren hingegen ausnahmsweise zuvor durch einen außergerichtlichen Vergleich abgeschlossen wird, können sich die Gebühren verringern.

Die Frist, innerhalb derer gegen die ablehnende Entscheidung ein Rechtsmittel (Remonstration oder Klage) eingelegt werden kann, beträgt grundsätzlich einen Monat ab Zustellung des Bescheids.

● PRAXISTIPP

Wenn ein Visumantrag abgelehnt wird, sollte umgehend eine Rechtsanwältin* kontaktiert werden, um sich über die Erfolgsaussichten von Rechtsmitteln beraten zu lassen und entsprechende Fristen einzuhalten. Die Fristen lassen sich grundsätzlich der Rechtsmittelbelehrung am Ende des Bescheids entnehmen.

Die erste Beratung bei einer Rechtsanwältin* ist bei fehlender Vergütungsvereinbarung mit dieser laut Gesetz für Verbraucherinnen* zwar auf 190 Euro netto begrenzt; ob die Betroffenen und/oder Kunstvereine hier jedoch als Verbraucherinnen* gelten können, ist zumindest bei einer durch einen "Ausstellungsvertrag" geregelten Zusammenarbeit fraglich. Wenn nicht anders vereinbart, werden die Kosten für eine Beratung auf eine weitere Tätigkeit in der Angelegenheit, wie beispielsweise einem sich anschließenden Remonstrationsverfahren, angerechnet.

➤ FALLLÖSUNG

Für A sollte daher ein Schengen-Visum beantragt werden, damit diese an der Ausstellung teilnehmen kann. Damit darf sie sich für 90 Tage innerhalb von 180 Tagen im Schengen-Raum aufhalten. Trotz des generell bestehenden Arbeitsverbots im Rahmen des Schengen-Visums, darf A auch die hier beabsichtigte freiberufliche künstlerische Tätigkeit ausüben, da diese der sog. Nichterwerbstätigkeitsfiktion unterfällt. Die Tätigkeit – das Entwickeln und Präsentieren des Werks vor Ort – wird mithilfe dieser rechtlichen Konstruktion nicht als Erwerbstätigkeit eingestuft und ist daher erlaubt.

(b) PRIVILEGIERTE DRITTSTAATSANGEHÖRIGE

Im folgenden Abschnitt sollen – in Abgrenzung zur Gruppe der nicht-privilegierten Künstlerinnen* (siehe B I) 1) (a)) – die Besonderheiten für die der Zusammenarbeit zwischen Kunstvereinen und Künstlerinnen* aus sog. privilegierten Herkunftsländern zugrunde liegenden Erwägungen und das Antragsverfahren dargestellt werden.

→ FALLBEISPIEL

Die US-Amerikanerin A wird von einem in Deutschland ansässigen Kunstverein eingeladen, dort eine Ausstellung abzuhalten. Sie bekommt ein Honorar für ihre Tätigkeit gezahlt und soll hier an dem Werk arbeiten sowie bei der Ausstellungseröffnung anwesend sein. Nach der Ausstellungseröffnung soll sie noch an einigen Tagen an weiteren Veranstaltungen teilnehmen, die in Zusammenhang mit der Ausstellung stehen. Insgesamt soll sie nicht länger als 90 Tage im Rahmen der Ausstellungsvorbereitung und Ausstellung tätig werden. Welcher Aufenthaltstitel muss bzw. kann für A beantragt werden?

Staatsangehörige Australiens, Israels, Japans, Kanadas, der Republik Korea, Neuseelands, des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirlands im Sinne des § 1 Absatz 2 Nummer 6 des Freizügigkeitsgesetzes/EU sowie der Vereinigten Staaten von Amerika (sog. „best friends“-Staaten im Sinne von § 41 Abs. 1 AufenthV) können auch für einen Aufenthalt, der kein Kurzaufenthalt ist, visumfrei in das Bundesgebiet einreisen und sich darin 90 Tage visumfrei aufhalten. Insoweit unterscheiden sie sich erheblich von der unter B I) 1) (a) benannten Gruppe der nicht-privilegierten Drittstaatsangehörigen.

Jedoch greift auch hier – genau wie bei Inhaberinnen* eines Schengen-Visums – eine Beschränkung: während des visumfreien Kurzaufenthalts dürfen auch die privilegierten Drittstaatsangehörigen grundsätzlich nicht erwerbstätig sein, d.h. weder als Angestellte* noch als Freiberuflerinnen* arbeiten. Das umfasst grundsätzlich auch das tatsächliche Arbeiten an einem Werk als freiberufliche Künstlerin* vor Ort und das Empfangen eines Honorars als Gegenleistung für die Ausstellung. (siehe § 17 Abs. 1 AufenthV)

Auch hier gilt jedoch die Nichterwerbstädtigkeitsfiktion, sodass bestimmte Tätigkeiten nicht als Erwerbstätigkeit gewertet werden, sofern sie nur in einem gewissen zeitlichen Umfang ausgeübt werden. Inhaltlich gelten hier hinsichtlich der Anforderungen an die künstlerische Tätigkeit keine Besonderheiten im Vergleich zu den nicht-privilegierten Drittstaatsangehörigen, die im Besitz eines Schengen-Visums sind. Das heißt, es kommt hier entscheidend darauf an, darzulegen, dass ein besonderer künstlerischer Wert vorliegt, bzw. die Ausstellung im Rahmen von Festspielen oder Kulturtagen zu organisieren. Auch hinsichtlich der zeitlichen Grenzen für diese Tätigkeiten kann auf die Ausführungen im Exkurs unter B) I) 1) (a) verwiesen werden.

Problematisch ist bei den privilegierten Drittstaatsangehörigen, die ohne ein Visum einreisen, insoweit, dass nicht rechtssicher durch eine Behörde festgestellt wurde, dass die geplante Tätigkeit den Voraussetzungen der Nichterwerbstädtigkeitsfiktion auch tatsächlich unterfällt. Es kann daher angezeigt sein, auch für die privilegierten Drittstaatsangehörigen ein Schengen-Visum zu beantragen und inzident (d.h. im Rahmen der eigentlichen Prüfung des Aufenthaltstitels) die Fiktion der Nichterwerbstädtigkeit durch die Auslandsvertretung feststellen zu lassen, um späteren etwaigen Vorwürfen einer Ordnungswidrigkeit bzw. Strafbarkeit vorzubeugen.

● PRAXISTIPP

Sofern die Voraussetzungen einer Nichterwerbstädtigkeitsfiktion zweifelhaft sind, sollte auch bei den privilegierten Drittstaatsangehörigen vor der Einreise ein Schengen-Visum bei der deutschen Auslandsvertretung beantragt werden. Dabei sollte im Rahmen des Visumantrags auch ausführlich zur geplanten Dauer der Tätigkeiten, zu deren Umfang sowie zu dem Rahmen, in welchem sie stattfinden etc., vorgetragen werden, um eine Prüfung des Vorliegens der Voraussetzungen von § 22 Nr. 1–3 BeschV zu ermöglichen. Auch wenn viele Auslandsvertretungen sich zunächst möglicherweise weigern werden, einen solchen Antrag zu prüfen, haben auch privilegierte Antragstellerinnen* grundsätzlich das Recht, ein solches Visum zu erhalten.

Zudem ist umstritten, ob trotz eines bereits von vornherein geplanten langfristigen Aufenthalts (also über 90 Tage) die Nichterwerbstädtigkeitsfiktion für die privilegierten Drittstaatsangehörigen überhaupt greift. Verneint wird dies aktuell u.a. vom Innenministerium Baden-Württembergs.

➤ FALLLÖSUNG

O kann also ein Schengen-Visum beantragen, muss dies aber aufgrund Ihrer Staatsangehörigkeit nicht, um an der geplanten Ausstellung teilnehmen zu können. Wenn A länger als 90 Tage binnen der entsprechenden zeitlichen Rahmenvorgaben von entweder 180 Tagen bzw. 12 Monaten hier als Künstlerin* arbeiten möchte, muss aber auch sie vor Ihrer Einreise ein entsprechendes nationales Visum beantragen bzw. nach Ihrer Einreise und vor Beginn der Tätigkeit eine Aufenthaltserlaubnis beantragen (dazu Näher unter B) I) 2) (b)). Ein bereits bei der Einreise bestehender Vorsatz, sich dauerhaft in der Bundesrepublik Deutschland aufhalten zu wollen bzw. hier auch

außerhalb der Nichterwerbstädtigkeitsfiktion arbeiten zu wollen, hindert sie zwar nicht an einer erlaubten visumfreien Einreise, ob in diesen Fällen aber trotz des bereits von vornherein geplanten langfristigen Aufenthalts die Nichterwerbstädtigkeitsfiktion greift, ist umstritten und wird u.a. vom Innenministerium Baden-Württembergs verneint.

→ FALLVARIANTE 1

A ist hier im Gegensatz zum Ausgangsfall nicht US-Amerikanerin, sondern kommt aus El Salvador. Ansonsten ändert sich an dem Fallbeispiel nichts.

Auch Staatsangehörige von Andorra, Brasilien, El Salvador, Honduras, Monaco und San Marino (sog. „good friends“-Staaten im Sinne von § 41 Abs. 2 AufenthV) können visumfrei für einen längerfristigen Aufenthaltswitz einreisen, wenn sie nicht bereits bei der Einreise vorhaben, einer Erwerbstätigkeit nachzugehen, die den Rahmen der Nichterwerbstädtigkeitsfiktion überschreitet. Wenn sie hingegen bereits bei der Einreise vorhaben über diese Grenzen hinaus freiberuflich als Künstlerinnen* in der Bundesrepublik Deutschland tätig zu werden, oder dies nach der Einreise tatsächlich werden, ist dies nicht mehr von § 41 Abs. 2 AufenthV gedeckt. Hier ist Vorsicht geboten, denn es drohen Sanktionen. Eine Ausnahme gilt insoweit nur für Brasilianerinnen*, die aufgrund eines völkerrechtlichen Abkommens auch zum Zwecke der freiberuflichen Tätigkeit nach visumfreier Einreise eine Aufenthaltserlaubnis beantragen dürfen (dazu näher unter B) I) 2) (b)).

➤ FALLLÖSUNG

Wenn A also bereits bei der Einreise plant, länger als 90 Tage binnen der entsprechenden zeitlichen Rahmenvorgaben von entweder 180 Tagen bzw. 12 Monaten als Künstlerin* in der Bundesrepublik Deutschland zu arbeiten, muss auch sie vor Ihrer Einreise ein entsprechendes nationales Visum beantragen. Ob sie hingegen vorhat, hier insgesamt dauerhaft zu bleiben, ohne dass der Zweck des langfristigen Aufenthalts ihre (künstlerische) Erwerbstätigkeit ist, hindert sie nicht an einer visumfreien Einreise. Ob sie sich in diesem Fall aber trotz des bereits von vornherein geplanten langfristigen Aufenthalts auf die Nichterwerbstädtigkeitsfiktion berufen kann, ist aber auch hier umstritten und wird u.a. vom Innenministerium Baden-Württembergs verneint.

→ FALLVARIANTE 2

A kommt aus Malaysia. Ansonsten ändert sich an dem Fallbeispiel nichts.

Auch Staatsangehörige der Staaten Argentinien, Antigua und Barbuda, Barbados, Brunei, Bahamas, Chile, Kolumbien, Costa Rica, Honduras, St. Kitts und Nevis, Südkorea, Monaco, Mauritius, Mexiko, Malaysia, Nicaragua, Panama, Paraguay, Salomonen, Seychellen, Singapur, San Marino, El Salvador, Trinidad und Tobago, Uruguay, Heiliger Stuhl, Venezuela, Samoa können visumfrei einreisen, wenn sie von vornherein nur 90 Tage in der Bundesrepublik Deutschland bleiben wollen. Auch sie können dann während ihres Aufenthalts im Rahmen der Nichterwerbstädtigkeitsfiktion tätig werden. Andernfalls benötigen sie aber ein nationales Visum zur Einreise. Das gilt hier im Unterschied zu den aus § 41 AufenthV privilegierten Staatsangehörigen im Übrigen auch dann, wenn bei der Einreise von vornherein nicht nur ein Kurzaufenthalt geplant war.

➤ FALLLÖSUNG

Wenn A also bereits bei der Einreise plant, länger als 90 Tage in der Bundesrepublik Deutschland bleiben zu wollen oder außerhalb der Nichterwerbstädtigkeitsfiktion zu arbeiten, muss auch sie vor ihrer Einreise ein

entsprechendes nationales Visum beantragen (dazu Näher unter B) I) 2) (b) und B) I) 3) (b)). Ansonsten drohen Sanktionen.

● PRAXISTIPP

Für Staatsangehörige der Regelungen aus § 40 und § 41 Abs. 2 AufenthV (also der „good friends“-Staaten) ist grundsätzlich darauf zu achten, dass bei der visumfreien Einreise nicht von vornherein ein Daueraufenthalt oder eine freiberufliche Tätigkeit, die den zeitlichen Rahmen der Nichterwerbstätigkeitsfiktion überschreitet, geplant ist, da dann die Einreise mit einem anderen als von den Regelungen gedeckten Zweck erfolgte.

Grundsätzlich dürfen die privilegierten Drittstaatsangehörigen im Übrigen nach ihrer Einreise auch innerhalb des Schengen-Gebiets reisen, wenn sie dort keiner Erwerbstätigkeit nachgehen und solange sie insgesamt nicht die einzuhaltende Aufenthaltsdauer von 90 Tagen innerhalb von 180 Tagen überschreiten.

● PRAXISTIPP

Bei jüngeren, nicht-weißen Künstlerinnen* aus privilegierten Staaten sind wohl Fälle aufgetreten, in denen die Bundespolizei bei der Einreise eben jene verweigerte, weil den Betroffenen unterstellt wurde, die Eigenschaft und Tätigkeit als Künstlerinnen* i.R.d. Nichterwerbstätigkeitsfiktion lediglich als Vorwand für die visumfreie Einreise vorzuschieben, statt mit dem Visum für den eigentlich geplanten Zweck einzureisen. Daher ist es für jede visumfrei einreisende Künstlerin* ratsam, stets ein ausführliches und offizielles Schreiben der einladenden Institution mit sich zu führen, aus dem hervorgeht, warum die Künstlerin* von dieser besonders geschätzt wird. Auch kann es sinnvoll sein, eine vorhandene öffentliche Förderung und eine Kontaktperson der Institution für Rückfragen anzugeben.

2) GEPLANTE AUFENTHALTSDAUER ÜBER 90 TAGE BIS ZU 1 JAHR

In dieser Kategorie geht es darum, darzustellen, welche Anspruchsgrundlagen, Erteilungskonditionen, Erteilungsvoraussetzungen und Verfahrenshinweise gelten, wenn die Künstlerinnen* nicht nur 90 Tage Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland planen, aber auch nicht dauerhaft hier leben, sondern maximal für zwölf Monate bleiben wollen. Hier kann ein längerfristiges nationales Visum beantragt werden.

Die Erteilung von längerfristigen nationalen Visa gem. § 6 Abs. 3 S. 1 AufenthG bis zu einem Jahr kommt vor allem in Fällen in Betracht, in denen keine Veranlassung besteht, die Erteilungsvoraussetzungen für eine Aufenthaltserlaubnis unmittelbar nach Einreise erneut zu prüfen. Dies sind insbesondere Fälle, in denen der beabsichtigte Aufenthalt dem Zweck der freiberuflichen künstlerischen Tätigkeit dient oder die Künstlerin* für die Teilnahme an einem Stipendien- bzw. Residenzprogramm eingeladen wurde und der Aufenthalt voraussichtlich insgesamt ein Jahr oder weniger beträgt.

Da der Aufenthalt trotz der Dauer von bis zu einem Jahr nur vorübergehender Natur sein soll, wird von den Auslandsvertretungen die Rückkehrbereitschaft der Antragstellerin* geprüft. Auch hier ist daher umfassend zur Rückkehrbereitschaft vorzutragen und sind entsprechende Unterlagen zum Nachweis der begrenzten Dauer des geplanten Aufenthalts sowie der Anreize zur Rückkehr in das Herkunftsland im Verfahren einzureichen. Es wird auf die Ausführungen und Praxistipps unter B) I) 1) (a) verwiesen.

Außerdem sind die für alle Aufenthaltstitel zu beachtenden allgemeinen Erteilungsvoraussetzungen gem. § 5 AufenthG zu prüfen. Das heißt insbesondere, dass der Lebensunterhalt für die geplante Aufenthaltszeit gesichert sein muss, wozu auch ein adäquater Krankenversicherungsschutz zählt. Dieser muss im Antragsverfahren durch eine sog. „Incoming-Versicherung“ nachgewiesen werden, die sich von einer klassischen Reisekrankenversicherung dadurch unterscheidet, dass sie keine auflösende Bedingung für den Fall eines Daueraufenthalts enthält. Die Antragstellerinnen* müssen auch hier einen von der Bundesrepublik Deutschland anerkannten und visierfähigen (d.h. unbeschädigten, gültigen und eigenhändig unterschriebenen) Pass besitzen. Dieser sollte im Gegensatz zu einem Antrag auf ein Schengen-Visum aber nicht nur für drei Monate, sondern mindestens für die gesamte geplante Aufenthaltsdauer gültig sein, da die Visa stets der Gültigkeitsdauer der Pässe angepasst werden. Zuletzt müssen die Identität und Staatsangehörigkeit der Antragstellerin* geklärt sein (in der Regel durch die Vorlage des gültigen Reisedokuments) und es darf kein Ausweisungsinteresse bestehen.

Die weiteren speziellen Erteilungsvoraussetzungen und Verfahrenshinweise hängen maßgeblich davon ab, wie der (künstlerische) Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland ausgestaltet wird. Auf welche Anspruchsgrundlage im Einzelfall abgestellt werden kann, hängt also vom konkreten Zweck des beabsichtigten Aufenthalts ab. Die hier in Betracht kommenden Anspruchsgrundlagen werden im Folgenden anhand von Fallbeispielen näher erläutert.

Wie genau der Antragsprozess abläuft, variiert auch hier von Auslandsvertretung zu Auslandsvertretung. Teilweise können online Termine zur persönlichen Vorsprache, die stets Voraussetzung für die Erteilung des nationalen Visums ist, online über die Internetseite der Botschaft gebucht werden; teilweise müssen dafür externe Dienstleister bemüht werden. Genauere Informationen finden sich auf den Internetseiten der zuständigen Botschaften.

Die Kosten für einen Visumantrag liegen aktuell für nationale Visa bei 75 Euro pro erwachsener Person. Es gibt jedoch auch hier – wie bei den Schengen-Visa – Tatbestände für eine ausnahmsweise Gebührenbefreiung bzw. -ermäßigung. So prüfen die deutschen Auslandsvertretungen im Einzelfall u.a. die Möglichkeit der

Ermäßigung oder Befreiung von der Visumgebühr, wenn der beantragte Aufenthalt der Förderung kultureller Interessen oder, außenpolitischer, entwicklungspolitischer oder sonstiger erheblicher öffentlicher Interessen dient oder humanitäre Gründe hat.

Sofern ein Antrag auf Visumerteilung abgelehnt wird, können hiergegen Rechtsmittel eingelegt werden. Insoweit ist auf die Ausführungen unter B) I) 1) (a) zu verweisen.

● PRAXISTIPP

Wenn ein Visumantrag abgelehnt wird, sollte umgehend eine Rechtsanwältin* kontaktiert werden, um sich über die Erfolgsaussichten eines Rechtsmittels beraten zu lassen und etwaige Fristen einzuhalten. Die Fristen lassen sich grundsätzlich der Rechtsmittelbelehrung am Ende des Bescheids entnehmen.

Die Künstlerinnen* können sich mit dem nationalen Visum und einem gültigen Reisedokument im Übrigen grundsätzlich auch insgesamt 90 Tage innerhalb von 180 Tagen in anderen Schengen-Mitgliedstaaten frei bewegen; ob sie dort mit diesem Aufenthaltstitel arbeiten dürfen richtet sich nach den Regelungen des jeweiligen Mitgliedstaates und sollte vorab geklärt werden.

(a) NICHT-PRIVILEGIERTE DRITTSTAATSANGEHÖRIGE

Zunächst sollen die Anspruchsvoraussetzungen und Verfahrenshinweise eines solchen längerfristigen nationalen Visums für die nicht-privilegierten Drittstaatsangehörigen erläutert werden. Hinsichtlich der Definition dieser Personengruppe wird auf die Einleitung zu B) I) 1) (a) und Fußnote 2 verwiesen.

(i) ANSPRUCHSGRUNDLAGE: § 6 Abs. 3 S. 1 AufenthG i.V.m. § 21 Abs. 5 AufenthG

Zunächst soll es um die Erteilung eines freiberuflichen längerfristigen nationalen Visums gehen, das vor allem in Betracht kommt, wenn ein sog. „Ausstellungsvertrag“ geschlossen wird. Auch hier soll anhand eines Fallbeispiels auf die Erteilungskonditionen, – voraussetzungen und Verfahrenshinweise eingegangen werden.

→ FALLBEISPIEL

Die Künstlerin* M ist marokkanische Staatsangehörige und wird von einem Kunstverein in der Bundesrepublik Deutschland eingeladen, um hier eine Ausstellung abzuhalten. Dabei soll die Künstlerin* ihr Werk für die Ausstellung in der Bundesrepublik Deutschland auch hier entwickeln / anfertigen und es anschließend bei der Eröffnung der Ausstellung präsentieren. Sie soll dabei länger als 90 Tage aber weniger als ein Jahr in der Bundesrepublik Deutschland bleiben und arbeiten. Für ihre Arbeit soll sie ein Honorar erhalten, das vom Kunstverein durch einen „Ausstellungsvertrag“ geregelt wird. Sie soll dabei frei nach ihren Vorstellungen inhaltlich arbeiten, ihre eigenen Arbeitsmittel nutzen und sich selbst um die Finanzierung ihrer Unterkunft etc. kümmern. Weitere Angebote für Aufträge in der Bundesrepublik Deutschland kann sie jedoch nicht vorweisen. Nach Beendigung der Tätigkeit für den einladenden Kunstverein möchte sie wieder in ihr Herkunftsland zurückkehren und nicht dauerhaft in der Bundesrepublik Deutschland bleiben. Welchen Aufenthaltstitel kann M beantragen?

➤ FALLLÖSUNG

M benötigt für den hier vorgesehenen Aufenthalt zumindest ein längerfristiges nationales D-Visum zur Einreise, da sie für eine längerfristige, aber nicht dauerhafte freiberufliche Tätigkeit einreisen will. Anspruchgrundlage ist im Falle eines sog. „Ausstellungsvertrages“, nach dem die künstlerische Leistung mit einem Honorar als Gegenleistung vergütet wird wohl § 6 Abs. 3 S. 1 AufenthG i.V.m. § 21 Abs. 5 AufenthG.

(1) ERTEILUNGSKONDITIONEN

Ein solches längerfristiges nationales Visum kann – wie gesagt – maximal für die Dauer von zwölf Monaten erteilt werden. Es wird bei einer kürzer geplanten Aufenthaltsdauer aber nur für den geplanten Zeitraum erteilt. Dieses Visum erlaubt eine freiberufliche künstlerische Tätigkeit. Eine angestellte Tätigkeit ist mit diesem Visum hingegen nicht möglich, da der Zweck für das Visum die freiberufliche Tätigkeit ist.

Möchte die Künstlerin* im Anschluss doch längerfristig, d.h. länger als ein Jahr, in Deutschland bleiben und hier dauerhaft als Künstlerin* arbeiten, kann sie vor Ablauf ihres längerfristigen nationalen Visums grundsätzlich aus dem Inland eine Aufenthaltserlaubnis gem. § 21 Abs. 5 AufenthG beantragen (siehe dazu näher unter B) I) 3) (a) (i)). Sie kann darüber hinaus auch eine Aufenthaltserlaubnis zu jedem anderen Zweck beantragen, um sich dauerhaft in Deutschland aufzuhalten.

(2) ERTEILUNGSVORAUSSETZUNGEN

Um ein längerfristiges nationales Visum gem. § 6 Abs. 3 S. 1 AufenthG i.V.m. § 21 Abs. 5 AufenthG erhalten zu können, muss der Hauptzweck für die Einreise in die Bundesrepublik Deutschland zunächst die Aufnahme einer freiberuflichen Tätigkeit sein. Insoweit ist bei Antragstellung (mindestens) ein Angebot für ein Engagement als Künstlerin einzureichen, beispielsweise in Form eines „Ausstellungsvertrags“. Wichtig ist dabei, dass hier tatsächlich eine selbständige Tätigkeit angestrebt wird und nicht eine (verdeckte) Anstellung geplant ist. Daher ist im Rahmen der Gestaltung des vorzulegenden Angebots darauf zu achten, dass dieses Ausführungen dazu enthält, dass keine Einbindung in den Betrieb stattfindet, sondern die Künstlerin* beispielsweise mit ihren eigenen Arbeitsmaterialien arbeiten wird, einen eigenen Arbeitsraum haben wird und inhaltlich frei arbeiten kann. Dann sollte auch der Vorwurf der „Scheinselbständigkeit“ bei Vorlage nur eines Angebots leicht auszuräumen sein, da die Existenz nur eines Auftraggebers allenfalls ein Indiz für eine solche sein kann.

● PRAXISTIPP

In dem vorgelegten „Ausstellungsvertrag“ sollte darauf geachtet werden, dass deutlich wird, dass die Künstler*innen nicht in den Betrieb eingebunden werden, sondern vielmehr weisungsfrei und eigenverantwortlich tätig werden, damit gar nicht erst der Eindruck einer Scheinselbständigkeit entsteht. Es kann für den einladenden Kunstverein insoweit sinnvoll sein, sich eine rechtliche Einschätzung ihres „Mustervertrags“ bei der Clearingstelle der Deutschen Rentenversicherung des Bundes oder einer privaten Clearingstelle einzuholen.

Um die Ernsthaftigkeit des Vorhabens und vor allem die künstlerische Expertise der Antragstellerinnen* darzulegen, sollte zusätzlich ein Portfolio und ein ausführlicher CV eingereicht werden. Anhand dieser Unterlagen können die Behörden zumindest die bereits vorhandene berufliche Erfahrung der Antragstellerinnen* einschätzen. Insofern kann es auch angezeigt sein, akademische Abschlüsse vorzulegen, wenn die Künstlerinnen* studiert haben.

Wie bereits eingangs erwähnt, ist das entscheidende Kriterium für die Erteilung des nationalen langfristigen freiberuflichen Visums i.d.R. zudem das Bestehen einer Rückkehrbereitschaft nach Beendigung des Auftrags. Insofern erscheint es sinnvoll, im Rahmen des Visumverfahrens auch darzulegen, was einen im Herkunftsland bzw. in dem Land, in das man zurückkehren kann und wird, hält. Es kann insofern auf die Ausführungen unter B) I) 1) (a) verwiesen werden.

Außerdem müssen die allgemeinen Erteilungsvoraussetzungen aus § 5 AufenthG vorliegen. Insofern ist auf die Ausführungen unter B) I) 2) zu verweisen.

Es besteht kein Rechtsanspruch auf Erteilung dieses Visums. Diese erfolgt vielmehr im Ermessen der zuständigen Auslandsvertretung.

Im Rahmen des ihr eingeräumten Ermessens hat die Behörde eine umfassende Abwägung der öffentlichen und privaten Interessen vorzunehmen. Ähnlich wie bereits oben im Rahmen der Ausführungen zum besonderen künstlerischen Wert zur Nichterwerbstädtigkeitsfiktion (siehe B) I) 1) (a)) ist auch hier zu betonen, dass die Auslandsvertretungen wohl wenig Expertise hinsichtlich der lokalen Kunstszene haben werden. Daher sind auch hier sog. fachkundige Stellen zu beteiligen. Nicht abschließend geklärt ist nach hiesiger Auffassung, wer diese fachkundige Stelle bei bildenden Künstlerinnen* im Einzelfall sein soll.

Zwar kann laut fachlicher Weisung die Ausländerbehörde insofern die Bundesagentur für Arbeit grundsätzlich als fachkundige Stelle beteiligen, unserer Auffassung nach wird eine solche Beteiligung bei dem hier betroffenen Personenkreis aber aufgrund des damit bezweckten Ziels, den für Drittstaatsangehörige nur eingeschränkten Arbeitsmarktzugang zu schützen, kaum sinnvoll sein.

Jedenfalls erscheint es für die Antragstellerinnen* aber sinnvoll, sich auch eine Stellungnahme einer Interessenvertretung der bildenden Künstlerinnen* einzuholen, aus denen sich ergibt, dass ein öffentliches Interesse an der Tätigkeit der Künstlerin* besteht. Insofern kommt offenkundig eine Stellungnahme eines lokal ansässigen Interessenverbands (wie der BKK) o.ä. in Betracht, da dieser die Gegebenheiten vor Ort kennen wird.

Des Weiteren ist hier wohl erheblich, ob ein Projekt aus öffentlichen Geldern gefördert wird. Dies ist jedenfalls ein starkes Indiz dafür, dass auch ein öffentliches Interesse an der Einreise der betroffenen Künstlerin* besteht. Gleichwohl sind auch Fälle bekannt, in denen trotz einer öffentlichen Förderung Probleme bei der Visavergabe aufkamen.

● PRAXISTIPP

Um das Ermessen der Behörde zu den eigenen Gunsten zu lenken, empfiehlt es sich, bereits im Rahmen des Visumverfahrens eigeninitiativ Stellungnahmen von lokalen Interessenverbänden etc. vorzulegen, aus denen sich ein öffentliches Interesse an der Ausstellung der Künstlerin* für die Region ergibt.

Wichtig zu wissen ist in diesem Zusammenhang überdies, dass die Bundesländer Berlin und Hamburg jeweils Verwaltungsvorschriften⁴ bzw. -anweisungen haben, aus denen hervorgeht, dass an einer Ansiedlung von Künstlerinnen* grundsätzlich ein öffentliches Interesse besteht. Berlin begründet dies primär mit einem stets bestehenden wirtschaftlichen Interesse an der Ansiedlung von Künstlerinnen* in der „Kunst- und Filmhauptstadt“. Das Ermessen wird hier also i.d.R. zu Gunsten der Antragstellerinnen* ausgeübt. Es kann mithin sinnvoll sein, den geplanten Wohnsitz bzw. primären Aufenthaltsort in einen dieser Städte zu verlegen, beispielsweise indem dort ein Atelier zur Verfügung gestellt wird.

● PRAXISTIPP

Es kann empfehlenswert sein, ein Atelier oder eine Wohnung in Berlin oder Hamburg zu nutzen bzw. anzumieten, um im Rahmen des Visumverfahrens eine Beteiligung dieser Ausländerbehörden zu erzielen, da sie allgemein von einem öffentlichen Interesse an der Einreise bzw. dem Aufenthalt zwecks künstlerischer Tätigkeiten ausgehen.

Eine Besonderheit im Rahmen der Ermessensausübung gibt es zudem für Staatsangehörige einiger Staaten, mit denen völkerrechtliche Verträge abgeschlossen wurden, aus denen sich eine Wohlwollens- bzw. Meistbegünstigungsklausel derart ergibt, dass das Ermessen in der Regel zu Gunsten der Künstlerinnen* auszuüben ist, sodass nur in atypischen Ausnahmefällen vom Gegenteil auszugehen ist. Den persönlichen Belangen der Antragstellerin* muss wohlwollend Rechnung getragen werden. Das im Regelfall durchschlagende Fehlen eines wirtschaftlichen Interesses oder örtlichen Bedürfnisses trägt in diesen Fällen die Versagung nicht. Es müssen vielmehr weitere Umstände, z. B. Marktübersättigung, eine Ermessensausübung zu Lasten des Betroffenen gebieten. Einen eigenständigen Rechtsanspruch vermitteln diese Abkommen hingegen i.d.R. nicht.

Solche Verträge wurden z.B. mit der Dominikanischen Republik, den Philippinen, Indonesien, Iran, Japan, Sri Lanka, Türkei und den USA geschlossen. Zudem sind im Allgemeinen Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (General Agreement on Trade in Services, GATS) und den Freihandelsabkommen mit Georgien, Moldawien, Korea, Peru und Kolumbien sowie mit den „CARIFORUM-Staaten“⁵ Regelungen zu Freiberuflern enthalten, die als Vergünstigungen i.S.d. § 21 Abs. 2 AufenthG gelten können.

Daneben dürfen die in § 41 AufenthV genannten Staatsangehörigen (siehe Fußnote 2), soweit für sie nicht ohnehin völkerrechtliche Abkommen i.S.v. § 21 Abs. 2 AufenthG bestehen, im Hinblick auf die Niederlassung von Gesellschaften und Einzelpersonen nicht weniger günstig behandelt werden als deutsche Staatsangehörige. Sie unterliegen im Blick auf die erstrebte Ausübung einer selbständigen und damit auch freiberuflichen Erwerbstätigkeit daher grundsätzlich nur berufs- oder gewerberechtlichen Beschränkungen.

⁴ Hier können Sie die jeweils aktuellen Anwendungshinweise für die Berliner Ausländerbehörde einsehen: <https://www.berlin.de/einwanderung/service/downloads/artikel.875097.php>

⁵ Das Forum der karibischen AKP-Staaten (CARIFORUM) umfasst 15 karibische Länder: Antigua und Barbuda, Bahamas, Barbados, Belize, Dominica, Dominikanische Republik, Grenada, Guyana, Haiti, Jamaika, St. Lucia, St. Vincent und die Grenadinen, St. Kitts und Nevis, Suriname sowie Trinidad und Tobago.

● PRAXISTIPP

Für Staatsangehörige dieser Staaten empfiehlt sich daher vor der Antragstellung ggf. die Beratung durch eine Migrationsrechtsanwältin*.

(3) ANTRAGSVERFAHREN UND PRAXISHINWEISE

Zuständig für die Erteilung dieses langfristigen Visums ist – genau wie bei den kurzfristigen Schengen-Visa – grundsätzlich die jeweilige deutsche Auslandsvertretung am Wohnsitz bzw. des gewöhnlichen Aufenthalts der Antragstellerinnen*. Ein gewöhnlicher Aufenthalt wird in der Regel bei einem rechtmäßigen Aufenthalt von mind. sechs Monaten angenommen. Für russische Künstlerinnen* besteht jedoch derzeit wegen des anhaltenden Krieges unabhängig von der Aufenthaltsdauer beispielsweise eine Zuständigkeit der Auslandsvertretung in Armenien. Für Künstlerinnen* in deren Heimatland aufgrund der politischen Situation keine deutsche Botschaft existiert, sind ebenfalls unabhängig vom gewöhnlichen Aufenthalt oder Wohnsitz spezielle Zuständigkeiten anderer Auslandsvertretungen begründet worden (z.B. für Afghanische Künstlerinnen* die deutschen Botschaften im Iran oder in Pakistan).

Im Rahmen dieses Antrags auf ein längerfristiges nationales D-Visum mit einer Gesamtgültungsdauer von maximal zwölf Monaten ist neben der Auslandsvertretung auch die Ausländerbehörde des Ortes zu beteiligen, an dem sich die Künstlerin* nach ihrer Einreise überwiegend aufhalten wird, sprich ihren Wohnsitz bzw. gewöhnlichen Aufenthalt haben wird. Wie bereits unter B) I) 2) (a) (i) (2) ausgeführt, kann die örtlich zuständige Ausländerbehörde insbesondere im Rahmen der Ermessensausübung eine Rolle spielen, da sie besser beurteilen kann, welche regionalen Bedürfnisse und Gegebenheiten es in der Kunst- und Kulturszene vor Ort gibt.

Gerade durch die Beteiligung dieser lokalen Ausländerbehörden kann sich aber die Dauer des Verfahrens erheblich in die Länge ziehen. Obgleich die jeweiligen Verfahrensdauern freilich auch von der Auslastung der jeweils zuständigen Auslandsvertretungen und Ausländerbehörden abhängen werden, ist zumindest mit einer durchschnittlichen Bearbeitungsdauer von sechs Monaten ab persönlicher Vorsprache zu rechnen. Deutlich länger ziehen sich wegen der unzureichenden Verfügbarkeit von Terminen zur zwingend erforderlichen persönlichen Vorsprache aber die Visaverfahren von Antragstellerinnen* aus Herkunfts- bzw. Aufenthaltsländern, in denen es derzeit keine diplomatischen Vertretungen der Bundesrepublik Deutschland gibt (dies betrifft insbesondere Syrerinnen* und Afghaninnen*).

Im Rahmen eines Antrags nach § 6 Abs. 3 S. 1 i.V.m. § 21 Abs. 5 AufenthG kann hier noch erschwerend hinzukommen, dass die Ausländerbehörden ihrerseits wiederum die fachkundigen Stellen hinsichtlich der Einschätzung des öffentlichen Interesses an der Einreise bzw. Tätigkeit der Künstlerin* in der Region einholen müssen. Bei Zweifeln an einer selbständigen Tätigkeit kann zudem die Bundesagentur für Arbeit in die Prüfung eingeschaltet werden. Im Rahmen des Antrags auf ein langfristiges nationales Visum als freiberufliche Künstlerin müssen also z.T. mehr Stellen beteiligt werden als bei längerfristigen nationalen Visa zu anderen Aufenthaltswegen.

Daher kann es sinnvoll sein, zu versuchen, vorab die Zustimmung der zu beteiligenden Ausländerbehörde zu erlangen. Es ist dafür ein Antrag auf Vorabzustimmung an diese zu richten (§ 31 Abs. 3 AufenthV).

Praktisch läuft ein solches Verfahren derart ab, dass die Antragsunterlagen, die für die Visumerteilung notwendig sind, zunächst direkt an die Ausländerbehörde, die nach der Einreise örtlich zuständig wäre, geschickt werden, um deren Zustimmung zu erhalten. Es empfiehlt sich zwecks Nachweisbarkeit der Antragstellung stets eine Übersendung aller Unterlagen zusätzlich zur Übersendung per E-Mail mit einem Medium, das einen Sendenachweis erzeugt (z.B. per Fax). Je nach Herkunftsland ist dieses Vorgehen auch deswegen sinnvoll, da die Ausländerbehörden häufig besser zu erreichen sind als die Auslandsvertretungen. Gleichwohl besteht kein Anspruch auf die Erteilung einer solchen Vorabzustimmung durch die Ausländerbehörde. In den Berliner Anwendungshinweisen für die Behördenmitarbeiterinnen* (vgl. Fußnote 4) heißt es aber, dass von dieser Möglichkeit zur Vereinfachung des Verfahrens auch bei Anträgen auf Aufenthalt zwecks selbständiger Tätigkeit großzügig Gebrauch gemacht werden soll. Dabei bezieht sich die Behörde auf die Begründung und den Wortlaut der Verordnung selbst, sodass sich diese Ratio (Hauptgedanke der Rechtsnorm) auch auf andere Bundesländer übertragen lassen sollte. Explizit wird diese Option auch in den Ausführungen zur Vorgängernorm für „dringende Fälle“ erwähnt; wann jedoch ein solch dringender Fall vorliegt, bleibt unklar, wird aufgrund hiesiger Erfahrung aber vor allem humanitäre Notfälle erfassen.

Damit die lokale Ausländerbehörde sich für die Vorabzustimmung für örtlich zuständig erachtet, ist freilich darauf zu achten, dass durch den Nachweis eines Wohnungsangebots, Ateliermietvertrages oder Einladungsschreibens des Kunstvereins der spätere primäre tatsächliche Aufenthaltsort erkennbar wird.

Eine Vorabzustimmung ist im Übrigen auch bis zur Erteilung des Visums aufhebbar. Durch die Erteilung wird auch kein Vertrauensschutz oder ein Recht auf Einreise und Aufenthalt begründet. Es geht allein um den Versuch einer Beschleunigung des dennoch allein entscheidenden Visumverfahrens bei der zuständigen Auslandsvertretung. Spätestens sobald die Vorabzustimmung erteilt wurde, sollte das Visumverfahren initiiert werden und die Vorabzustimmung eingereicht sowie bei der persönlichen Vorsprache im Original vorgelegt werden.

● PRAXISTIPP

Um den langwierigen Prozess des nationalen Visumverfahrens – insbesondere für Freiberuflerinnen* – zu beschleunigen, kann versucht werden, eine sog. „Vorabzustimmung“ der lokalen Ausländerbehörde einzuholen, bevor das Visum bei der Auslandsvertretung beantragt wird.

Im Gegensatz zur Einwanderung zwecks einer selbständigen Tätigkeit gibt es zwar auf den Seiten der meisten Botschaften für einen Antrag auf Erteilung eines Visums zwecks freiberuflicher Tätigkeit keine extra Liste der beizubringenden Unterlagen. Es empfiehlt sich jedoch in Anlehnung an die Erteilungsvoraussetzungen zumindest die Unterlagen der folgenden Checkliste vorzulegen.

CHECKLISTE DER VORZULEGENDEN UNTERLAGEN

- ein ausgefülltes, vereinheitlichtes Visumantragsformular (da hier nur ein vorübergehender Aufenthalt von maximal 1 Jahr geplant ist, sollte in dem Formular angekreuzt werden, dass der ständige Wohnsitz im Ausland beibehalten wird und die geplante Aufenthaltsdauer 12 Monate nicht übersteigt): <https://videx.diplo.de/videx/visum-erfassung/#/videx-langfristiger-aufenthalt>
- noch mind. für die gesamte Aufenthaltsdauer gültiger und von der Bundesrepublik Deutschland anerkannter Reisepass (siehe dazu unter B) I) 1) (a) (iii))
- mind. 2 aktuelle biometrische Passfotos
- Nachweis ausreichender finanzieller Mittel für den gesamten geplanten Aufenthalt, dies kann u.a. durch den Ausstellungsvertrag selbst, eine Kostenübernahmeerklärung durch den einladenden Kunstverein (beispielsweise in Form einer Verpflichtungserklärung), durch Nachweise von Ersparnissen auf einem ausländischen Konto und / oder durch den Nachweis eines Sperrkontos in der Bundesrepublik Deutschland geschehen
- ein Nachweis über ausreichenden Krankenversicherungsschutz für den gesamten Zeitraum des geplanten Aufenthalts – insoweit genügt der Abschluss einer „Incoming-Reiseversicherung“ mit entsprechender Geltungsdauer, es empfiehlt sich aber zusätzlich eine Kontaktaufnahme zur Künstlersozialkasse (KSK)
- ein unterschriebener Ausstellungsvertrag des einladenden Kunstvereins im Original, der u.a. dezidierte Informationen zur geplanten Ausstellungsdauer, zu den Konditionen der Ausstellungsvorbereitung und der Art der beabsichtigten Tätigkeit (Arbeitsort, Arbeitsmittel, freie Arbeitszeiten etc.) und zur Finanzierung des Projekts (beispielsweise auch zu öffentlichen Fördergeldern) sowie die Höhe der Vergütung für die Künstlerin* enthält
- ein Portfolio
- ein Lebenslauf
- Nachweise über Studienabschlüsse im Bereich der bildenden Künste etc. + notarielle Übersetzungen ins Deutsche (z.T. werden auch Übersetzungen ins Englische akzeptiert)
- erforderlichenfalls: eine Erlaubnis zur Ausübung des freien Berufs (z.B. bei Architektinnen*)
- eine formlose ausführliche Darlegung der Verwurzelung im Herkunftsland / Land des gewöhnlichen Aufenthalts bzw. Wohnsitzes, in das zurückgekehrt werden soll; beispielsweise familiäre Bindung, Immobilienbesitz, (lukrative) zukünftige Aufträge vor Ort

● PRAXISTIPP

Die Unterlagen, die für einen Antrag von den einzelnen Auslandsvertretungen zur Prüfung verlangt werden, variieren z.T. stark. So werden von manchen Vertretungen beispielsweise Apostillen ausländischer Urkunden verlangt. Insoweit macht es Sinn, sich zwecks der Vorbereitung des Antrags auf der Seite der zuständigen deutschen Botschaft die Merkblätter für nationale Visa zur Selbständigkeit oder jedenfalls Erwerbstätigkeit anzuschauen, sofern kein eigenes Merkblatt für die (künstlerische) Freiberuflichkeit existiert.

(ii) ANSPRUCHSGRUNDLAGE:

§ 6 Abs. 3 S. 1 i.V.m. § 7 Abs. 1 S. 3 AufenthG

Im Folgenden Abschnitt soll es um die Erteilung eines längerfristigen nationalen Visums für besondere Aufenthaltszwecke gehen, das insbesondere in Betracht kommt, wenn die Künstlerinnen* Stipendiatinnen* sind oder an einem Residenzprogramm teilnehmen. Auch hier soll anhand eines Fallbeispiels auf die Erteilungskonditionen, – Voraussetzungen und Verfahrenshinweise eingegangen werden.

→ FALLBEISPIEL

Die sudanesischer Künstlerin G wurde von einer Stiftung für ein 1-jähriges Stipendium ausgewählt. Das Stipendium deckt alle Lebensunterhaltskosten ab und hat die Aus- und Weiterbildung der Künstlerin* zum Ziel. Sie wird während des Aufenthalts auch künstlerisch tätig sein. Für ihre künstlerische Tätigkeit erhält sie aber keine klassische Gegenleistung im Sinne einer Vergütung oder eines Honorars. Ebenso muss sie für das Stipendium keine klassische Gegenleistung, wie z.B. ein bestimmtes Werk, erbringen. Es soll ihr vielmehr eine Plattform geboten werden, um sich kulturell auszutauschen und sich künstlerisch frei zu entfalten. Welchen Aufenthaltstitel kann G beantragen?

➤ FALLLÖSUNG

Die Künstlerin G sollte hier ein nationales Visum für besondere Aufenthaltszwecke beantragen (§ 6 Abs. 3 S. 1 i.V.m. § 7 Abs. 1 S. 3 AufenthG). Das ist der richtige Antrag, da sie im Rahmen eines Stipendiums vorübergehend einreisen möchte und ihr Lebensunterhalt durch dieses gesichert sein wird. Sie kann sich in diesem Rahmen künstlerisch frei entfalten und betätigen, solange sie dafür keine klassische Gegenleistung in Form einer Vergütung oder eines Honorars erhält, denn die Erwerbstätigkeit ist mit diesem Visum grundsätzlich nicht erlaubt.

Für die Fallkonstellationen, in denen die Künstlerin* für ein Residenzprogramm oder ein Stipendium in Deutschland ausgewählt wurde, kommt die Erteilung eines nationalen Visums für besondere Zwecke gem. § 6 Abs. 3 S. 1 i.V.m. § 7 Abs. 1 S. 3 AufenthG in Betracht. Es handelt sich hierbei jedoch um einen Ausnahmetatbestand für im Aufenthaltsgesetz nicht vorgesehene Aufenthaltszwecke. Stipendien und Residenzprogramme können grundsätzlich als solche, im Aufenthaltsgesetz nicht vorgesehene, Aufenthaltszwecke eingeordnet werden. „In begründeten Fällen“, so verlangt es das Gesetz weiter, kann daher ein Aufenthaltstitel auf dieser Rechtsgrundlage erteilt werden.

(1) ERTEILUNGSKONDITIONEN

Die Erteilungsdauer für das längerfristige nationale Visum auf Grundlage von § 7 Abs. 1 S. 3 AufenthG richtet sich nach der Dauer des Stipendiums bzw. Residenzprogramms und beträgt auch hier maximal ein Jahr. Es muss daher nicht durch die lokale Ausländerbehörde in eine nationale Aufenthaltserlaubnis „umgeschrieben“ werden, wie es sonst bei nationalen Visa, die zunächst nur die Einreise ermöglichen sollen, üblich ist.

Möchte die Künstlerin* doch längerfristig, d.h. länger als ein Jahr in Deutschland aufhältig sein, kann sie eine solche nationale Aufenthaltserlaubnis – beispielsweise gem. § 21 Abs. 5 AufenthG, weil sie nun weitere Angebote für ihre künstlerische Tätigkeit vorweisen kann – grundsätzlich aus dem Inland beantragen. Der Antrag ist dann unbedingt vor Ablauf des nationalen Visums bei der zuständigen Ausländerbehörde zu stellen.

Da viele Ausländerbehörden notorisch überlastet sind, kann ein Termin vor Ablauf der Gültigkeit des Einreisevisums häufig nicht rechtzeitig erlangt werden. Es reicht jedoch der schriftliche Antrag auf Erteilung der Aufenthaltserlaubnis aus, um eine Fiktionswirkung auszulösen. Der Aufenthaltstitel gilt dann bis zur Entscheidung der Ausländerbehörde als fortbestehend (vgl. § 81 Abs. 4 S. 1 AufenthG). Darüber ist eine sog. Fiktionsbescheinigung auszustellen (vgl. § 81 Abs. 5 AufenthG), die dann als vorübergehendes Ausweisdokument dient.

● **PRAXISTIPP**

Auch wenn Termine bei vielen Ausländerbehörden nur schwer zu bekommen sind bzw. lange Wartezeiten bestehen, reicht es aus, wenn ein schriftlicher Antrag auf Verlängerung des Aufenthaltstitels gestellt wurde. Ein Umweg über bezahlpflichtige Plattformen zur Terminbuchung ist keinesfalls angezeigt. Diese Anbieter sind nicht seriös. Termine werden nur offiziell von den Ausländerbehörden vergeben.

● **PRAXISTIPP**

Wenn die Künstlerin* (rechtzeitig) die Verlängerung des längerfristigen nationalen Visums gem. § 7 Abs. 1 S. 3 AufenthG beantragt oder einen Antrag gem. § 21 Abs. 5 AufenthG gestellt hat, wird sie zunächst typischerweise eine sogenannte Fiktionsbescheinigung erhalten. Eine Fiktionsbescheinigung wird ausgestellt, wenn über einen beantragten Aufenthaltstitel noch nicht entschieden werden kann. Für kurzfristige Verlängerungen des Aufenthalts kann diese auch zur Überbrückung bis zur geplanten Ausreise genutzt werden. Sollte vor der geplanten Ausreise – aus welchen Gründen auch immer – noch keine Aufenthaltserlaubnis erteilt worden sein, ist darauf zu achten, den Antrag zurückzunehmen, wenn man ausgereist ist, um eine spätere Ablehnung oder Einstellung zu vermeiden, die bei einer nächsten Einreise problematisch sein kann.

Die Erwerbstätigkeit ist mit diesem nationalen Visum grundsätzlich nicht erlaubt, kann aber sowohl für abhängige Beschäftigungen als auch für selbständige Tätigkeiten erlaubt werden (§ 7 Abs. 1 S. 4 AufenthG). In Bezug auf selbständige Tätigkeiten ergibt sich

die Erlaubnis aus § 21 Abs. 6 AufenthG (in analoger Anwendung).⁶ Die Erwerbstätigkeit darf jedoch nicht dem Hauptzweck zuwiderlaufen, sich als Stipendiatin* hier aufhalten zu wollen oder an einem Residenzprogramm teilzunehmen. Zudem muss die Teilnahme an dem Stipendium Hauptzweck bleiben, d.h. eine Erwerbstätigkeit sollte insbesondere zeitlich nur untergeordneter Natur sein, auch wenn sie für eine andere Auftraggeberin* stattfinden soll. Die Erfolgchancen eines solchen Antrags auf Erlaubnis der Erwerbstätigkeit sind ungewiss, da es sich bei § 7 Abs. 1 S. 3 AufenthG, wie gesagt, um eine Ausnahmenorm handelt und hier entsprechende Erfahrungssätze bezüglich der Entscheidungspraxis der Ausländerbehörden fehlen. In Berlin wird laut den Anwendungshinweisen der Ausländerbehörde (VAB Berlin, Stand April 2023: Nr. 21.6.) jedoch auch bei der Erteilung eines Aufenthaltstitels nach § 7 Abs. 1 S. 3 grundsätzlich die Auflage „selbständige Tätigkeit erlaubt“ verfügt.

● **PRAXISTIPP**

Im Rahmen eines Stipendiums ist unbedingt darauf zu achten, dass kein Leistungsaustausch zwischen Künstlerin* und Stipendengeberin* beabsichtigt und erkennbar ist. Ansonsten gerät die Künstlerin* schnell in den Bereich einer grundsätzlich unerlaubten Erwerbstätigkeit. Eine entsprechende Erlaubnis müsste dann vorher eingeholt werden. Als Grundgedanke eines solchen Stipendiums sollte der kulturelle Austausch und die Aus- und Weiterbildung der Künstlerin* im Vordergrund stehen. Die Stipendiatin* darf hingegen nicht zu einer bestimmten Gegenleistung verpflichtet werden, da es sich dann um eine einkommensteuerpflichtige Erwerbstätigkeit handelt.

(2) ERTEILUNGSVORAUSSETZUNGEN

Zunächst müssen auch hier die allgemeinen Erteilungsvoraussetzungen gem. § 5 AufenthG erfüllt sein. Insoweit kann auf die Ausführungen unter B) 1) 2) verwiesen werden – auch hier muss der Pass noch mindestens für die gesamte Dauer des geplanten Aufenthalts gültig sein. Insbesondere sollte zudem der Lebensunterhalt für die gesamte Dauer des Aufenthalts in der Bundesrepublik Deutschland durch das Stipendium oder im Rahmen des Residenzprogramms durch Mittel der gastgebenden Organisation gesichert sein. Der Lebensunterhalt kann theoretisch auch anderweitig (z.B. eigene Ersparnisse, Verpflichtungserklärung durch Dritte) gesichert werden.

Außerdem muss vor allem der beabsichtigte Aufenthaltszweck glaubhaft gemacht werden. Das heißt, hier muss ausführlich zum Leben und Werk der Künstlerin* und dem geplanten Stipendium bzw. Residenzprogramm sowie der gastgebenden Organisation vorgetragen werden. Auch der Inhalt des Stipendiums bzw. des Residenzprogramms und die geplanten künstlerischen Aktivitäten (Ausstellungen, geplante Arbeiten etc.) der Künstlerin* in der

⁶ Zwar spricht § 21 Abs. 6 AufenthG explizit nur von dem Besitz einer Aufenthaltserlaubnis, worunter ein nationales Visum nicht fällt, gleichwohl besitzen Inhaberinnen* nationaler Visa einen Aufenthaltstitel, sodass eine analoge Anwendung mit Blick auf die Allgemeinen Anwendungshinweise des Bundesministerium des Innern zum AufenthG von 2009 angemessen erscheint.

Bundesrepublik Deutschland müssen ausführlich dargelegt werden. Da es sich um einen zeitlich befristeten Aufenthalt von bis zu einem Jahr handelt, wird auch hier der Rückkehrwille der Antragstellerin vorausgesetzt.

Auf die Erteilung dieses Visums besteht kein Rechtsanspruch, sondern sie erfolgt im Ermessen der zuständigen Auslandsvertretung. Im Rahmen der Ermessensausübung sind – wie bei den Freiberuflerinnen* – wohl auch hier Handels- und Wirtschaftsabkommen mit der Dominikanischen Republik, Indonesien, dem Iran, Japan, den Philippinen, Sri Lanka, den USA und der Türkei möglicherweise im Rahmen der Ermessensausübung zu Gunsten der Antragstellerinnen* zu beachten, wenn tatsächlich kein anderer Aufenthaltswitz in Betracht kommt. (VAB Berlin, Stand April 2023, Nr. 7.1.3.)

● PRAXISTIPP

Die Entscheidung über die Erteilung des Visums bzw. der Aufenthaltserlaubnis liegt auch bei Vorliegen der Tatbestandsvoraussetzungen im Ermessen der Behörde. Es findet eine Abwägung zwischen für und gegen die Erteilung der Aufenthaltserlaubnis sprechenden individuellen Interessen der Antragstellerin* und öffentlichen Interessen statt. Dabei ist zu berücksichtigen, dass das Visum bzw. die Aufenthaltserlaubnis auf der Grundlage des § 7 Abs. 1 S. 3 AufenthG nur ausnahmsweise „in begründeten Fällen“ erteilt werden soll.

(3) ANTRAGSVERFAHREN UND PRAXISHINWEISE

Der Antrag auf ein nationales Visum gem. § 6 Abs. 3 S. 1 i.V.m. § 7 Abs. 3 S. 1 AufenthG ist – so wie jedes Visum – bei der deutschen Botschaft im Herkunftsland bzw. Land des gewöhnlichen Aufenthalts der Künstlerin* zu beantragen (s. unter B) I) 1) (a) (iv).

Bei Anträgen auf ein längerfristiges nationales Visum gem. § 7 Abs. 1 S. 3 AufenthG ist grundsätzlich – wie auch bei denen nach § 21 Abs. 5 AufenthG – die Zustimmung der Ausländerbehörde am beabsichtigten Wohn- bzw. Aufenthaltsort der Künstlerin* erforderlich. Die Zustimmung wird intern von der Botschaft bei der Ausländerbehörde angefragt. Eine direkte Anfrage der Künstlerin* bei der Ausländerbehörde ist nicht erforderlich.

Die Bearbeitungsdauer von Visumanträgen kann je nach Botschaft sehr stark variieren. Mit einer durchschnittlichen Bearbeitungsdauer von drei bis sechs Monaten ist hier jedoch, auch aufgrund der notwendigen Beteiligung der Ausländerbehörde und mancherorts auch der dieser übergeordneten Behörde (in Stuttgart z.B. dem Regierungspräsidium Stuttgart), auf jeden Fall zu rechnen.

Auch hier kann versucht werden, den Prozess durch die vorherige Beteiligung der Ausländerbehörde zu beschleunigen („Vorabzustimmung“ gem. § 31 Abs. 3 AufenthV). Es kann insoweit grundsätzlich auf die entsprechenden Ausführungen unter B) I) 2) (a) (i) (3) verwiesen werden. Da es sich bei § 7 Abs. 1 S. 3 AufenthG zudem um eine absolute Ausnahmeregelung handelt, kann es hier besonders sinnvoll sein, bereits vorab die Einschätzung der Ausländerbehörde zu erhalten.

● PRAXISTIPP

Eine sog. „Vorabzustimmung“ der lokalen Ausländerbehörde gem. § 31 Abs. 3 AufenthV kann dabei helfen, die inhaltliche Einschätzung der Behörde zu dem Fall vor Einleitung des langwierigen Visumverfahrens zu erhalten und letzteres zu beschleunigen.

Grundsätzlich sind die erforderlichen Unterlagen und weiterführende Informationen zum Antragsprozedere auf Merkblättern der deutschen Botschaften aufgeführt, die auf deren Internetseiten abrufbar sind. Da es sich hier um einen Auffangtatbestand handelt und Visa gem. § 7 Abs. 1 S. 3 AufenthG nicht in großer Zahl erteilt werden, sind hierzu auf den Internetpräsenzen der deutschen Botschaften kaum Informationen und keine Merkblätter zu finden. Jedenfalls erforderlich ist die Vorlage der Aufnahmevereinbarung oder eines entsprechenden Stipendienvertrags und der Nachweis des gesicherten Lebensunterhalts, welcher auch einen ausreichenden Krankenversicherungsschutz umfasst.

CHECKLISTE DER VORZULEGENDEN UNTERLAGEN

- ein ausgefülltes, vereinheitlichtes Visumantragsformular (da hier nur ein vorübergehender Aufenthalt von maximal einem Jahr geplant ist, sollte in dem Formular angekreuzt werden, dass der ständige Wohnsitz im Ausland beibehalten wird und die geplante Aufenthaltsdauer zwölf Monate nicht übersteigt): <https://videx.diplo.de/videx/visum-erfassung/#/videx-langfristiger-aufenthalt>
- ein noch mind. für die gesamte Aufenthaltsdauer gültiger und von der Bundesrepublik Deutschland anerkannter Reisepass (siehe dazu unter B) I) 1) (a) (iii))
- mind. zwei aktuelle biometrische Passfotos
- Stipendienvertrag oder eine Aufnahmevereinbarung im Rahmen des Residenzprogramms
- Nachweis der Lebensunterhaltssicherung durch den Stipendienvertrag oder das Residenzprogramm oder anderer Nachweis ausreichender finanzieller Mittel für den gesamten geplanten Aufenthalt
- Nachweis über ausreichenden Krankenversicherungsschutz für den gesamten Zeitraum des geplanten Aufenthalts – insoweit empfiehlt sich der Abschluss einer „Incoming-Reiseversicherung“ mit entsprechender Geltungsdauer
- ein Portfolio
- ein Lebenslauf
- ggf. ein Einladungsschreiben bzw. eine Stellungnahme der einladenden Institution
- Nachweise über Studienabschlüsse im Bereich der bildenden Künste etc. + notarielle Übersetzungen ins Deutsche (z.T. werden auch Übersetzungen ins Englische akzeptiert)
- eine formlose ausführliche Darlegung der Verwurzelung im Herkunftsland / Land des gewöhnlichen Aufenthalts bzw. Wohnsitzes, in das zurückgekehrt werden soll; beispielsweise familiäre Bindung, Immobilienbesitz, (lukrative) zukünftige Aufträge vor Ort

Für ein solches Antragsverfahren sollte die Künstlerin* eng mit der Stipendienggeberin* oder der im Rahmen des Residenzprogramms einladenden Organisation zusammenarbeiten. Hier kommt es entscheidend auf eine gute Begründung im Einzelfall an. Außerdem wird ein solcher Antrag eher bei einer Künstlerinnen* zugewandten Ausländerbehörde, wie Berlin und Hamburg, erfolgreich sein.

● PRAXISTIPP

Die Martin-Roth-Initiative (MRI) vergibt z.B. Stipendien an Kunst- und Kulturschaffende, die sich in ihrem Heimatland für die Freiheit der Kunst, Demokratie und Menschenrechte engagieren. Diese Stipendiatinnen* reisen regelmäßig mit längerfristigen nationalen Visa gem. § 7 Abs. 1 S. 3 AufenthG nach Deutschland ein. Die MRI wird jedoch auch zu 100 Prozent aus Mitteln des Auswärtigen Amtes, der den Auslandsvertretungen übergeordneten Behörde, finanziert. Außerdem ist hier das sog. Solitude-Stipendium der Akademie Schloss Solitude zu nennen, welches im Rahmen von Residenzprogrammen junge Künstlerinnen* und Wissenschaftlerinnen* einlädt. Auch hier werden regelmäßig nationale Visa gem. § 7 Abs. 1 S. 3 AufenthG vergeben.

(b) PRIVILEGIERTE DRITTSTAATSANGEHÖRIGE

Auch für den geplanten Aufenthalt von bis zu einem Jahr ergeben sich teilweise Besonderheiten für die sog. privilegierten Drittstaatsangehörigen. Hinsichtlich der allgemeinen Definition dieser Personengruppe wird auf B) I) 1) (a) und Fußnote 2 verwiesen. Diese sollen im Folgenden dargestellt werden.

→ FALLBEISPIEL

Im Gegensatz zum Fallbeispiel unter B) I) 2) (a) (i) ist die Künstlerin* A nun US-Amerikanerin und nicht Marokkanerin. Im Übrigen ändert sich an dem Fallbeispiel nichts. Braucht A für die Einreise ein Visum?

Wie bereits unter B) I) 1) (b) erläutert, können privilegierte Drittstaatsangehörige* eines sog. „best-friends“-Staates i.S.v. § 41 Abs. 1 AufenthV hier zwar grundsätzlich auch zunächst visumfrei einreisen und im Rahmen der Nichterwerbstätigkeitsfiktion freiberuflich künstlerisch tätig werden. Sofern sie aber länger als 90 Tage bleiben wollen bzw. im Sinne einer Beauftragung gegen Honorar für mehr als 90 Tage arbeiten wollen, müssen auch sie entsprechend binnen 90 Tagen nach ihrer visumfreien Einreise eine Aufenthaltserlaubnis gem. § 21 Abs. 5 AufenthG bei der lokal zuständigen Ausländerbehörde beantragen (dazu näher unter B) I) 3)). Im Gegensatz zu Staatsangehörigen der „good friends“-Staaten aus § 41 Abs. 2 AufenthV können sie nämlich auch eine Aufenthaltserlaubnis zur Erwerbstätigkeit, also als Freiberuflerinnen*, nach § 21 Abs. 5 AufenthG aus dem Inland heraus beantragen. Ob sie von vornherein den Entschluss haben, hier längerfristig zu bleiben, ist im Gegensatz zu den privilegierten Staatsangehörigen aus § 40 AufenthV irrelevant. Allerdings wird der Prüfungsumfang bei § 21 Abs. 5 AufenthG umfassender, wenn statt eines längerfristigen nationalen Visums mit einer Gesamtgeltungsdauer von maximal einem Jahr eine Aufenthaltserlaubnis beantragt werden soll (siehe dazu unter B) I) 3) (a) (i)).

Solange die Erwerbstätigkeit nicht von der Ausländerbehörde gestattet wurde, können auch die privilegierten Staatsangehörigen im Sinne von § 41 Abs. 1 AufenthV grundsätzlich nicht arbeiten. Bis zum Termin zur persönlichen

Vorsprache bei der Ausländerbehörde können indes mehrere Wochen vergehen. In dieser Zeit dürfen sie dann im Zweifel gar nicht künstlerisch tätig werden. Ob in dieser Phase trotz des bereits von vornherein geplanten langfristigen Aufenthalts die Nichterwerbstätigkeitsfiktion greift, ist nämlich — wie bereits unter B) I) 1) (b) erwähnt — umstritten und wird u.a. vom Innenministerium Baden-Württembergs verneint. Auch wenn nach hier vertretener Auffassung eine Anwendbarkeit auch in diesen Fällen angebracht erscheint, ist in dieser Konstellation aus anwaltlicher Vorsicht davon abzuraten, bis zum Erhalt einer entsprechenden Erlaubnis durch die lokale Ausländerbehörde zu arbeiten.

Aufgrund der Länge des Erlaubnisverfahrens im Inland kann es daher auch für privilegierte Drittstaatsangehörige — und insbesondere auch die der „best friends“-Staaten i.S.v. § 41 AufenthV — angebracht sein, bei einem bereits von vornherein geplanten längerfristigen Aufenthalt ein nationales längerfristiges Visum im Sinne von § 6 Abs. 3 S. 1 i.V.m. § 21 Abs. 5 AufenthG zu beantragen, bevor sie einreisen. Denn dann können sie unmittelbar nach ihrer Einreise und ohne Beschränkung, wie geplant, freiberuflich als Künstlerinnen* arbeiten.

Anders stellt sich dies wohl in Fällen einer Einladung im Rahmen eines Stipendiums bzw. eines Residenzprogramms dar, da hier ja gerade keine Erwerbstätigkeit (in Abgrenzung zu § 21 Abs. 5 AufenthG) vorliegt, noch eine solche geplant ist. Hier kann also nach der Einreise direkt eine Aufenthaltserlaubnis gem. § 7 Abs. 1 S. 3 AufenthG beantragt werden, ohne dass das vorherige Durchlaufen eines Visumverfahrens mit Blick auf die Ausrichtung der Ausstellung relevante Vorteile mit sich bringen würde.

Hinsichtlich der Anspruchsgrundlagen und grundsätzlichen Erteilungsvoraussetzungen ändert sich für privilegierte Drittstaatsangehörige hier im Vergleich zu den Ausführungen unter B) I) 2) (a) nichts. Daher sind auch die gleichen Unterlagen beizubringen etc., wenn ein solches längerfristiges nationales Visum beantragt werden soll.

Wenn privilegierte Drittstaatsangehörige hingegen nach visumfreier Einreise eine Aufenthaltserlaubnis als Künstlerin* oder Stipendiatin* beantragen wollen, ist hinsichtlich der Erteilungsvoraussetzungen und Verfahrenshinweise auf die Ausführungen unter B) I) 3) zu verweisen.

➤ FALLLÖSUNG

A kann entweder visumfrei einreisen, auch wenn sie hier freiberuflich als Künstlerin arbeiten und / oder sich längerfristig hier aufhalten will. Sie kann aber vor ihrer Einreise auch ein längerfristiges nationales Visum beantragen. Dies bietet sich aufgrund des Streits über die Anwendbarkeit der Nichterwerbstätigkeitsfiktion in dieser Konstellation (geplante Aufenthaltsdauer überschreitet die eines Kurzaufenthalts) sowie deren enger Grenzen insbesondere dann an, wenn sie von vornherein plant, hier als freiberufliche Künstlerin zu arbeiten.

Zu beachten ist bei den übrigen privilegierten Drittstaatsangehörigen aus § 41 Abs. 2 AufenthV — wie bereits erwähnt — aber, dass diese grundsätzlich keine Aufenthaltserlaubnis nach § 21 Abs. 5 AufenthG aus dem Inland heraus beantragen dürfen. Eine Ausnahme gilt für Brasilianerinnen* (siehe B) I) 1) (b)); diese können im Bundesgebiet nach visumfreier Einreise eine Aufenthaltserlaubnis zur Aufnahme einer freiberuflichen Tätigkeit beantragen, juristische Komplikationen können hierbei aber nicht ausgeschlossen werden.

Die gem. § 40 AufenthV zur visumfreien Einreise berechtigten Staatsangehörigen hingegen müssen bei von Anfang an geplantem längerfristigen Aufenthalt immer mit einem nationalen Visum einreisen (siehe B) I) 1) (b)).

● PRAXISTIPP

Für einen geplanten Daueraufenthalt und die Erwerbstätigkeit außerhalb des zeitlichen Rahmens der Nichterwerbstätigkeitsfiktion benötigen grundsätzlich auch privilegierte Drittstaatsangehörige ein Visum für den entsprechenden Zweck zur Einreise; privilegiert sind insoweit nur die Staatsangehörigen sog. „best friends“-Staaten aus § 41 Abs. 1 AufenthV (Fußnote 2). Jedoch kann es auch bei Ihnen sinnvoll sein, bei bereits von vornherein geplanter längerer Aufenthaltsdauer und Aufnahme einer freiberuflichen Erwerbstätigkeit ein nationales Visum zu beantragen, bevor sie einreisen.

3) GEPLANTE AUFENTHALTSDAUER ÜBER 1 JAHR

Zuletzt sollen im folgenden Modul die Änderungen dargestellt werden, die sich im Vergleich zu den Ausführungen unter B) I) 2) für Künstlerinnen* mit Wohnsitz außerhalb der EU ergeben, weil die Künstlerinnen* dauerhaft, also länger als ein Jahr, in der Bundesrepublik Deutschland bleiben wollen.

(a) NICHT-PRIVILEGIERTE DRITTSTAATSANGEHÖRIGE

Auch hier wird wieder zwischen privilegierten und nicht-privilegierten Drittstaatsangehörigen unterschieden (zur Abgrenzung siehe B) I) 1) (a) und Fußnote 2) und es soll aufgezeigt werden, welche Erteilungskonditionen und -voraussetzungen greifen, sowie das Antragsverfahren praxisorientiert erläutert werden.

- (i) ANSPRUCHSGRUNDLAGE:
§ 21 Abs. 5 AufenthG i.V.m. § 6 Abs. 3 AufenthG
Zunächst geht es wieder um einen Aufenthalt zwecks freiberuflicher Erwerbstätigkeit als Künstlerin*.

→ FALLBEISPIEL

Im Gegensatz zum Fallbeispiel unter B) I) 2) (a) (i) plant die marokkanische Künstlerin* A nun insgesamt über ein Jahr zu bleiben, statt maximal für zwölf Monate. Ob sie nach Beendigung der Tätigkeit für den einladenden Kunstverein wieder in ihr Herkunftsland zurückkehren oder dauerhaft in der Bundesrepublik Deutschland bleiben möchte, weiß sie noch nicht. Im Übrigen ändert sich nichts an dem Sachverhalt. Welchen Aufenthaltstitel muss sie beantragen?

(1) ERTEILUNGSKONDITIONEN

Das nationale Visum für einen dauerhaft geplanten Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland als Freiberuflerin* wird in der Regel für sechs Monate erteilt; nach der Einreise muss vor Ablauf des Gültigkeitsdatums sodann die Erteilung einer entsprechenden Aufenthaltserlaubnis nach § 21 Abs. 5 AufenthG bei der Ausländerbehörde beantragt werden (dies kann schriftlich passieren, z.B. durch eine E-Mail; zusätzlich sollte aber unbedingt eine Versandart gewählt werden, mit der ein rechtzeitiger Zugang nachgewiesen werden kann). Die Ausländerbehörden können die Aufenthaltserlaubnis sodann für bis zu drei Jahre erteilen, sofern die Erfolgsprognose des Vorhabens dies zulässt (dazu näher unten).

Mit dem nationalen Visum nach § 21 Abs. 5 AufenthG können die Inhaberinnen* nur genau die freiberufliche Tätigkeit ausüben, für die sie die Aufenthaltserlaubnis beantragt haben; eine generelle Erlaubnis zur selbständigen Tätigkeit wird hingegen nicht erteilt. Diese kann und muss nachträglich beantragt werden, sollte sich die freiberufliche Tätigkeit ändern. Mit diesem nationalen Visum können die Inhaberinnen* sich zudem 90 Tage binnen 180 Tagen im gesamten Schengen-Raum frei bewegen, jedoch grundsätzlich nicht in anderen Schengen-Staaten arbeiten.

(2) ERTEILUNGSVORAUSSETZUNGEN

Im Grunde kann hier zunächst auf die Ausführungen unter B) I) 2) (a) (i) (2) verwiesen werden. Hauptzweck des Aufenthalts muss also die Tätigkeit als Freiberuflerin* in der Bundesrepublik Deutschland sein. Im Gegensatz zu den obigen Ausführungen ist hier aber nicht nur ein Aufenthalt mit einer Gesamtdauer von einem Jahr, sondern ein dauerhafter Aufenthalt mit einer Dauer von mehr als einem Jahr angestrebt. Daraus ergibt sich, dass der Rückkehrwille der Antragsteller*innen hier nicht zu prüfen ist. Ausführungen dazu sind nicht angebracht. Aufgrund des geplanten Daueraufenthalts ist es hier im Gegensatz zu den Ausführungen unter B) I) 2) (a) (i) (2) erforderlich, mehrere Angebote bzw. Absichtserklärungen von potentiellen Auftraggebern einzureichen. Nur so kann die Behörde die erforderliche Prognose der längerfristigen Erfolgsaussichten der geplanten freiberuflichen Tätigkeit, mithin des öffentlichen Interesses an einer solchen Tätigkeit, vornehmen. Insoweit sollten mindestens zwei Auftragsangebote für ein freiberufliches, künstlerisches und mit einem Honorar vergütetes Engagement im Visumverfahren vorgelegt werden (Näheres zu den allgemein vorzulegenden Unterlagen für diesen Antrag sogleich unter B) I) 3) (a) (i) (3)).

Dabei müssen zwar keine bindenden Vertragsangebote eingereicht werden, sondern es können auch sog. Absichtserklärungen von potenziellen Auftraggeberinnen* eingereicht werden. Gleichwohl können bereits verbindlich abgeschlossene Verträge offenkundig positiven Einfluss auf das Ermessen der Behörde haben. Neben Verträgen oder Absichtserklärungen von privaten Auftraggeberinnen* können freilich auch Ausstellungsverträge oder Einladungen durch Kunstvereine eingereicht werden. Entscheidend ist hier lediglich, dass aus den Schreiben eindeutig hervorgeht, in welchem Umfang und zu welchen Konditionen die Aufträge erteilt werden, also insbesondere auch zu den zu erwartenden Umsätzen. Da auch hinsichtlich der Lebensunterhaltssicherung hier eine dauerhaftere Prognose als im Rahmen eines Antrags auf ein Visum für maximal zwölf Monate vorgenommen werden muss, kommt überdies der Wirtschaftlichkeit des Vorhabens eine erhebliche Bedeutung zu. Durch das Vorlegen mehrerer Angebote verschiedener Auftraggeberinnen* wird zudem jedenfalls dieses Indiz einer Scheinselbständigkeit widerlegt. Bei einem geplanten längeren Aufenthalt steigt die Wahrscheinlichkeit der Prüfung einer Scheinselbständigkeit, da insoweit ein größeres Bedürfnis des Staates, die Sozialversicherungssysteme und den hiesigen Arbeitsmarkt vor einer Umgehung zu schützen, bestehen dürfte.

Bei Antragstellerinnen* über 45 Jahren soll die Aufenthaltserlaubnis i.Ü. grundsätzlich nur erteilt werden, wenn sie über eine angemessene Altersversorgung verfügen. Anders ist dies wiederum bei den unter § 21 Abs. 2 AufenthG fallenden Antragstellerinnen* (siehe unter B) I) 2) (a) (i) (2)).

(3) ANTRAGSVERFAHREN UND PRAXISHINWEISE

Auch hier ist wieder die lokal zuständige Auslandsvertretung für den Antrag auf Erteilung des D-Visums zuständig. Hinsichtlich der zu beteiligenden Behörden kann vollumfänglich auf die Ausführungen unter B) I) 2) (a) (i) (3) verwiesen werden, dies gilt auch für die dort genannten Tipps zur Steigerung der Erfolgchancen eines solchen Antrags. Auch die Dauer des Verfahrens wird hier ähnlich sein. Hinsichtlich der Kosten für das nationale Visum gelten die allgemein dargelegten Regelungen unter B) I) 2). Die Kosten für die Umwandlung in die entsprechende Aufenthaltserlaubnis liegen gem. § 45 AufenthV derzeit bei 100 Euro pro erwachsener Antragstellerin*. Für türkische Staatsangehörige gilt gemäß § 52a AufenthV eine Ermäßigung auf 28,80 Euro. Überdies sind auch Befreiungen oder Ermäßigungen bei „kulturellen Interessen“ gem. § 52 Abs. 7 AufenthV möglich.

Bei den einzureichenden Unterlagen ergeben sich hier jedoch – wie bereits unter B) I) 2) erwähnt – einige Unterschiede im Vergleich zum Antrag auf ein langfristiges nationales Visum zur Teilnahme an einer Ausstellung für maximal zwölf Monate. Erforderlich sind hier in der Regel die Unterlagen der folgenden Checkliste.

➤ FALLLÖSUNG

A muss vor ihrer Einreise ein nationales Visum für einen dauerhaften Aufenthalt als freiberufliche Künstlerin gem. § 21 Abs. 5 (i.V.m. § 6 Abs. 3) AufenthG bei der für sie zuständigen deutschen Auslandsvertretung beantragen.

CHECKLISTE DER VORZULEGENDEN UNTERLAGEN

- ein ausgefülltes, vereinheitlichtes Visumantragsformular: <https://videx.diplo.de/videx/visum-erfassung/#/videx-langfristiger-aufenthalt>
- ein gültiger und von der Bundesrepublik Deutschland anerkannter Reisepass (siehe dazu unter B) I) 1) (a) (iii))
- mind. 2 aktuelle biometrische Passfotos
- Finanzplan
(Prognose des erwarteten Gewinns in den nächsten drei Jahren)
- Kontoauszüge mit ausreichendem Guthaben zum Nachweis der Sicherung des Lebensunterhalts in der Anfangsphase oder sonstige Nachweise über finanzielle Absicherung durch Dritte etc.
- Reisekrankenversicherung
(erst bei der Umwandlung in eine Aufenthaltserlaubnis muss dann auch ein ausreichender Krankenversicherungsschutz nachgewiesen werden; es empfiehlt sich insoweit die Künstlersozialkasse (KSK) zu kontaktieren)
- ab 45. Lebensjahr i.d.R. Nachweis einer gesicherten und angemessenen Altersversorgung
- mindestens zwei Angebote von inländischen (potenziellen) Auftraggeberinnen*, wenn möglich mit konkretem Auftragsvolumen bzw. jedenfalls Absichtserklärungen, ggf. Rechnungen früherer Aufträge
- ein detaillierte Beschreibung der beabsichtigten Tätigkeit
- ein Lebenslauf
- Nachweise über Studienabschlüsse im Bereich der bildenden Künste etc. + notarielle Übersetzungen ins Deutsche (z.T. werden auch Übersetzungen ins Englische akzeptiert)
- ggf. Referenzen/Förderer
- erforderlichenfalls: Erlaubnis zur Ausübung des freien Berufs (z.B. bei Architektinnen*)

(ii) ANSPRUCHSGRUNDLAGE

§ 7 Abs. 1 S. 3 i.V.m. § 6 Abs. 3 AufenthG

Nun soll die Konstellation erläutert werden, in der die Künstlerin* Stipendiatin* ist bzw. an einem Residenzprogramm teilnimmt und länger als ein Jahr in der Bundesrepublik Deutschland bleiben möchte.

→ FALLBEISPIEL

Die marokkanische Künstlerin* M wird im Gegensatz zum Fallbeispiel unter B) I) 2) (a) (ii) nunmehr für ein zweijähriges statt einjähriges Residenzprogramm in die Bundesrepublik Deutschland eingeladen. Ob sie nach Beendigung des Residenzprogramms wieder in ihr Herkunftsland zurückkehren oder dauerhaft in der Bundesrepublik Deutschland bleiben möchte, ist noch unklar. Im Übrigen ändert sich an dem Sachverhalt nichts. Welcher Aufenthaltstitel kann für M beantragt werden?

➤ FALLLÖSUNG

Für die marokkanische Künstlerin M muss vor der Einreise ein nationales dauerhaftes Visum für besondere Zwecke bei der Auslandsvertretung beantragt werden (gem. § 7 Abs. 1 S. 3 i.V.m. § 6 Abs. 3 AufenthG). Sie bestreitet ihren Lebensunterhalt ausschließlich über das (zweijährige) Residenzprogramm und geht keiner Erwerbstätigkeit nach, die im Rahmen dieses Aufenthalts grundsätzlich nicht erlaubt ist. Das Visum muss nach der Einreise bei der Ausländerbehörde in eine Aufenthaltserlaubnis „umgetauscht“ werden.

(1) ERTEILUNGSKONDITIONEN

Für die Fälle, in denen die Künstlerin* im Rahmen eines Stipendiums oder Residenzprogramms in die Bundesrepublik Deutschland kommen soll, ist § 7 Abs. 1 S. 3 i.V.m. § 6 Abs. 3 AufenthG die richtige Anspruchsgrundlage. Hinsichtlich der allgemeinen Erteilungskonditionen kann auf die Ausführungen unter B) I) 2) (a) (ii) (1) verwiesen werden.

Anders als in den unter B) I) 2) (a) (ii) erwähnten Fällen geht es hier aber um längerfristige Aufenthalte, die mehr als ein Jahr andauern sollen. Hier wird daher zunächst ein nationales Visum zur Einreise bei der Auslandsvertretung beantragt, welches dann im Inland vor Ablauf seiner Gültigkeit (beträgt hier oft nur einige Wochen oder Monate) bei der zuständigen Ausländerbehörde in eine Aufenthaltserlaubnis „umgetauscht“ werden muss (s. dazu B) I) 3) (a) (i) (1)). Hinsichtlich der Problematik rechtzeitig einen Termin bei der lokalen Ausländerbehörde zur Antragstellung zu erhalten, kann auf die Ausführungen und den Praxistipp unter B) I) 2) (a) (ii) (1) verwiesen werden. Die rechtzeitige schriftliche Antragstellung reicht aus, um den Status des rechtmäßigen Aufenthalts beizubehalten.

● PRAXISTIPP

Auch wenn Termine bei vielen Ausländerbehörden nur schwer zu bekommen sind bzw. lange Wartezeiten bestehen, reicht es aus, wenn ein schriftlicher Antrag auf Verlängerung des Aufenthaltstitels gestellt wurde.

Die Aufenthaltserlaubnis gem. § 7 Abs. 1 S. 3 AufenthG berechtigt grundsätzlich nicht zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit. Diese

kann jedoch im Einzelfall erlaubt werden. Die Einzelheiten wurden bereits unter B) I) 2) (a) (ii) (1) dargelegt.

Bezüglich Reise- und Arbeitsmöglichkeiten in anderen Mitgliedstaaten der Schengen-Gebiets gelten hier keine Besonderheiten im Gegensatz zu anderen nationalen Visa.

(2) ERTEILUNGSVORAUSSETZUNGEN

Im Grunde kann hier ebenfalls auf die Ausführungen unter B) I) 2) (a) (ii) (2) verwiesen werden. Entscheidend ist hier neben der Laufzeit des Stipendiums bzw. des Residenzprogramms, dass der Lebensunterhalt der Künstlerin* durch diese während der gesamten Aufenthaltsdauer gedeckt ist. Da es sich hier um einen längerfristigen Aufenthalt von über einem Jahr handelt und eine Rückkehr zunächst nicht absehbar oder geplant ist, wird ein ggf. bestehender Rückkehrwille von der Behörde hier nicht geprüft. Daher müssen hierzu bei der Antragstellung keine Ausführungen gemacht werden.

(3) ANTRAGSVERFAHREN UND PRAXISHINWEISE

Für das hiesige Antragsverfahren gelten im Vergleich zur Beantragung des nationalen Visums für bis zu einem Jahr – mit Ausnahme der Vorlage eines Stipendien- bzw. Residenzprogrammvertrags mit einer Geltungsdauer von mehr als zwölf Monaten – keine Besonderheiten. Es kann daher vollumfänglich auf die Ausführungen unter B) I) 2) (a) (ii) (3) verwiesen werden. Hinsichtlich der Kosten für die Umwandlung in eine Aufenthaltserlaubnis wird auf B) I) 3) (a) (i) (3) verwiesen.

(b) PRIVILEGIERTE DRITTSTAATSANGEHÖRIGE

Auch für den dauerhaft geplanten Aufenthalt ergeben sich für die sog. privilegierten Drittstaatsangehörigen zum Teil Besonderheiten (zur Abgrenzung von nicht-privilegierten Staatsangehörigen siehe B) I) 1) (a) und Fußnote 2). Diese werden im Folgenden anhand von Fallbeispielen kurz erläutert.

→ FALLBEISPIEL

Die US-amerikanische Künstlerin A plant hier, im Gegensatz zum Fallbeispiel unter B) I) 2) (a) (i), länger als ein Jahr zu bleiben. Sie weiß noch nicht, wann sie zurückkehren wird. Inwiefern ändert sich der Antrag bzw. das Verfahren?

Gem. § 41 Abs. 1 AufenthV privilegierte Drittstaatsangehörige können eine Aufenthaltserlaubnis gem. § 21 Abs. 5 AufenthG als Freiberuflerinnen* grundsätzlich auch aus dem Inland heraus beantragen, nachdem sie visumfrei eingereist sind. Es kann allerdings sinnvoll sein, dennoch mit einem nationalen Visum einzureisen, da dann u.a. unmittelbar nach der Einreise die freiberufliche Tätigkeit (unbeschränkt) erlaubt ist und es auf die in dieser Konstellation umstrittene Anwendbarkeit der Nichterwerbstätigkeitsfiktion nicht ankommt. Insoweit wird auf die Ausführungen unter B) I) 1) (b) und B) I) 2) (b) verwiesen. An den Erteilungsvoraussetzungen und Unterlagen, die dann gegenüber der Ausländerbehörde beizubringen sind, ändert sich im Vergleich zu den Ausführungen unter B) I) 3) (a) (i) nichts.

➤ FALLLÖSUNG

A kann eine Aufenthaltserlaubnis gem. § 21 Abs. 5 AufenthG als Freiberuflerin grundsätzlich auch aus dem Inland heraus beantragen, nachdem sie visumfrei eingereist ist. Es kann allerdings wegen der geplanten längerfristigen freiberuflichen Tätigkeit als Künstlerin* sinnvoll sein, dennoch mit einem nationalen Visum einzureisen.

→ FALLVARIANTE 1

A ist nun nicht US-Amerikanerin, sondern stammt aus Andorra. Im Übrigen ändert sich am Sachverhalt des Ausgangsfalls nichts. Ändert sich dadurch etwas am Antragsverfahren?

Angehörige eines „good friends“-Staates im Sinne von § 41 Abs. 2 AufenthV können grundsätzlich keine Aufenthaltserlaubnis zwecks Erwerbstätigkeit aus dem Inland heraus beantragen. Ist der Zweck des geplanten Aufenthalts also eine freiberufliche Tätigkeit, müssen diese mit einem nationalen Visum gem. § 21 Abs. 5 i.V.m. § 6 Abs. 3 AufenthG einreisen.

➤ FALLLÖSUNG

A muss hier mit dem erforderlichen nationalen Visum gem. § 6 Abs. 3 AufenthG i.V.m. § 21 Abs. 5 AufenthG einreisen.

→ FALLVARIANTE 2

A stammt aus Brasilien. Im Übrigen ändert sich nichts am Sachverhalt des Ausgangsfalls. Ändert sich dadurch das zu beachtende Verfahren?

Aufgrund einer besonderen Privilegierung können Brasilianerinnen* ausnahmsweise eine Aufenthaltserlaubnis gem. § 21 Abs. 5 AufenthG aus dem Inland heraus beantragen, obwohl sie eigentlich zu den Angehörigen der „good friends“-Staaten aus § 41 Abs. 2 AufenthV zählen.

➤ FALLLÖSUNG

A kann als Brasilianerin eine Aufenthaltserlaubnis gem. § 21 Abs. 5 AufenthG aus dem Inland heraus beantragen, nachdem sie visumfrei eingereist ist. Sie kann vor ihrer Einreise aber auch ein Visumverfahren durchlaufen, um Komplikationen zu vermeiden und sofort nach der Einreise (unbeschränkt) freiberuflich tätig werden zu können.

→ FALLVARIANTE 3

A kommt wieder aus Andorra, hat aber dieses Mal keinen Honorarvertrag mit dem Kunstverein geschlossen, sondern wird von einem Kunstverein eingeladen, im Rahmen eines Stipendienprogramms, das länger als ein Jahr dauert, an einer Ausstellung mitzuwirken. Wie ändert sich dadurch das Verfahren im Vergleich zum Ausgangsfall?

Staatsangehörige, die der Privilegierung aus § 41 Abs. 2 AufenthV unterfallen, können visumfrei einreisen und den Aufenthalt nach § 7 Abs. 1 S. 3 AufenthG aus dem Inland heraus direkt bei der lokal zuständigen Ausländerbehörde beantragen. Das gleiche gilt freilich für Staatsangehörige der in § 41 Abs. 1 AufenthV genannten Staaten, die jeden längerfristigen Aufenthalt aus dem Inland heraus beantragen können (siehe B) I) 1) (b)). An den Erteilungsvoraussetzungen und Unterlagen, die dann gegenüber der Ausländerbehörde beizubringen sind, ändert sich im Vergleich nichts zu den Ausführungen in B) I) 3) (a) (ii).

➤ FALLLÖSUNG

A kann visumfrei einreisen und den Aufenthalt nach § 7 Abs. 1 S. 3 AufenthG aus dem Inland heraus direkt bei der lokal zuständigen Ausländerbehörde beantragen, kann aber auch mit einem nationalen Visum einreisen. Vorteilhaft kann dies deshalb sein, weil dann vor Erteilung der Aufenthaltserlaubnis, die mehrere Monate in Anspruch nehmen kann, eine „Fiktionsbescheinigung“ gem. § 81 Abs. 4 AufenthG ausgestellt werden kann, die zum Reisen außerhalb der ansonsten geltenden zeitlichen Grenze von 90 Tagen binnen 180 Tagen im Schengen-Gebiet berechtigt. Sollte bereits im Visumverfahren die selbständige Tätigkeit erlaubt worden sein, kann freilich auch dies von Vorteil sein.

Staatsangehörige aus den in § 40 AufenthV genannten Staaten, die nicht zugleich in § 41 AufenthV benannt sind, sind hier in keiner der Fallgestaltungen privilegiert, sie müssen generell das Visumverfahren durchlaufen, bevor sie einreisen, wenn sie von vornherein über 90 Tage hier bleiben wollen (siehe unter B) I) 1) (b)).

II) Wohnsitz / gewöhnlicher Aufenthalt in der EU (außerhalb Deutschlands) mit Aufenthaltstitel eines anderen Mitgliedstaats

Nunmehr soll auf die Personen eingegangen werden, die sich nicht mehr außerhalb der EU gewöhnlich aufhalten, sondern bereits in einem anderen Mitgliedstaat der EU leben und dort einen Aufenthaltstitel besitzen, wenn sie von dem in Deutschland ansässigen Kunstverein eingeladen werden.

Grundsätzlich gilt, dass sich Menschen, die einen Aufenthaltstitel eines anderen EU-Mitgliedstaates besitzen, damit auch innerhalb des Schengen-Gebiets bewegen können, solange sie die Einreisevoraussetzungen des Schengener Grenzkodex (SGK) und des Schengener Durchführungsübereinkommens (SDÜ) erfüllen, das heißt insbesondere einen von den verschiedenen Mitgliedstaaten anerkannten und gültigen Pass besitzen. Wer hingegen bereits in dem anderen Mitgliedstaat keinen Aufenthaltstitel besitzt und auch nicht allgemein aufgrund seiner Staatsangehörigkeit o.ä. von der Visumpflicht befreit ist, kann nicht in andere Schengen-Länder reisen.

1) GEPLANTE AUFENTHALTSDAUER BIS ZU 90 TAGEN

Auch hier muss aber wieder zwischen der beabsichtigten Dauer des Aufenthalts in der Bundesrepublik Deutschland unterschieden werden. Zunächst sollen die Voraussetzungen für einen Aufenthalt von bis zu 90 Tagen erläutert werden, wobei zunächst die sog. nicht-privilegierten Drittstaatsangehörigen thematisiert werden. Danach soll auf die Besonderheiten, die sich in dieser Kategorie für die sog. privilegierten Drittstaatsangehörigen ergeben, eingegangen werden. (zur Abgrenzung siehe unter B) I) 1) (a) und Fußnote 2)

(a) NICHT-PRIVILEGIERTE STAATSANGEHÖRIGE

→ FALLBEISPIEL

Die tunesische Künstlerin T hat ein italienisches Schengen-Visum und möchte in die Bundesrepublik Deutschland reisen, um hier auf Einladung eines Kunstvereins an einer Ausstellung teilzunehmen. Sie will insgesamt etwa einen Monat in Deutschland bleiben. Ihr soll ein Honorar für die Teilnahme an der Ausstellung gezahlt werden. Welchen Aufenthaltstitel muss sie beantragen?

Inhaberinnen* von Schengen-Visa anderer EU-Mitgliedstaaten benötigen für die Einreise nach Deutschland keinen weiteren Aufenthaltstitel, sofern diese noch gültig sind, sie im Besitz eines Reisedokuments sind, das von der Bundesrepublik Deutschland anerkannt wird und sie die grundsätzlich bestehende zeitliche Begrenzung des Aufenthalts von 90 Tagen binnen 180 Tagen im gesamten Schengen-Raum einhalten. Auch für diese Gruppe greift zudem die Nichterwerbstätigkeitsfiktion (siehe B) I) 1) (a)). Das heißt, Inhaberinnen* von Schengen-Visa anderer Mitgliedstaaten können in Deutschland eine Ausstellung ohne weitere Erlaubnis ausrichten oder an ihr teilnehmen, wenn sich die Grenzen der Nichterwerbstätigkeitsfiktion einhalten.

Sollten die Schengen-Visa-Inhaberinnen* sich nach der Einreise zwecks eines Kurzaufenthalts für einen längerfristigen Aufenthalt entscheiden, müssen auch sie grundsätzlich erneut ausreisen und ein Visumverfahren bei der zuständigen deutschen Auslandsvertretung in dem anderen EU-Mitgliedstaat durchlaufen.

↗ FALLLÖSUNG

T muss hier für ihre Reise und die Teilnahme an der Ausstellung keinen anderen Aufenthaltstitel beantragen, wenn ihr Schengen-Visum noch gültig ist, sie im Besitz eines von Deutschland anerkannten Passdokuments ist und sie die grundsätzlich bestehende zeitliche Begrenzung des Aufenthalts im gesamten Schengen-Raum sowie die zeitlichen und inhaltlichen Vorgaben der Nichterwerbstätigkeitsfiktion einhält.

Dasselbe gilt, wenn T an einem Residenzprogramm teilnehmen und kein Honorar als Gegenleistung für ihre künstlerische Arbeit erhalten soll.

● PRAXISTIPP

Die Einreise in die Bundesrepublik Deutschland ist auch den Inhaberinnen* von Aufenthaltstiteln anderer Schengen-Staaten nur erlaubt, wenn sie bei der Einreise im Besitz eines von der Bundesrepublik Deutschland anerkannten Reisedokuments sind. Insbesondere für staatenlose Palästinenserinnen* aus dem Libanon ist dies ein erhebliches Problem. In diesem Fall sollte vor der Einreise eine rechtliche Beratung eingeholt werden. Bei einem Verstoß gegen die Einreisebestimmungen drohen nämlich Sanktionen.

(b) PRIVILEGIERTE DRITTSTAATSANGEHÖRIGE**→ FALLBEISPIEL**

T ist nun nicht mehr Tunesierin, sondern US-Amerikanerin und durfte daher visumfrei in den Schengen-Raum einreisen. Ansonsten ändert sich an dem Fallbeispiel unter a) nichts. Inwiefern verändert sich das Verfahren?

Hinsichtlich der inhaltlichen Ausführungen ändert sich hier im Vergleich zu den Ausführungen unter B) II) 1) (a) im Grunde nichts. Der einzige Unterschied ist, dass die unter § 41 Abs. 1 AufenthV fallenden Staatsangehörigen sich auch nach der visumfreien Einreise für einen längerfristigen Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland entscheiden können, die nach § 41 Abs. 2 AufenthV jedenfalls dann, wenn der längerfristige Aufenthaltzweck nicht die freiberufliche Tätigkeit ist (außer bei Brasilianerinnen*). Es wird auf die Ausführungen unter B) I) 1) (b) verwiesen. Wenn sie sich aber nach der Einreise für einen Daueraufenthalt entscheiden und bereits im Rahmen der Nichterwerbstätigkeitsfiktion tätig geworden sind, sollte wegen des Streits der Reichweite der Nichterwerbstätigkeitsfiktion zumindest ab dem Zeitpunkt der Antragstellung auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nicht mehr gearbeitet werden (siehe B) I) 1) (b) und B) I) 2) (b)).

↗ FALLLÖSUNG

T kann visumfrei in die Bundesrepublik einreisen, um an der Ausstellung teilzunehmen, solange sie die zeitlichen und inhaltlichen Vorgaben der Nichterwerbstätigkeitsfiktion einhält.

Dasselbe gilt, wenn T an einem Residenzprogramm teilnehmen und kein Honorar als Gegenleistung für ihre künstlerische Arbeit erhalten soll.

2) GEPLANTE AUFENTHALTSDAUER ÜBER 90 TAGE

Nun werden die Unterschiede zu den zu beachtenden Einreise- und Aufenthaltsbestimmungen dargestellt, die sich im Vergleich zu den Ausführungen unter B) II) 1) daraus ergeben, dass nunmehr nicht nur ein kurzzeitiger Aufenthalt von bis zu 90 Tagen geplant ist, sondern die Künstlerin* sich länger in der Bundesrepublik Deutschland aufhalten möchte. Auch hier wird zwischen den sog. nicht-privilegierten Drittstaatsangehörigen und den sog. privilegierten Drittstaatsangehörigen unterschieden.⁷

(a) NICHT-PRIVILEGIERTE STAATSANGEHÖRIGE**→ FALLBEISPIEL**

T stammt aus Tunesien, hat eine Aufenthaltserlaubnis in Spanien und möchte nun nach Deutschland ziehen, um hier über 90 Tage zu bleiben und als Künstlerin zu arbeiten. Wie lange genau sie bleiben will, ist noch unklar. Welchen Aufenthaltstitel muss sie beantragen?

Drittstaatsangehörige, die einen Aufenthaltstitel eines anderen EU-Mitgliedstaats besitzen, müssen vor einer Einreise nach Deutschland zwecks einem längerfristigen Aufenthalt ein entsprechendes nationales Visum bei der für sie zuständigen deutschen Auslandsvertretung in dem Mitgliedstaat, in dem sie sich gewöhnlich aufhalten oder ihren Wohnsitz haben, beantragen. Wie lange das Verfahren dauert, welche Unterlagen beizubringen sind und welche Rechte dieses Visum mit sich bringt, richtet sich nach dem primären Aufenthaltzweck ihres geplanten Aufenthalts in der Bundesrepublik Deutschland bzw. nach dessen genauer Ausgestaltung. Insoweit ist entscheidend, ob die Antragstellerinnen* für ein Honorar arbeiten oder ein Stipendium erhalten sollen und wie lange sie insgesamt bleiben möchten. Es wird hier grundsätzlich vollumfänglich auf die Ausführungen unter B) I) 2) (a) (i), B) I) 2) (a) (ii) und B) I) 3) (a) verwiesen.⁸

↗ FALLLÖSUNG

T muss hier mit einem nationalen Visum in die Bundesrepublik Deutschland einreisen. Dieses kann sie bei der deutschen Auslandsvertretung in Spanien, also dem Ort ihres aktuellen Wohnsitzes bzw. gewöhnlichen Aufenthalts, beantragen. In Betracht kommen je nach Ausgestaltung des Aufenthalts (langfristige) nationale Visa zwecks freiberuflicher Tätigkeit nach § 21 Abs. 5 AufenthG oder zur Teilnahme an einem Stipendienprogramm gem. § 7 Abs. 1 S. 3 AufenthG.

(b) PRIVILEGIERTE DRITTSTAATSANGEHÖRIGE**→ FALLBEISPIEL**

T stammt nun aus Kanada, ansonsten ändert sich am Fallbeispiel unter B) II) 2) (a) nichts. Inwiefern ändert sich das Verfahren?

Staatsangehörige der sog. "best friends"-Staaten im Sinne von § 41 Abs. 1 AufenthV können jede Aufenthaltserlaubnis auch nach visumfreier Einreise binnen 90 Tagen in der Bundesrepublik Deutschland einholen. Hinsichtlich des

⁷ siehe Fußnote 2 für Definition und Abgrenzung der beiden Gruppen

⁸ Bei Inhaber*innen* einer sog. (echten) „Daueraufenthaltserlaubnis-EU“ greift aber i.d.R. ein anderes Verfahren

geplanten Zwecks und der Erteilungsvoraussetzungen etc. kann wiederum auf die Ausführungen unter B) I) 2) (a) (i) und B) I) 2) (a) (ii) und B) I) 3) (a) (i) und B) I) 3) (a) (ii) verwiesen werden.

Angehörige der in § 41 Abs. 2 AufenthV oder § 40 AufenthV genannten Staaten müssen je nach geplantem Aufenthaltszweck und geplanter Aufenthaltsdauer hingegen mit einem nationalen Visum in die Bundesrepublik Deutschland einreisen. (siehe B) I) 1) (b) und B) II) 1) (b))

➤ FALLLÖSUNG

T kann visumfrei einreisen und die Aufenthaltserlaubnis binnen 90 Tagen in der Bundesrepublik Deutschland beantragen. Sie könnte vor ihrer Einreise aber auch ein nationales Visum bei der deutschen Auslandsvertretung an ihrem Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthaltsort einholen, um beispielsweise sofort nach der Einreise (unbeschränkt) künstlerisch tätig sein zu dürfen, ohne dass es auf eine Anwendbarkeit der Nichterwerbstätigkeitsfiktion ankommt (zum Streit darüber siehe unter B) I) 1) (b) und B) I) 2) (b)).

III) Wohnsitz / gewöhnlicher Aufenthalt innerhalb Deutschlands

Die nächste Untergruppe bilden die nicht-deutschen Künstlerinnen*, die sich bereits in der Bundesrepublik Deutschland aufhalten, wenn sie von einem hier ansässigen Kunstverein zu einer Ausstellungsteilnahme eingeladen werden. Hier ist bereits ein dauerhafter Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland geplant gewesen bzw. begründet worden, sodass nicht mehr zwischen der Aufenthaltsdauer, sondern danach unterschieden wird, welchen Status die Betroffenen aktuell in der Bundesrepublik Deutschland haben und welche Rechte respektive Beschränkungen sich daraus für sie jeweils ergeben.

1) PERSONEN MIT AUFENTHALTSTITEL

Zunächst werden anhand eines Fallbeispiels Künstlerinnen* in den Fokus genommen, die in der Bundesrepublik Deutschland einen Aufenthaltstitel haben.

→ FALLBEISPIEL

A hat die irakische Staatsangehörigkeit, ist Künstlerin und befindet sich mit einer Aufenthaltserlaubnis als Ehegattin einer chilenischen Staatsangehörigen, mithin zu anderen Zwecken als ihrer (freiberuflichen) künstlerischen Tätigkeit, in der Bundesrepublik Deutschland. Nun lädt ein Kunstverein sie ein, an einer Ausstellung teilzunehmen. Muss sie etwas beantragen, um die Einladung annehmen zu können?

Gem. § 4a Abs. 1 AufenthG ist Inhaberinnen* deutscher Aufenthaltserlaubnisse die Erwerbstätigkeit grundsätzlich unbegrenzt gestattet und damit die freiberufliche Tätigkeit, auch wenn der Aufenthalt nicht zum Zwecke der freiberuflichen künstlerischen Tätigkeit nach § 21 Abs. 5 AufenthG erteilt wurde. Es gibt aber auch Aufenthaltszwecke, bei denen es insoweit gesetzliche Beschränkungen gibt (beispielsweise für Studentinnen*). Ob eine solche Ausnahme greift, ergibt sich gem. § 4a Abs. 4 AufenthG aus der Aufenthaltserlaubnis selbst.

Wenn eine solche Beschränkung vorliegt, muss vor Beginn einer freiberuflichen künstlerischen Tätigkeit eine entsprechende Erlaubnis zur selbständigen Tätigkeit nach § 21 Abs. 6 i.V.m. § 4a Abs. 1 AufenthG bei der lokalen Ausländerbehörde explizit beantragt werden. Ansonsten drohen Sanktionen. Die Ausländerbehörde erteilt die Erlaubnis in Ihrem Ermessen, es gibt also keinen Rechtsanspruch darauf. Im Rahmen der Ermessensausübung sind die strengen Kriterien zur Erteilung eines nationalen Visums bzw. einer Aufenthaltserlaubnis nach § 21 Abs. 5 AufenthG zwar nicht in der gleichen Intensität zu prüfen, gleichwohl können sie im Rahmen der Ermessensausübung eine Rolle spielen. Insoweit kann es sich auch hier anbieten, Stellungnahmen von fachkundigen Stellen etc. bei der Antragstellung vorzulegen, um die Entscheidung der Ausländerbehörde positiv zu beeinflussen. (siehe Ausführungen unter B) I) 2) (a) (i))

Wer einmal im Besitz einer deutschen Aufenthaltserlaubnis ist, kann grundsätzlich im Übrigen aus dem Inland heraus und ohne Durchführung eines (weiteren) Visumverfahrens eine Aufenthaltserlaubnis zu einem anderen Zweck beantragen (§ 39 Nr. 1 AufenthV).

Mit der deutschen Aufenthaltserlaubnis können sich die Inhaberinnen* bei Einhaltung der Regelungen aus dem SGK und SDÜ zudem bis zu 90 Tage binnen 180 Tagen in anderen Schengen-Staaten frei bewegen, jedenfalls sofern sie dort nicht dauerhaft bleiben und /oder arbeiten wollen (siehe B) II) 1)).

➤ FALLLÖSUNG

A kann hier mit ihrer Aufenthaltserlaubnis ohne jegliche weitere Genehmigung an der Ausstellung teilnehmen und zwar – aus aufenthaltsrechtlicher Perspektive – unabhängig davon, wie lang die Ausstellung dauert, ob sie für die Teilnahme von dem Kunstverein ein Honorar bekommt oder ob sie daran im Rahmen eines Stipendiums teilnehmen wird. Denn ihr ist gemäß § 4a Abs. 1 i.V.m. § 30 AufenthG die Erwerbstätigkeit allgemein gestattet. Dies ergibt sich aus ihrer Aufenthaltserlaubnis.

Wenn A ein von ihrer Ehefrau unabhängiges Aufenthaltsrecht erwerben will, kann sie auch als nicht-privilegierte Drittstaatsangehörige, die im Besitz einer gültigen deutschen Aufenthaltserlaubnis ist, eine Aufenthaltserlaubnis für jeden anderen Zweck ohne vorheriges Visumverfahren direkt bei der Ausländerbehörde beantragen. Hier käme offenkundig insbesondere eine Aufenthaltserlaubnis als freiberufliche Künstlerin gem. § 21 Abs. 5 AufenthG in Betracht.

2) PERSONEN OHNE AUFENTHALTSTITEL

Nun soll anhand eines Fallbeispiels im Gegensatz zu den Ausführungen unter 1) die Situation von Menschen mit einem dauerhaften tatsächlichen Aufenthalt dargestellt werden, die keinen Aufenthaltstitel besitzen, also Inhaberinnen* von Duldungen oder Aufenthaltsgestattungen. Außerdem soll die Situation von privilegierten Drittstaatsangehörigen während ihres rechtmäßigen, von einem Titelbesitz befreiten, Aufenthalts dargestellt werden.

→ FALLBEISPIEL

A ist Künstlerin und musste aufgrund politischer Verfolgung aus ihrem Herkunftsland Afghanistan fliehen. Nach Ihrer Ankunft in Deutschland hat sie einen Asylantrag gestellt. Sie ist daher aktuell im Besitz einer gültigen „Aufenthaltsgestattung“, über ihren Asylantrag wurde noch nicht entschieden. Ein Kunstverein möchte gerne, dass sie an einer Ausstellung teilnimmt. Die genaue Ausgestaltung der Zusammenarbeit kann aus Sicht des Kunstvereins dabei flexibel gehandhabt werden. Kann A an der Ausstellung teilnehmen?

Geflüchteten Menschen, die sich noch im Asylverfahren befinden, ist es verwehrt, an der Ausstellung teilzunehmen, sofern es sich dabei um eine freiberufliche Erwerbstätigkeit handelt. Sie unterfallen (aufgrund fehlender Verweisnormen für diesen Personenkreis) weder der Nichterwerbstätigkeitsfiktion (siehe B I 1) (a)), noch kann ihnen die selbständige Tätigkeit nach § 21 Abs. 6 AufenthG erlaubt werden, da sie (noch) keine Aufenthaltserlaubnis besitzt. Das gleiche gilt für Inhaberinnen* einer Duldung. Die Teilnahme an der Ausstellung im Rahmen eines Residenzprogramms oder als Stipendiatin* sollte hingegen möglich sein, da dann gerade keine freiberufliche Erwerbstätigkeit vorliegt. Hier können sich aber Probleme ergeben, falls die Betroffenen im Sozialleistungsbezug sind.

Diese Personengruppe darf auch nicht innerhalb des Schengen-Gebiets reisen, geschweige denn dort arbeiten (vgl. Ausführungen unter B II)).

Hinsichtlich der privilegierten Drittstaatsangehörigen ergibt sich hier keine Besonderheit zu den Ausführungen unter B I) und B II), solange sie sich (noch) visumfrei bzw. ohne Aufenthaltserlaubnis hier aufhalten. In dieser Zeit können sie also nur i.R.d. Nichterwerbstätigkeitsfiktion freiberuflich gegen Honorar tätig werden. Sollten Sie mit einem nationalen Visum eingereist sein, greift die Nichterwerbstätigkeitsfiktion für sie zwar nicht, sie können dann aber – sofern das Visum dies nicht ohnehin bereits erlaubt – ggf. einen Antrag auf § 21 Abs. 6 AufenthG (in analoger Anwendung) bei der Ausländerbehörde stellen, um freiberuflich auch darüber hinaus tätig werden zu können. Denn insoweit besitzen auch sie zwar keine Aufenthaltserlaubnis, gleichwohl haben sie einen Aufenthaltstitel inne, sodass eine Analogie nicht fern liegt (siehe Fußnote 6). Sie können sich als visumfrei einreisende Staatsangehörige ohne Titel auch innerhalb der anderen Schengen-Staaten für grundsätzlich insgesamt 90 Tage binnen 180 Tagen frei bewegen, sofern sie dort nicht arbeiten.

➤ FALLLÖSUNG

A ist es als Geflüchteter, die sich noch im Asylverfahren befindet, verwehrt, an der Ausstellung teilzunehmen, sofern es sich dabei um eine freiberufliche Erwerbstätigkeit handelt. Wenn A im Rahmen eines Residenzprogramms oder Stipendiums an der Ausstellung teilnehmen würde, sollte die Teilnahme hingegen möglich sein.

IV) Unionsbürgerinnen*, Staatsangehörige des EWR und Schweizerinnen* mit Aufenthalt in einem anderen (Mitglied-)staat als ihrem Herkunftsstaat sowie Britische Staatsangehörige und ihre Familienangehörigen

Für Unionsbürgerinnen* gilt innerhalb der EU das Recht auf Freizügigkeit. Das heißt, es wird weder für einen kurzen, noch für einen langfristigen Aufenthalt in einem anderen Mitgliedstaat ein Visum oder eine Aufenthaltserlaubnis benötigt. Man muss sich jedoch nach dem Umzug bei der am beabsichtigten Wohnort zuständigen Meldebehörde anmelden. Bei einem Wegzug sollte man auch nicht vergessen, sich wieder abzumelden. Unionsbürgerinnen* genießen den vollen Zugang zum Arbeitsmarkt in Deutschland.

Das Freizügigkeitsrecht erstreckt sich auch auf Familienangehörige und nahestehende Personen von Unionsbürgerinnen*, die von ihrem Freizügigkeitsrecht Gebrauch machen oder für mindestens sechs Monate in der Vergangenheit Gebrauch gemacht haben, und zwar auch dann, wenn diese nicht die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaates besitzen.

Drittstaatsangehörige Familienangehörige im engeren Sinne (gemäß § 3 FreizügG/EU) genießen das gleiche Recht auf Freizügigkeit wie Unionsbürgerinnen*. Sie haben daher das Recht, gemeinsam mit ihren Verwandten umzuziehen oder ihnen nachzuzufolgen. Ebenso dürfen sie als Künstlerinnen* in der Bundesrepublik Deutschland tätig sein, sei es freiberuflich oder in einem Angestelltenverhältnis. Allerdings unterliegen sie normalerweise der Visumpflicht.

Es ist jedoch wichtig zu betonen, dass Familienangehörige*, die Unionsbürgerinnen* begleiten, nicht an der Einreise gehindert werden dürfen. Auch darf ihnen im Anschluss nicht vorgeworfen werden, dass die Einreise ohne ein Visum für einen Daueraufenthalt erfolgt ist. Die praktische Umsetzung der Einreise ohne ein Visum kann jedoch mit Hindernissen verbunden sein, da einige Fluggesellschaften möglicherweise die Beförderung verweigern, da für bestimmte Staatsangehörige wie dargelegt grundsätzlich eine Visumpflicht besteht.

Sobald diese Familienangehörigen in Deutschland eingereist sind, sollten sie eine deklaratorische Aufenthaltskarte bei der örtlich zuständigen Ausländerbehörde beantragen. Die Aufenthaltskarte für Familienangehörige ist deklaratorisch, weil sie den bereits bestehenden Aufenthaltsstatus einer Person in Deutschland lediglich bestätigt und dokumentiert, ohne dass sie neue Rechte oder Bedingungen für den Aufenthalt einführt. Es ist ratsam, diesen Antrag zeitnah zu stellen. Für andere nahestehende Personen im Sinne des § 3a FreizügG/EU hingegen ist die Ausstellung der Aufenthaltskarte konstitutiv, was bedeutet, dass sie eine Voraussetzung für ihren rechtmäßigen Aufenthalt in Deutschland ist.

Diese Freizügigkeitsrechte gelten grundsätzlich auch für Schweizer Staatsangehörige und die der EWR-Staaten (Island, Liechtenstein und Norwegen) und ihre Familienangehörigen.

Britische Staatsangehörige benötigen für den Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland inzwischen einen Aufenthaltstitel oder einen anderen Nachweis über ihr Aufenthaltsrecht. Wurde der Wohnsitz spätestens zum 31.12.2020 nach Deutschland verlegt, dann genießen britische Staatsangehörige und deren Familienangehörige ein aus dem EU-Recht abgeleitetes Aufenthaltsrecht (§ 16 FreizügG/EU). Ihnen wird von Amts wegen ein sog. „Aufenthaltsdokument-GB“ ausgestellt. Dieses ist grundsätzlich 10 Jahre gültig und bescheinigt das Recht auf Einreise und Aufenthalt. Damit ist jede Erwerbstätigkeit (Beschäftigung oder selbständige Tätigkeit) erlaubt.

C) EMPFEHLUNGEN / HANDLUNGSANWEISUNGEN AN KUNSTVEREINE UND KÜNSTLERINNEN*

Wie einleitend dargestellt, beabsichtigt dieser Leitfaden Licht ins Dunkel der aufenthaltsrechtlichen Situation von Künstlerinnen* in der Bundesrepublik Deutschland zu bringen und insbesondere den Mythos des einen Künstlerinnen*-Visums (auch „Artist Visa“) zu demaskieren. Die detaillierten Ausführungen haben deutlich gemacht, wie komplex und anspruchsvoll die rechtliche Situation und das Verfahren zur Erlangung eines Visums oder einer Aufenthaltserlaubnis für die Bundesrepublik Deutschland sind. Dies gilt für nicht-deutsche Künstlerinnen* ebenso wie für alle anderen nicht-deutschen Personen, die beabsichtigen, sich in Deutschland aufzuhalten.

Für die sog. nicht-privilegierten Staatsangehörigen gilt dies noch mehr als für die sog. privilegierten Staatsangehörigen. Diese sehen sich in aufenthaltsrechtlichen Verfahren noch größeren strukturellen Ungerechtigkeiten gegenüber, die sich aus den politischen und wirtschaftlichen Eigeninteressen der Bundesrepublik Deutschland ergeben. Schon diese Hierarchisierung offenbart die sehr unterschiedlichen Ausgangsbedingungen verschiedener Künstlerinnen*. Doch auch für die privilegierten Staatsangehörigen gibt es Fallstricke und rechtliche Untiefen, insbesondere, wenn es um die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit geht.

Die Künstlerinnen* sehen sich dabei auch immer wieder mit dem Problem konfrontiert, dass die Behördensprache der Ausländerbehörden Deutsch ist und die Behördenmitarbeiterinnen* Fremdsprachen nicht beherrschen oder diese bewusst nicht benutzen. Es kann daher grundsätzlich ratsam sein, die Kommunikation mit den Behörden über den einladenden Kunstverein zu führen. Hierzu sollte sich der Kunstverein eventuell eine schriftliche Vollmacht zur Einholung von Auskünften durch die Künstlerin* ausstellen lassen. Auch die persönlichen Termine bei der Ausländerbehörde sind oft mit diskriminierenden und entsprechend teilweise traumatisierenden Erfahrungen verbunden. Insbesondere, wenn eine nicht-deutsche Antragstellerin* der deutschen Sprache nicht mächtig ist, kann es daher sehr hilfreich sein, eine deutschsprachige Begleitperson mitzunehmen. Die Betroffenen haben zumindest grundsätzlich innerhalb Deutschlands das Recht, eine Vertrauensperson als Beistand zum Termin mitzubringen. Hierbei muss es sich nicht um eine Rechtsanwältin* oder eine anderweitig rechtlich-vorgebildete Person handeln. Die reine Anwesenheit stärkt der Antragstellerin* den Rücken, hilft bei der Überbrückung von Kommunikationsproblemen und verhindert möglicherweise diskriminierendes Verhalten der Behördenmitarbeiterinnen*.

Eine eingehende Auseinandersetzung und Kenntnis der aufenthaltsrechtlichen Situation kann dabei helfen, das Antragsverfahren und die Einreise für die Künstlerinnen* einfacher zu gestalten und rechtliche und tatsächliche Hürden vorzusehen und zu umgehen. Hier ist jedoch festzustellen, dass sich nicht-deutsche Künstlerinnen* einer unübersichtlichen und schwer zugänglichen Informationslage gegenübersehen. Außerdem besteht zwischen Antragstellerin* und Behörde stets ein enormes Machtgefälle, welches die einzelne Antragstellerin* gerade in Konfliktsituationen kaum zu überbrücken vermag. Einleitend wurde bereits die emanzipatorische Wirkung des Rechts für alle nicht-deutschen Künstlerinnen* angeführt. Doch um das Potential des Rechts und dessen Wirkmacht ausschöpfen zu können, sind die Antragstellerinnen* regelmäßig auf die Unterstützung durch bestehende Strukturen und gut informierte und vernetzte Personen angewiesen. Aus hiesiger Perspektive erscheint es daher angebracht, dass die deutschen Kunstvereine bereits durch die Budgetplanung und Organisationsstruktur dafür Sorge tragen, genau diese Unterstützungsstruktur auch gewährleisten zu können.

Für den Erfolg der reibungslosen Einreise, des Aufenthalts und der Arbeit der Künstlerin* vor Ort kommt es daher entscheidend auf diese unterstützenden Strukturen innerhalb des Kunstbetriebs der Bundesrepublik Deutschland an, die der Künstlerin* während des gesamten Prozesses vor und nach der Einreise zur Seite stehen. Hier kann etwa ein einladender Kunstverein früh die Weichen stellen, damit der Prozess für alle Beteiligten mit möglichst wenig Frustration und diskriminierenden Erfahrungen auf Seiten der Künstlerin* verbunden ist. Auch auf Seiten der Kunstvereine ist es schließlich unerlässlich, Ausstellungen verlässlich planen zu

können. Bereits aus ökonomischen Überlegungen heraus erscheint es daher für den Kunstverein sinnvoll, sich hier frühzeitig zu engagieren, um nicht Ausstellungen absagen oder verschieben zu müssen.

Auch wenn von juristischen Laien keinesfalls erwartet werden kann, das (einschlägige) Recht komplett zu durchdringen, ist der Kunstverein durch die Ausführungen unter B) nunmehr im Bilde über die verschiedenen Fallkonstellationen und Vor- bzw. Nachteile, die diese für den Kunstverein und vor allem für die Künstlerinnen* mit sich bringen.

So wird die Einreise mit einem Schengen-Visum zwar etwas günstiger und vor allem schneller möglich sein, als wenn vor der Einreise die Erteilung eines nationalen Visums beantragt wird; dafür ist die Ausübung einer freiberuflichen künstlerischen Tätigkeit hier nur sehr eingeschränkt möglich und eine Verfestigung des Aufenthalts nicht vorgesehen. Zudem wird hier häufig an der Rückkehrbereitschaft der Künstlerinnen* gezweifelt, dies gilt umso mehr, je politisch angespannter oder prekärer die Lage im Herkunftsland bzw. Land des gewöhnlichen Aufenthalts ist. Auch bei der Erteilung eines längerfristigen nationalen Visums mit einer Geltungsdauer von maximal zwölf Monaten, das eine Erwerbstätigkeit zum Teil umfassend erlaubt, kann dies problematisch sein. Dafür eröffnet dieses Visum einer Künstlerin* aber prinzipiell auch eine Aufenthaltsverfestigung nach Einreise; zudem greifen hier teilweise geringere Erteilungsvoraussetzungen und sind weniger umfassende Unterlagen bei Antragstellung einzureichen, als wenn ein dauerhafter Aufenthalt von mehr als einem Jahr geplant ist. Ein Visum zwecks eines dauerhaften Aufenthalts schließlich wird inhaltlich im Vergleich zu einem längerfristigen nationalen Visum noch intensiver geprüft werden. Der größte Nachteil dieses Visums aber ist, dass die Verfahren so lange dauern.

Grundsätzlich nehmen Anträge auf ein Visum bzw. eine Aufenthaltserlaubnis zur freiberuflichen Tätigkeit (§ 21 Abs. 5 AufenthG) wegen der Anzahl der zu beteiligenden Behörden in der Regel noch mehr Zeit in Anspruch als solche auf ein Visum bzw. eine Aufenthaltserlaubnis für besondere Zwecke (§ 7 Abs. 1 S. 3 AufenthG). Vielerorts wird zwar, aufgrund des Ausnahmeharakters der Aufenthaltserlaubnis gem. § 7 Abs. 1 S. 3 AufenthG, die Ausländerbehörde die ihr übergeordnete Behörde einschalten (in Stuttgart zB das Regierungspräsidium Stuttgart). Dennoch kann — jedenfalls dann, wenn ohnehin nur ein vorübergehender Aufenthalt von über 90 Tagen bis zu einem Jahr geplant ist — folgende Empfehlung ausgesprochen werden. Nach den hier gewonnen Erkenntnissen könnte es für Kunstvereine sinnvoll sein, Stipendien- bzw. Residenzprogramme zu entwickeln, um die Einreise von nicht-deutschen Künstlerinnen* zu institutionalisieren und damit im Einzelfall zu vereinfachen und zu beschleunigen. Einige etablierte Institutionen verfügen bereits über entsprechende Programme und Strukturen. Auch wenn dies zunächst mit einem gewissen planerischen und organisatorischen Aufwand verbunden sein mag, so können langfristig viele Künstlerinnen* von solchen Programmen profitieren und die Bedeutung der Bundesrepublik Deutschland als Standort der internationalen Kunstszene gestärkt werden. Hier könnte zudem die ohnehin bereits bestehende öffentliche Förderung für den internationalen Austausch von Künstlerinnen* abgerufen und eingesetzt werden.

In diesem Zusammenhang spielen die Kunstvereine eine entscheidende Rolle, da sie als Vermittler zwischen den Künstlerinnen* und den Regierungsbehörden fungieren können. Durch ihre Zusammenarbeit mit den zuständigen Ministerien und Ausländerbehörden können Kunstvereine die Anerkennung und Unterstützung für ihre Stipendien- und Residenzprogramme gewinnen. Wenn diese Programme von den Regierungsstellen anerkannt und gefördert werden, erhalten sie ein gewisses Qualitätssiegel, das die Prozesse rund um die Visaverfahren und die Aufenthaltsgenehmigungen der teilnehmenden Künstlerinnen* erleichtern kann.

Dieses Qualitätssiegel vermittelt den Ausländerbehörden und den zuständigen Stellen ein Vertrauen in die Seriosität und den kulturellen Wert dieser Programme. Es zeigt, dass die Projekte einen positiven Beitrag zur Förderung der Kunst und Kultur in Deutschland leisten und dass die Künstlerinnen* von offizieller Seite anerkannt werden. Dadurch können die Visaverfahren und Genehmigungsprozesse für die Künstlerinnen* reibungsloser ablaufen und mögliche bürokratische Hürden einfacher überwunden werden.

Die enge Zusammenarbeit zwischen Kunstvereinen und den Regierungsbehörden trägt somit dazu bei, dass Stipendien- und Residenzprogramme für Künstlerinnen* aus dem

Ausland effektiver und erfolgreicher gestaltet werden können. Durch diese Vernetzung können mehr Möglichkeiten geschaffen werden, um internationale Künstlerinnen* nach Deutschland zu bringen und den kulturellen Austausch zu fördern. Gleichzeitig wird das kulturelle Leben in Deutschland durch die kreativen Beiträge der Künstlerinnen* aus aller Welt bereichert.

Hier ist bereits auf die besondere Bedeutung der Kunst für die Standorte Berlin und Hamburg und damit auch für ihre Ausländerbehörden hingewiesen worden. Entsprechende Stipendien- oder Residenzprogramme für Kunst- und Kulturschaffende aus dem Ausland könnten jedoch wichtige Standorte für internationale Kunst auch jenseits dieser, als Kunst-Metropolen bekannten Großstädte etablieren. Zudem erscheint es sinnvoll, gemeinsam mit den Interessenvertretungen der bildenden Künstlerinnen* sowie anderen Kunstvereinen in einen gemeinsamen Austausch zu treten, um gegenseitig von den jeweiligen Erfahrungswerten profitieren zu können. Denn insoweit ist ja insbesondere die Praktikabilität der einzelnen Wege von Relevanz, um das Potential des Rechts auszuschöpfen.

Für Fälle, in denen von vornherein nur ein kurzer Aufenthalt der Künstlerinnen* für bis zu 90 Tage stattfinden soll, kann es überdies sinnvoll sein, die Rahmenprogramme des einladenden Kunstvereins so anzupassen, dass sie unzweifelhaft unter die sog. „Nichterwerbstätigkeitsfiktion“ fallen, da die Teilnahme dann unproblematisch mit einem Schengen-Visum ermöglicht werden kann. Dieses wird i.d.R. schneller und unkomplizierter erteilt als die anderen hier vorgestellten Visa.

Für Fälle, in denen dennoch unklar ist bzw. bleibt, welche der oben dargelegten Anspruchsgrundlage für den konkreten Fall am besten passt oder am vorteilhaftesten ist, wird empfohlen, den Antrag im Zweifelsfall auf mehrere Anspruchsgrundlagen nebeneinander zu stützen. Ein Antrag kann und sollte ohnehin immer auch mit dem Zusatz versehen werden, dass ein Visum bzw. eine Aufenthaltserlaubnis „nach jeder in Betracht kommenden Anspruchsgrundlage“ erteilt werden soll. Dann müssen sich die Behörden auch mit allen naheliegenden Anspruchsgrundlagen auseinandersetzen und darüber eine Entscheidung treffen.

Um die Künstlerinnen* bestmöglich zu unterstützen und von Anfang an Probleme im Antragsverfahren zu vermeiden, sollte der Kunstverein anhand dieser Guidelines gemeinsam mit den Künstlerinnen* sehr frühzeitig — am besten bereits zwölf Monate vor geplanter Einreise — den Prozess starten und die erforderlichen Antragsunterlagen zusammensammeln. Dabei können insbesondere schriftliche und aussagekräftige Stellungnahmen der Kunstvereine hilfreich sein, um die Behörden von etwaigen rechtlichen Voraussetzungen oder regionalen und wirtschaftlichen Vorteilen zu überzeugen. Auch eine Zusammenarbeit mit sonstigen fachkundigen Stellen (wie beispielsweise dem BKK) kann hier helfen.

Kunstvereine sollten zudem pro Einladung ein festes Mindestbudget für die rechtliche Beratung oder sogar Begleitung einer Künstlerin* vor Beginn, während und ggf. sogar nach Beendigung des Antragsverfahrens einplanen. Sinnvoll erscheint zumindest, jeder Künstlerin* vor Ihrer Einreise ein informatives Beratungsgespräch mit einer Migrationsrechtsanwältin* zu ermöglichen, um die individuell beste Lösung für diese zu finden, Fallstricke besser abschätzen zu können und gut vorbereitet in das Verfahren zu gehen. Die Investition wird sich pro Antragstellerin* in Grenzen halten, ungleich groß wird aber der Mehrwert für den Kunstverein sein, der seinerseits umso mehr darauf vertrauen kann, dass die eingeladenen Künstlerinnen* auch tatsächlich an den Ausstellungen wie geplant teilnehmen können.

Pro Person und Antragsverfahren sollten dabei mindestens 400 Euro netto eingeplant werden, um die Kosten für das behördliche Verfahren und die beizubringenden Unterlagen sowie ggf. eine rechtliche Beratung abzusichern. Im Übrigen fallen für eine komplette außergerichtliche Vertretung nach dem RVG i.d.R. Kosten in Höhe von mindestens 540,50 Euro brutto an. Überdies ist es aus hiesiger Perspektive wünschenswert, dass die einladenden Institutionen auch bei einer Versagung der begehrten Einreise- oder Aufenthaltserlaubnis die Antragstellerinnen* dabei unterstützen, in geeigneten Fällen gegen solche Entscheidungen vorzugehen, um Präzedenzfälle zu schaffen, die dann wiederum in zukünftigen Verfahren anderen helfen können. Da für solche Rechtsmittelverfahren gut und gerne einmal Kosten in Höhe von mindestens 1.017,45 Euro entstehen können, sollte darüber nachgedacht werden, einen Fonds aufzubauen, aus dem im Bedarfsfall solche Kosten gedeckt werden können.

D) GLOSSAR

ANSPRUCHSGRUNDLAGE

Eine Anspruchsgrundlage ist ein Rechtssatz, der einem Tatbestand als Rechtsfolge einen Anspruch zuweist. Die Anspruchsgrundlage beschreibt – allein oder in Verbindung mit weiteren Regelungen – eine Gesamtheit von Voraussetzungen, die als Anspruchsvoraussetzungen bezeichnet werden. Anspruchsvoraussetzungen können sowohl sachlicher als auch persönlicher Natur sein, also nicht nur die Lebenssachverhalte beschreiben, die den Anspruch auslösen können, sondern auch den Kreis derjenigen begrenzen, die als Anspruchsinhaberinnen* beziehungsweise Anspruchsgegnerinnen* in Betracht kommen (aus Wikipedia, <https://de.wikipedia.org/wiki/Anspruchsgrundlage>).

AUFENTHALTSERLAUBNIS

Die Aufenthaltserlaubnis ist ein Aufenthaltstitel nach dem Aufenthaltsgesetz. Sie wird zweckgebunden und befristet an sog. Drittstaatsangehörige erteilt. Zudem ist sie nicht mit der „unbefristeten“ Niederlassungserlaubnis zu verwechseln. Die Aufenthaltserlaubnis ist grundsätzlich mit einer Erlaubnis zur Erwerbstätigkeit verbunden, wenn die Erwerbstätigkeit nicht aufgrund eines spezielleren Gesetzes verboten ist. In diesem Fall ist die Erlaubnis gesondert zu beantragen (§ 4a Abs. 1 und 2 AufenthG). Der Aufenthaltstitel muss erkennen lassen, ob die Erwerbstätigkeit erlaubt ist oder Beschränkungen unterfällt (§ 4a Abs. 3 AufenthG) (aus Wikipedia, [https://de.wikipedia.org/wiki/Aufenthaltserlaubnis_\(Deutschland\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Aufenthaltserlaubnis_(Deutschland))).

AUFENTHALTSGESETZ

Das Aufenthaltsgesetz (AufenthG) enthält die wesentlichen gesetzlichen Grundlagen über die Ein- und Ausreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen in Deutschland. Nicht vom Aufenthaltsgesetz erfasst sind freizügigkeitsberechtigten Unionsbürgerinnen* und deren Familienangehörige sowie einige besondere Personengruppen (z. B. Diplomaten, NATO-Angehörige) (aus Wikipedia, <https://de.wikipedia.org/wiki/Aufenthaltsgesetz>).

AUFENTHALTSGESTATTUNG

Aufenthaltsgestattung nennt man das Recht, sich zur Durchführung eines Asylverfahrens nach den Maßgaben des Asylgesetzes (AsylG) in Deutschland aufhalten zu dürfen (§ 55 Abs. 1 AsylG). Aufenthaltsgestattung heißt zugleich die Bescheinigung, die Personen erhalten, die in Deutschland einen Asylantrag gestellt haben und berechtigt Asylbewerberinnen* bis zum Abschluss des Asylverfahrens, also bis zur Entscheidung über den Asylantrag, in Deutschland zu leben und unter bestimmten Bedingungen zu arbeiten (aus Wikipedia, <https://de.wikipedia.org/wiki/Aufenthaltsgestattung>).

AUFENTHALTSVERORDNUNG

Die Aufenthaltsverordnung (AufenthV) ist eine in Deutschland geltende Rechtsverordnung, die hauptsächlich ergänzende Bestimmungen zur Durchführung des Aufenthaltsgesetzes enthält. (aus Wikipedia, <https://de.wikipedia.org/wiki/Aufenthaltsverordnung>).

BESCHÄFTIGUNGSVERORDNUNG

Die Beschäftigungsverordnung (BeschV) regelt, unter welchen Voraussetzungen nicht-deutsche Arbeitnehmerinnen* und bereits in Deutschland lebende Drittstaatsangehörige zum deutschen Arbeitsmarkt zugelassen werden können (aus Wikipedia, <https://de.wikipedia.org/wiki/Besch%C3%A4ftigungsverordnung>).

DULDUNG

Die Duldung ist nach der Definition des deutschen Aufenthaltsrechts eine „vorübergehende Aussetzung der Abschiebung“ von vollziehbar ausreisepflichtigen Drittstaatsangehörigen. Sie stellt keinen Aufenthaltstitel dar und begründet daher auch keinen rechtmäßigen Aufenthalt. Geduldete sind daher de jure weiterhin ausreisepflichtig (aus Wikipedia, [https://de.wikipedia.org/wiki/Duldung_\(Aufenthaltsrecht\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Duldung_(Aufenthaltsrecht))).

FIKTIONS BESCHEINIGUNG

Mit einer Fiktionsbescheinigung (von lateinisch fictio ‚Annahme‘, ‚Fiktion‘) weisen Drittstaatsangehörige in Deutschland das Bestehen eines vorläufigen Aufenthaltsrechts nach, das mit dem bei der Ausländerbehörde gestellten Antrag auf Erteilung oder Verlängerung einer Aufenthaltserlaubnis häufig entsteht. Die Bezeichnung „Fiktionsbescheinigung“ bezieht sich auf die juristische Fiktion des Fortbestands des bisherigen Aufenthaltsrechts, solange der Antrag auf eine Aufenthaltserlaubnis geprüft wird und noch nicht beschieden ist (auch „Fortgeltungsfiktion“ genannt) (aus Wikipedia, <https://de.wikipedia.org/wiki/Fiktionsbescheinigung>).

GRENZÜBERTRITTSBESCHEINIGUNG

Eine Grenzübertrittsbescheinigung (GÜB) ist ein von einer deutschen Ausländerbehörde an eine ausreisepflichtige Drittstaatsangehörige* ausgestelltes Schriftstück, auf dem deren Ausreisefrist festgehalten ist und das einen Formularabschnitt enthält, mit dem der Nachweis der Ausreise aus dem Bundesgebiet geführt werden soll (aus Wikipedia, <https://de.wikipedia.org/wiki/Grenz%C3%BCbertrittsbescheinigung>).

NATIONALES VISUM (D-Visum)

Das Visum für den längerfristigen Aufenthalt (Typ D) (oft auch Nationales Visum) erlaubt den Aufenthalt in einem darin bezeichneten Staat (zumeist des Ausstellerstaats; es gibt aber auch Fälle, in denen sich Staaten gegenseitig bei der Ausstellung vertreten). Es wird vom jeweiligen Zielstaat nach dessen nationalen Aufenthaltsregeln ausgestellt. (aus Wikipedia, https://de.wikipedia.org/wiki/Visum#Visa_nach_dem_Schengen-Recht).

SCHENGEN-RAUM

Schengen-Raum, außerhalb der Rechtssprache häufig auch Schengen-Zone, bezeichnet vor allem in der Umgangssprache die Gemeinschaft derjenigen Staaten, unter denen systematische Personengrenzkontrollen im Regelfall nicht mehr stattfinden. Zollkontrollen, vor allem zwischen Mitgliedstaaten der Europäischen Union und Drittstaaten, sind dagegen weiterhin möglich (aus Wikipedia, <https://de.wikipedia.org/wiki/Schengen-Raum>).

SCHENGEN-VISUM (C-Visum)

Kurzaufenthaltsvisum (Typ C) nach Art. 4 bis 32 des Visakodex erlaubt den durch einen zeitgebundenen Anlass verursachten und daher zeitlich kurzfristigen Aufenthalt im eingetragenen Geltungsbereich innerhalb des Gültigkeitszeitraumes. (aus Wikipedia, https://de.wikipedia.org/wiki/Visum#Visa_nach_dem_Schengen-Recht).

VISAKODEX

Der Visakodex ist eine Verordnung der Europäischen Union. Er regelt das Visumverfahren für Drittstaatsangehörige, die in den Schengen-Raum kurzzeitig einreisen und sich dort aufhalten möchten. Der offizielle Titel ist Verordnung (EG) Nr. 810/2009 (Visakodex) (aus Wikipedia, [https://de.wikipedia.org/wiki/Verordnung_\(EG\)_Nr._810/2009_\(Visakodex\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Verordnung_(EG)_Nr._810/2009_(Visakodex))).

ANNEX

Übersicht über die Kosten für Antragsverfahren und potentielle Rechtsmittel:

Im Folgenden sollen die im Zusammenhang mit dem Aufenthaltsrecht der einreisenden Künstlerin* (möglicherweise) entstehenden Kosten tabellarisch dargestellt werden. Die Übersicht soll dabei insbesondere zur Budgetplanung der Kunstvereine (Stichwort: legal-economic considerations) aber auch der Künstlerin* zur Ansicht dienen. In der Tabelle werden zur besseren Übersicht die generell entstehenden Kosten dargestellt. Für speziellere Regelungen, insbesondere Ermäßigungs- und Befreiungstatbestände in den Antragsverfahren wird hier auf die Ausführungen unter B) verwiesen. Die hier dargestellten anwaltlichen Kosten sind die nach dem Gesetz – dem Rechtsanwaltsvergütungsgesetz – entstehenden Kosten. Hier wird die im Regelfall anfallende mittlere Gebühr dargestellt. Die Rechtsanwältin kann hier jedoch auch einen höheren Wert ansetzen und eine höhere Gebühr abrechnen. Außerdem kann die Anwältin statt den gesetzlichen Gebühren auch immer im Wege einer Vergütungsvereinbarung abrechnen. Die Vereinbarung einer höheren als der gesetzlichen Vergütung ist daher jederzeit möglich und auch nicht unüblich.

ANNEX

Posten \ VISUMSTYP	SCHENGEN-VISUM (bis 90 T.) - vgl. B) I) 1)	NATIONALES VISUM (90 T. bis 1 Jahr) - vgl. B) I) 2)	NATIONALES VISUM / AUFENTHALTSERLAUBNIS (über 1 Jahr) – vgl. B) I) 3)
Bearbeitungsgebühr	grds. 80 € + max. 40 € für ext. Dienstleister	grds. 75 €	nat. Visum: grds. 75 € AE: grds. 100 €
Unterlagen (u.a. beglaubigte Übersetzungen, Passfotos etc.)	mind. 100 €	mind. 100 €	mind. 100 €
Anwaltliche Erstberatung	150–200 €	150–200 €	150–200 €
Anwaltliche Vertretung im behördlichen Verfahren	mind. 540,50 €	mind. 540,50 €	mind. 540,50 €
Remonstration: Gebühren ggü. Behörde	keine	keine	keine
Remonstration – Kosten für Anwältin*	mind. 540,50 €	mind. 540,50 €	mind. 540,50 €
Klageverfahren – Gerichtsgebühren	483 €	483 €	483 €
Klageverfahren – Kosten für Anwältin*	mind. 1.017,45 €	mind. 1.017,45 €	mind. 1.017,45 €

Autorinnen*: Nora Ebeling (Rechtsanwältin aus Berlin) und Viktor Riad (Rechtsanwalt aus Berlin)
Stand: Juli 2023

QUELLENVERZEICHNIS

- Auswärtiges Amt (Hrsg.): Service — Visa und Aufenthalt, abrufbar unter <https://www.auswaertiges-amt.de/de/service/visa-und-aufenthalt>, zuletzt abgerufen am 20.07.2023
- ebd. (Hrsg.): Service — Häufig gestellte Fragen (FAQ) — Visum für Deutschland, abrufbar unter: <https://www.auswaertiges-amt.de/de/service/fragenkatalog-no-de/-/606772>, zuletzt abgerufen am 20.07.2023
- ebd. (Hrsg.): Visumhandbuch des Auswärtigen Amtes, 75. Ergänzungslieferung (Stand: August 2022), abrufbar unter: <https://www.auswaertiges-amt.de/blob/207816/a0f24b5e2808a52f5f83c069d4b75bc0/visumhandbuch-data.pdf>, zuletzt abgerufen am 20.07.2023
- Bettina Offer / Dr. Günther Mävers (Hrsg.): Kommentar zur Beschäftigungsverordnung, 2. Auflage 2022 — C.H. Beck Verlag
- Bundesagentur für Arbeit (Hrsg.): Fachliche Weisungen — Aufenthaltsgesetz und Beschäftigungsverordnung (Stand: 06/2021), abrufbar unter https://www.arbeitsagentur.de/datei/dok_ba033210.pdf, zuletzt abgerufen am 20.07.2023
- Bundesministerium des Innern (Hrsg.): Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Aufenthaltsgesetz vom 26. Oktober 2009, abrufbar unter https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/themen/migration/anwendungshinweise-fachkraefte-einwanderungsgesetz.pdf?__blob=publicationFile&v=3, zuletzt abgerufen am 20.07.2023
- ebd. (Hrsg.): Anwendungshinweise des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat zum Fachkräfteeinwanderungsgesetz (Stand 06.08.2021), abrufbar unter: https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/themen/migration/anwendungshinweise-fachkraefteeinwanderungsgesetz.pdf?__blob=publicationFile&v=3, zuletzt abgerufen am 20.07.2023
- Bundespolizei (Hrsg.): Einreise und Aufenthalt — Einreise aus Drittstaaten, abrufbar unter: https://www.bundespolizei.de/Web/DE/01Sicher-auf-Reisen/05Einreise-Aufenthalt/02Einreise-aus-Drittstaaten/Einreise-aus-Drittstaaten_node.html, zuletzt abgerufen am 20.07.2023
- Dr. Sebastian Klaus / Dr. Philipp Wittmann (Hrsg.): Aufenthaltsverordnung: AufenthV, 1. Auflage 2022, C.H. Beck Verlag
- Landesamt für Einwanderung Berlin (Hrsg.): Verfahrenshinweise zum Aufenthalt in Berlin (VAB) (Stand April 2023)
- Lesben- und Schwulenverband (LSVD) e.V. (Hrsg.): AUSLÄNDERRECHT — RATGEBER FÜR BINATIONALE PAARE, abrufbar unter: <https://www.lsvd.de/de/ct/1315-Auslaenderrecht-Ratgeber-fuer-binationale-Paare>, zuletzt abgerufen am 20.07.2023
- Rainer M. Hoffmann (Hrsg.): Nomos Kommentar Ausländerrecht, 3. Auflage 2023, Nomos Verlag
- Senatskanzlei Berlin (Hrsg.): Service-Portal Berlin — Aufenthaltsdokument-GB, abrufbar unter <https://service.berlin.de/dienstleistung/330043/?/dienstleistung/330043>, zuletzt abgerufen am 20.07.2023
- Sven Hasse / Anwaltssozietät Jurati (Hrsg.): Besuchsvisa und andere vorübergehende Aufenthalte (Stand: Juli 2021), abrufbar unter: www.jurati.de/wp-content/uploads/2021/06/voruebergewende-Aufenthalte.pdf, zuletzt abgerufen am 20.07.2023
- Touring Artists (Hrsg.): Infopool: Visa-Aufenthalt, abrufbar unter <https://www.touring-artists.info/visa-aufenthalt/visa-aufenthalt>, zuletzt abgerufen am 20.07.2023
- ebd. (Hrsg.): Brexit, abrufbar unter www.touring-artists.info/ressourcen/brexit/uk-nach-deutschland, zuletzt abgerufen am 20.07.2023

DATUM DER VERÖFFENTLICHUNG
2023 (Stand 2023)

Dieses Dokument entstand im Rahmen des
Ausstellungsprojekts *Niloufar Emamifar:*
EX GRATIA (6. Mai — 10. September 2023)
im Künstlerhaus Stuttgart

STUTTGART 

NEU
START
KULTUR

STIFTUNGKUNSTFONDS

Callie's

if  Institut für
Auslandsbeziehungen

**Guidelines on migration law
for cooperation between artists
and art associations in Germany**

**by Nora Ebeling
(attorney-at-law in Berlin)**

**and Viktor Riad
(attorney-at-law in Berlin)**

A) INTRODUCTION

There appears to be a misconception in the German arts scene that artists without German citizenship can be issued with an “Artist Visa” quickly and easily. Artists seeking entry to work in Germany often realise that this is not the case. A multitude of complicated process steps and rules that lack transparency cause artists to feel not only overwhelmed but also unwelcome and even discriminated against.

The problems begin with the fact that German public authorities are often very difficult to reach — diplomatic missions and consular posts abroad in particular. This is also because the offices’ structural resources are inadequate. It is particularly noticeable in countries in which the diplomatic missions or consular posts are closed due to armed conflicts or the rule of terrorist regime, leading to substitute offices being established in neighbouring countries, such as the case in Syria. Syrian applicants sometimes wait years for an appointment at the embassy to be able to enter the Federal Republic of Germany.

Once the applicant arrives in the Federal Republic of Germany, they struggle with authorities operating with German as the official language, despite identifying as an immigration office¹ and being called on primarily to serve a population that speaks very little or no German at all. Overwhelmed applicants encounter overwhelmed public servants, a situation that inevitably carries an increased risk for conflict. Additionally, some individual employees bear grudges against applicants without German citizenship. It is not unusual to witness situations in which these employees either work with racist thought patterns daily or at least fail to recognise their position of power or take it for granted. The already-existing power imbalance is exacerbated when individual applicants face an uncontactable, disempowering administration — a situation in which all participants appear to be working against each other.

These circumstances are aggravated further by rules and regulations, some of which are highly hostile to immigration, rules that in turn demonstrate Germany’s wish to be a country of immigration for highly skilled workers but not a cosmopolitan place to support cultural exchange.

The Federal Republic of Germany has an overarching goal to achieve with its laws: to strengthen the local economy and maintain its position as a world leader; without regard for the fact that the Global North’s wealth is based on the Global South’s exploitation. In fact, current law is used to manifest these inequalities as much as possible. The core idea on which immigration laws are based is already deeply conservative per se, rooted in a nationalist and neo-colonial pattern of thinking that leads to a self-perceived claim to dominance and superiority. The spaces and structures with which artists without German citizenship are confronted here reinforce their experience of rejection and discrimination even further.

Yet at the same time, the law has the potential to emancipate and can be used as a tool to fight for social justice. To this end, it is crucial to be able to lean on spaces and structures that have a certain impact: first and foremost, it is important to understand the circumstances, to be informed of one’s rights, how to assert them and above all, how to create a helpful structure. In the arts sector in Germany, artists without German citizenship are reliant on a network to support and accompany them through the application process from the very beginning. To navigate the complexity of German bureaucracy is a challenge already from within Germany and increases in size when grappled from overseas — not a great start to be able to assert one’s own rights efficiently. Added to this are, of course, economical aspects. To assert one’s own rights also comes with costs, not only for legal advice and assistance but also for administration. While an individual artist working as a freelancer will often struggle with such financial barriers, art associations can make such resources available more easily due to their size and power.

The objective of these guidelines is not only to inform the artists themselves comprehensively and yet as practically as possible about legal recourse available to them regarding claims, but also to inform the institutions that extend invitations to artists about the problems

¹ Translator’s note: the term immigration office [Ausländerbehörde], used throughout, refers consistently to the offices at the applicant’s usual place of residence within Germany, in contrast to diplomatic missions and consular posts [Auslandsvertretungen], which are located outside of Germany.

and challenges the artists are likely to face when invited to take part in an exhibition by a Germany-based art association. We wish to emphasize how important it is for the art association to support the individuals concerned and to show institutions which opportunities and influence they have at their disposal to exploit the emancipatory potential of the law and at the same time to work against the manifestation of discriminatory structures and promote cultural diversity.

In Part B) of the guidelines, we will firstly explain the various legal options to enter and reside in the Federal Republic of Germany as an artist without German citizenship. We will consider the artists' extremely varied life realities and starting points. We will then differentiate according to the artists' current places of residence (Categories I – IV)), then according to the planned duration of residence (Categories 1 – 3)). Finally, we will differentiate according to the applicant's respective nationality, as citizens of certain countries are treated with more privilege compared to others, be it within the context of processing or regarding material law prerequisites for their residence (Categories (a) and (b)). Within these groupings, we will also mention various opportunities that art associations have to shape collaboration with artists without German citizenship and point out associations' influence on the processes. As well as covering the currently prevailing "exhibition contract" model at Künstlerhaus Stuttgart, we will also show the potential to establish a publicly funded scholarship and/or residency programme. By examining exemplary cases, we wish to enable art associations and artists to assign themselves to a category before the details of the collaboration are finalised and the processes started. This part is followed by recommendations for art associations and artists (Part C). Finally, we will explain the most important legal terms in a glossary (Part D). This also includes an overview of the costs incurred for the art associations extending the invitations to implement our suggestions / processes at the end of the document to simplify planning and budgeting (Annex).

Finally, it should be noted that this document intends to enable artists without German citizenship to produce an exhibition in the Federal Republic of Germany. At the same time, we realise that the artists could be confronted with completely new requirements and issues after entry and/or artistic activity that may necessitate a longer residence or justify a different purpose and may therefore set other processes in motion – for example the threat of political persecution in the country or origin. Even if these questions and legal requirements are at least just as complex and important as the ones addressed here, their treatment goes beyond the scope of this guideline. In any case, artists and art associations should be aware that it may be necessary to seek further legal counsel and support.

B) LEGAL POSSIBILITIES TO ENTER AND RESIDE AS AN ARTIST WITHOUT GERMAN CITIZENSHIP

In the following section, we categorise the various life realities and starting points of artists without German citizenship with whom art associations collaborate. We make a primary distinction according to current place of residence (Categories I – IV)), planned duration of residence (Categories 1 to 3)) and the nationality of the invited artists (Categories (a) and (b)).

I) Domicile / usual place of residence outside the EU

We should firstly treat the group of artists whose usual place of residence is outside of the European Union (EU), if they are invited to participate in or produce an exhibition in the Federal Republic of Germany.

1) PLANNED RESIDENCE OF UP TO 90 DAYS

The following information pertains to people who plan to stay in the Federal Republic of Germany for a maximum of 90 days. We will explain the relevant legal regulations for entry and residence, the conditions and prerequisites associated with these bases of claim and the procedure in detail, including some practical advice.

(a) NON-PRIVILEGED THIRD-COUNTRY CITIZENS²

We will firstly address the seemingly largest group of affected artists, the non-privileged citizens of third countries – people who come from countries with which neither the EU nor the Federal Republic of Germany has a particular agreement in place to simplify the immigration process.

→ CASE STUDY

The Egyptian artist O is invited to Germany by an art association to open an exhibition. Within this framework, they should develop the work in The Federal Republic of Germany and exhibit it at the opening. The duration of their residence should not exceed 90 days. The art association will pay them a fee using an “exhibition contract”. They can work as they see fit using their own materials and take care of financing their own accommodation, etc. For which residence title can O apply?

(i) BASIS OF CLAIM: VISA CODE

Non-privileged citizens of third countries generally require a visa to enter the Federal Republic of Germany. For short stays of up to 90 days, the applicant should apply for a Schengen Visa (Visa Type C). This is regulated by EU law (the Visa Code).

(ii) CONDITIONS OF ISSUANCE

Schengen Visas are issued with various durations, the maximum being five years. In Germany, they are frequently issued with approval for multiple entry and less commonly for a single entry. The permissible duration of a residence is however always limited to 90 days within a 180-day period. This period is calculated dynamically. The visa holder must check if they have been in the Schengen area for fewer than 90 days within the last 180 days. The day of entry and the day of departure are counted in the calculation. Stays based on a residence title or national visa for a long-term residence, however, are not counted.

● PRACTICAL TIP

There is a Schengen Calculator online with which you can calculate the permissible duration of your residence, e.g. <https://www.visa-calculator.com/>.

² This refers to any nationality other than one of the following: Section 41 para. 1 AufenthV [Residence Ordinance]: Australia, Israel, Japan, Canada, Republic of Korea, New Zealand, United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, United States of America; Section 41 para. 2 AufenthV: Andorra, Brazil, El Salvador, Honduras, Monaco and San Marino; Section 40 AufenthV: Argentina, Antigua and Barbuda, Barbados, Brunei, Bahamas, Chile, Colombia, Costa Rica, Honduras, St. Kitts and Nevis, Republic of Korea, Monaco, Mauritius, Mexico, Malaysia, Nicaragua, Panama, Paraguay, Solomon Islands, Seychelles, Singapore, San Marino, El Salvador, Trinidad and Tobago, Uruguay, the Holy See, Venezuela, Samoa.

Schengen visas are issued with a general ban on “gainful employment³”, this means that the visa holder may neither work as an employee nor as a freelancer. Only in exceptional cases can it be issued with permission to work. The general ban on gainful employment also includes actual work done on a work of art / an exhibition as a freelance artist and the receipt of a fee for the exhibition on site (see Sec. 17 Para. 1 AufenthV [Residence Ordinance]).

SIDE NOTE

FICTION OF NON-GAINFUL EMPLOYMENT

Certain activities are permissible even within the framework of a visa-free short residence. The law uses a trick to avoid classifying such activities as gainful employment, insofar as they are only practiced within a particular time frame (“fiction of non-gainful employment”). Among these are freelance artistic activities (see Sec. 17 Para. 2 AufenthV in conjunction with Sec. 30 No. 2 and Sec. 22 Nos. 1–3 BeschV [Employment Ordinance]).

In accordance with Sec. 22 Para. 1 No. 1 BeschV, people who maintain their residence abroad may work if performing (Darbietung) a work of particular artistic value in Germany for up to 90 days within a 12-month period if they are residing here with a Schengen visa. However, the applicant still must consider the time limit of the Schengen visa regarding the general duration of residence – the group of people concerned may only work in the Federal Republic of Germany for up to 90 days within a 180-day period without requiring a permit. The temporal regulation in Sec. 22 No. 1 BeschV is not “Schengen-compatible” in this respect.

Exhibitions fall under the Darbietung [performance] umbrella within the meaning of Sec. 22 Para. 1 No. 1 BeschV. This includes performances above all, but also all other types of direct presentations that take place in front of an audience and serve essentially to entertain.

Whether it is a performance of particular artistic value as supported above is at the discretion of the diplomatic mission or consular post abroad and can only be decided on a case-by-case basis. An indication for such a particular artistic value might be the degree of fame or recognition of the international artist, provided that this recognition is for their work as an artist and not for another reason. It would make sense to justify why an internationally active artist without German citizenship cannot be replaced by a German artist, because the background of the legislator’s privileged treatment is that the German labour market does not require “protection” from this group of people, even less so because the activity is only permitted within a narrow time frame.

● PRACTICAL TIP

As the diplomatic mission or consular post abroad usually will not have a deep understanding of visual arts, it can be worthwhile to provide a statement or to obtain an invitation from the art association containing suitable details. In this context, we recommend mentioning any public funding available for either the institution extending the invitation or the artist themselves. For this reason, we recommend that art associations create a template for such a statement. It can also help to submit a portfolio of the artist’s works and a detailed CV.

People employed at festivals or music and cultural events also fall into the category of the “fiction of non-gainful employment” if the activity does not last for more than 90 days within 12 months (Sec. 22 No. 2 BeschV). Regarding the compatibility of the total permissible residence with the Schengen visa, refer to Sec. 22 No. 1 BeschV.

Festivals are referred to as regularly (mostly annually) occurring festive events. Cultural events are usually festivals, that is, events with performances by artists.

● PRACTICAL TIP

It can be worthwhile for art associations to create a framework programme that meets these requirements. This is because freelance artists

³ Translator’s note: the German term *Erwerbstätigkeit*, translated as “gainful employment” throughout this guide, refers to any work activity in exchange for remuneration and includes both self-employment (freelance or trade self-employment) and employment (on payroll).

invited to festivals or cultural events fall under the fiction of non-gainful employment category and can generally therefore participate or produce the exhibition/performance with a Schengen visa. In light of the often-faster processing time when compared to other types of visas, this can be advantageous.

Finally, performances by people within the framework of a Tagesdarbietung [daytime performance] are permitted up to a scope of 15 days per year pursuant to Sec. 22 No. 3 BeschV.

A “daytime performance” is “a special event, also recognisable as such to the outside world, held outside the normal course of business. Such special events are characterised by the fact that they are usually announced with advertisements and posters, among other things. Performances may not take place on more than two days in a row”. However, up to two days of rehearsal are generally not counted according to the Federal Foreign Office’s Visa Manual and the Federal Employment Agency’s Expert Directive on the Residence Act/ Employment Ordinance.

● PRACTICAL TIP

To obtain legal certainty on the existence of the “fiction of non-gainful employment”, we advise checking its applicability incidentally (i.e. during an actual case examination pertaining to a residence title) by providing comprehensive information about the details of the planned trip and work assignments. Inadequate information or even information kept deliberately vague could give rise to criminal liability in a worst-case scenario.

It is generally not possible to switch from a Schengen visa to another type of residence title. The local immigration office extends a Schengen visa by issuing a national visa. However, this can only be done in cases of force majeure, humanitarian circumstances, serious personal circumstances, reasons subject to international law or to protect political interests pursuant to Sec. 6 Para. 2 AufenthG for up to 180 days. Most immigration offices only issue extensions restrictively. In some cases, they will issue a Grenzübertrittsbescheinigung [border-crossing certificate] with a more or less generous deadline for departure instead of a visa extension.

● PRACTICAL TIP

Seen from the point of view of an embassy, an unfounded extension application or the existence of a border-crossing certificate may indicate an unwillingness to return. In any case, such indications may be considered within the context of a risk assessment for future visa applications.

If an extension is granted exceptionally in the form of a national visa, the applicant can then also apply for longer-term residence from within the Federal Republic of Germany (see B) I) 2) (a) (i).

It is possible to travel within the entire Schengen region while a Schengen visa remains valid. Similar constructions for the fiction of non-gainful employment may exist in other member states, otherwise, working with a Schengen Visa is not possible.

(iii) PREREQUISITES FOR ISSUANCE

The Visa Code lists the prerequisites for issuance. The diplomatic mission or consular post abroad checks their fulfilment during the visa process and has a broad margin of discretion to consider all circumstances of the individual case.

Application is generally only possible with a visible, i.e. valid, recognised and personally signed passport.

● PRACTICAL TIP

The passport presented must be valid for at least three months after the planned return date, must have been issued within the last 10 years and must have at least two empty pages available.

● PRACTICAL TIP

As people who are stateless⁴ or have undefined citizenship usually do not have a national passport recognised by the Federal Republic of Germany, this can lead to problems with the visa application. This affects stateless Palestinians from Lebanon in particular. We advise discussing further steps for such cases with the diplomatic mission or consular post abroad or an immigration lawyer. Legal counsel and further action incur additional costs; the annex of this document contains an overview of these.

The diplomatic mission or consular post abroad must determine positively that the following prerequisites for issuance have been met. Firstly, the purpose of travel to Germany must be plausible and comprehensible. Secondly, it must generally be possible to finance living and travel costs from own assets or income.

⁴ The term “stateless” is used here from a purely legal perspective and without political significance.

● PRACTICAL TIP

If financing from one's own sources is not possible, a third person can assume financing and submit a formal Verpflichtungserklärung [declaration of commitment] pursuant to Sec. 66, 68 AufenthG. The sponsor must submit the declaration to the immigration office at the sponsor's place of residence. This is a sort of guarantee made by the sponsor for the case in which the visa holder receives social benefits from the German state. The German state can then claim reimbursement of such benefits from the sponsor.

Thirdly, the visa holder's willingness to leave the Schengen region within the visa's validity (Rückkehrbereitschaft [willingness to return]) must be examined.

● PRACTICAL TIP

Willingness to return is a decisive criterion within the Schengen visa examination process. If the diplomatic mission or consular post abroad is not convinced of the applicant's willingness to return or if it suspects that the applicant is planning a longer-term residence, it will deny the visa.

Indications of an unwillingness to return can be found in the applicant's person, for example if the applicant is not rooted in their country of origin or has violated regulations regarding an obligation to leave a country in the past, unless the risk of repetition in this respect can no longer be affirmed. Determining whether an applicant is "rooted" is usually derived from their familial, social and economic ties to the country of origin. An applicant's ability to demonstrate a concrete and plausible perspective to return to the country of origin is decisive. They must present relevant, conclusive facts and provide suitable documents as evidence, particularly in cases of doubt. A further plausibility check concerning the stated purpose of residence generally takes place in a personal interview with the applicant.

● PRACTICAL TIP

Attach an invitation letter from an art association based in the Federal Republic of Germany for the planned duration of the residence and, if available, include further invitation letters or letters of intent for other exhibitions and projects in the country of origin. To substantiate the applicant's willingness to return, include financial circumstances (account statements, excerpts from the land register, balance sheets, etc.) and personal ties to close family members remaining in the country of origin, along with professional ties.

The fourth prerequisite for a Schengen visa is a valid travel medical insurance policy covering the entire Schengen region and the entire duration of residence with a minimum coverage of 30,000 Euros. Include proof of such a policy with the application.

● PRACTICAL TIP

The prerequisites for the travel medical insurance policy can be found in Art. 15 of the Visa Code. Suitable insurance can usually be bought at short notice online at a low cost (1–2 Euros per day).

If one or more of the mentioned prerequisites have not been fulfilled, or the applicant could endanger safety or public order of a Schengen country upon entering, a visa cannot be issued.

(iv) APPLICATION PROCESS AND PRACTICAL ADVICE

German embassies and consulates general (diplomatic missions and consular posts abroad) are charged with issuing the visa. The applicant's usual place of residence is usually decisive to determine exactly which diplomatic mission or consular post abroad is responsible.

● PRACTICAL TIP

A usual place of residence is generally assumed if the applicant has resided there for at least six months. Special German diplomatic missions abroad have been established for artists for whom there is no German embassy in their country of origin due to a political situation, regardless of the usual place of residence (e.g. for artists from Afghanistan, the German embassy in Iran or Pakistan).

The application must generally be submitted in person at the diplomatic mission or consular post abroad or at the application centre responsible at the applicant's place of residence. Artists who have already given fingerprints to apply for a Schengen Visa within the last 59 months may be exempt from appearing personally. The appointment should be booked at the German diplomatic mission or consular post abroad responsible for issuing Schengen visas. They have different appointment booking systems, some of which are made available by means of an external service provider. The application can be submitted six months before the planned arrival date at the earliest and must be submitted at least 15 days before the planned entry at the latest. According to the Visa Code, it should not take longer than two weeks to receive an appointment for a personal interview. However, German diplomatic missions and consular posts abroad do not always adhere to this deadline.

● PRACTICAL TIP

An appointment for a personal interview to apply for a Schengen visa should generally take place within two weeks. This is significantly faster than applying for a national visa (see B) I) 2) (a) and B) I) 3)).

The necessary documents must be included with the application, among them proof of the purpose of travel and proof of financial means to secure livelihood during the residence. In the case of professional invitations, it is usually sufficient to submit an informal declaration from the company for return travel costs pursuant to Sec. 66 Para. 2 AufenthG. Additionally, proof of accommodation during the residence should be provided. For business travel, evidence of meetings can be submitted, for example meeting confirmations, emails or contracts, and beyond this, we advise including an invitation letter from the institution extending the invitation.

In addition, the applicant should provide evidence of their willingness to return. Documents might include plane tickets, train tickets or hotel reservations. To substantiate the applicant's willingness to return, include financial circumstances (account statements, excerpts from the land register, balance sheets, etc.) and personal ties to close family members remaining in the country of origin.

The diplomatic missions and consular posts abroad provide an application form on their websites, which is standard across the EU and should be used by every applicant.

CHECKLIST OF DOCUMENTS TO BE SUBMITTED

- A complete and personally signed application form
(see <https://videx.diplo.de/videx/visum-erfassung/#/videx-kurzfristiger-aufenthalt>)
- A biometric passport photo
- A valid, recognised passport
- Proof of means of subsistence through own means or a third party
(in the context of a Verpflichtungserklärung [declaration of commitment])
- A travel medical insurance policy
(valid for the entire Schengen region)
- Invitations letters
(from the institution or art association extending the invitation)
- Scholarship agreement if applicable
- Proof of membership in artists' association if applicable
- Proof of plane tickets reserved/purchased
(a reservation is sufficient)

The processing fee for a Schengen Visa is usually 80 Euros plus a maximum of 40 Euros for an external service provider. There are some fee exemptions and reductions in the Visa Code.

● PRACTICAL TIP

For citizens of Albania, Armenia, Azerbaijan, Bosnia and Herzegovina, Georgia, Macedonia, Moldova, Montenegro, Serbia and Ukraine, the visa fee for Schengen visas is usually 35 EUR, regardless of usual place of residence or place of application.

The diplomatic mission or consular post abroad also checks to see if an exemption or reduction of the visa fee is possible in individual cases, if the requested residence serves to promote cultural interests, among others.

If the application for a Schengen Visa is denied, the diplomatic mission or consular post abroad must list significant reasons. The applicant may seek legal recourse to appeal the denial. We recommend reviewing the embassy's decision with the help of a lawyer in these cases.

One option is to initiate remonstration proceedings, which is particularly suitable if there are obvious misunderstandings in the authorities' assessment of the facts or if new documents become available that could change the authorities' assessment. The advantage of this is a much faster decision than that of a lawsuit. According to the relevant law (Lawyers' Remuneration Act, abbreviated in German to RVG), the costs for such remonstration proceedings are at least 540.50 Euros gross for the lawyer's involvement. Lawyers can nevertheless agree on higher fees. As a rule, the amount of remuneration mostly depends on the time and effort involved and the scope of the lawyer's work. Remonstration proceedings generally demand increased effort and scope. The authorities do not charge any fees for the remonstration procedure itself.

The other option is legal proceedings, however, due to a minimum duration of one year, these are not usually helpful for those concerned if there is a concrete timetable for an exhibition or a cultural programme. Sometimes, legal proceedings result in out-of-court settlements to avoid waiting for a court date. Unfortunately, this is rarely the case. In this respect, legal proceedings rather serve to create precedents for artists who are affected later. The costs for a completed lawsuit are 483 Euros for court costs and at least 1,017.45 Euros for the lawyer, according to the RVG. Here, too, the fee amount depends on the effort and scope of the work, so that higher costs can be expected. If proceedings are concluded prematurely by an out-of-court settlement as an exception, fees may be reduced.

The period within which an appeal (remonstration or lawsuit) may be lodged against a negative decision is generally one month from the date of service of the decision.

● PRACTICAL TIP

If a visa application is denied, we recommend contacting a lawyer immediately to seek advice on the chances of success using legal recourse and to observe deadlines. Deadlines can be found in the information on appeals section at the end of every decision.

The cost for an initial consultation with a lawyer is limited to 190 Euros net in the absence of a compensation agreement with the lawyer, in accordance with consumer law; whether the person concerned or the art association applies here as a consumer is doubtful, at least in the case of a

collaboration arranged using an “exhibition contract”. If nothing else has been arranged, the costs for a consultation will be offset against further activity in the matter, for example, subsequent remonstrations proceedings.

➤ CASE SOLUTION

O should apply for a Schengen Visa so that they can take part in the exhibition. They are then permitted to remain in the Schengen area for 90 days within a 180-day period. Despite the existing general ban on work within the framework of the Schengen Visa, O may exercise their intended freelance artistic activity, because it is subject to the “fiction of non-gainful employment”. The activity — development and presentation of a work on-site, would not be classified as gainful employment with the help of this construct and is therefore permitted.

(b) PRIVILEGED THIRD-COUNTRY CITIZENS

In the following section, we will present the intricacies, considerations and application procedures for collaborations between art associations and artists from “privileged” countries of origins — as distinguished from the group of non-privileged artists (see B) I) 1) (a)).

→ CASE STUDY

US-American artist A is invited by a Germany-based art association to hold an exhibition there. They receive a fee for their work and should be present to work on the art and at the exhibition opening. After the opening, they should also participate in other events connected to the exhibition. In total, they should not be working for more than 90 days when preparing and exhibiting. For which residence title should/can A apply?

Nationals of Australia, Israel, Japan, Canada, the Republic of Korea, New Zealand, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland (within the meaning of Section 1 (2) No. 6 of the Freedom of Movement Act/EU) and the United States of America (“best friends” states within the meaning of Section 41 (1) AufenthV) can travel into the Federal Republic of Germany without a visa, even if a long-term residence is intended, and can stay without a visa for up to 90 days. They differ in this sense from the group of non-privileged third-country citizens described in B) I) 1) (a).

However, there is a restriction here, just as there is for Schengen visa holders: during their visa-free residence, even privileged third-country citizens may not work in gainful employment, i.e. neither as an employee nor as a freelancer. This also includes the actual work as a freelance artist on an on-site work of art and the receipt of a fee in exchange for the exhibition (see Sec. 17 Para. 1 AufenthV).

However, the fiction of non-gainful employment also applies here, so that certain activities are not classified as gainful employment as long as they are only exercised within a certain time period. There are no particularities concerning the content of the requirements for an artistic activity when compared with non-privileged third-country citizens holding a Schengen visa. This means that it is important to prove a particular artistic value or to organise the exhibition within the framework of a festival or cultural event. Refer to B) I) 1) (a) regarding time limits on the activities.

Privileged third-country citizens that enter without a visa are presented with problems when an authority cannot determine with any legal security that

the planned activity actually fulfils the prerequisites for the fiction of non-gainful employment. We therefore advise the privileged third-country national to apply for a Schengen Visa and have the activity classified incidentally (i.e. during an examination of a residence title) as such by the diplomatic mission or consular post abroad, to avoid later accusations of an administrative or criminal offense.

● PRACTICAL TIP

If there is doubt as to whether prerequisites for the fiction of non-gainful employment can be fulfilled, the privileged third-country national should apply for a Schengen visa at the diplomatic mission or consular post abroad before arriving. The planned duration of the residence, the scope and the framework within which it will take place should be included with the application, to enable an examination of the prerequisites of Sec. 22 No. 1—3 BeschV. Even if many diplomatic missions abroad would firstly refuse to check such an application, privileged applicants have the right to receive such a visa.

It is also disputed whether the fiction of non-gainful employment applies to privileged third-country citizens at all if they have planned a longer-term residence (more than 90 days) from the outset. The Ministry of the Interior in Baden-Württemberg, among others, denies this.

➤ CASE SOLUTION

A can apply for a Schengen visa to participate in the planned exhibition, but due to their citizenship, they don't have to. If A wishes to work here as an artist for more than 90 days within the relevant time frame of either 180 days or 12 months, they must either apply for a national visa before entering or apply for a residence permit before beginning to work (more information under B) I) 2) (b)). Although an intention to reside permanently in the Federal Republic of Germany or to work outside of the fiction of non-gainful employment would not stop them from entering without a visa, whether the fiction of non-gainful employment would apply despite their intention to stay long-term is disputed and would be denied by the Ministry of the Interior in Baden-Württemberg, among others.

→ CASE VARIATION 1

In deviation from the original case of A being US-American, they come from El Salvador. No other aspects of this case change.

Citizens of Andorra, Brazil, El Salvador, Honduras, Monaco and San Marino (“good friends” countries within the meaning of section 41 (2) AufenthV) may also enter without a visa for a longer-term residence purpose if they do not already intend to pursue gainful employment upon entry that exceeds the framework of the fiction of nonemployment. If, on the other hand, they already intend to work as freelance artists in the Federal Republic of Germany beyond these limits when they enter the country, or if they actually do so after entering the country, this is no longer covered by Section 41 (2) AufenthV. Caution is advised here, as sanctions may be imposed. The only exception applies to Brazilian citizens, who may also apply for a residence permit for the purpose of freelance work after entering the country without a visa based on an international agreement (for more details, see B) I) 2) (b)).

➤ CASE SOLUTION

If A already intends to reside longer than 90 days within the relevant time frame of either 180 days or 12 months upon entry and wishes to work as an artist in

the Federal Republic of Germany, they must apply for a national visa before entering Germany. Whether they plan to stay permanently or not does not stop them from entering without a visa if the purpose of their long-term residence is not gainful employment (as an artist). Whether they can claim the fiction of non-gainful employment in this case despite an already-planned long-term residence is disputed and would be denied by the Ministry of the Interior in Baden-Württemberg, among others.

➤ CASE VARIATION 2

A comes from Malaysia. No other aspects of this case change.

Citizens of Argentina, Antigua and Barbuda, Barbados, Brunei, Bahamas, Chile, Colombia, Costa Rica, Honduras, St. Kitts and Nevis, Republic of Korea, Monaco, Mauritius, Mexico, Malaysia, Nicaragua, Panama, Paraguay, Solomon Islands, Seychelles, Singapore, San Marino, El Salvador, Trinidad and Tobago, Uruguay, Holy See, Venezuela and Samoa may also enter the Federal Republic of Germany without a visa if they intend to stay for only 90 days. They can also work during their residence within the framework of the fiction of non-gainful employment. In all other cases, they require a national visa before entry. This also applies here — in contrast to the privileged citizens from Sec. 41 AufenthV — even if only a short-term residence was planned from the outset upon entry.

➤ CASE SOLUTION

If A is already planning to reside for longer than 90 days in the Federal Republic of Germany or to work outside the framework of the fiction of non-gainful employment, they must apply for the relevant national visa before entry (more information in B) I) 2) (b) and B) I) 3) (b)). Otherwise, sanctions may be imposed.

● PRACTICAL TIP

Citizens subject to the regulations in Sec. 40 and Sec. 41 Para. 2 AufenthV (“good friends” countries) should ensure that they are not planning permanent residence or to work outside the framework of the fiction of non-gainful employment, because then their entry to the Federal Republic of Germany would be for a purpose not covered by the regulations.

In general, privileged third-country citizens may otherwise travel within the Schengen region after their entry as long as they do not work there and their residence does not exceed 90 days within 180 days.

● PRACTICAL TIP

Younger, non-white artists from privileged countries have in some cases been denied entry by the Federal Police, because the person concerned was accused of using their status and artistic activity within the framework of the fiction non-gainful employment as a pretext to enter without a visa instead of arriving with a visa for the planned purpose. We therefore recommend that every artist entering without a visa have a detailed, official letter from the institution extending the invitation, stating why the institution values the artist in particular. It can also be helpful to include information about any available public funding and a contact person at the institution for any follow-up questions.

2) INTENDED RESIDENCE OF 90 DAYS UP TO 1 YEAR

In this section, we present the bases of claims, conditions of issuance and procedural information that apply if the artist is planning a residence of more than 90 days in the Federal Republic of Germany but does not wish to stay for more than 12 months. A longer-term national visa can be issued for this purpose.

A longer-term national visa pursuant to Sec. 6 Para. 3 S. 1 AufenthG valid for up to one year is considered above all if there is no need to check the prerequisites for issuance of a residence permit again immediately after entry. These are cases in which freelance artistic work is the purpose of the residence or in which the artist has been invited to participate in a scholarship or residency programme and the residence will not exceed one year.

As the residence should only be of a temporary nature despite the duration of up to one year, The diplomatic mission or consular post abroad will check the applicant’s willingness to return. The applicant should present a comprehensive willingness to return and relevant documents that prove the limited duration of the residence and the motivation to return to the country of origin as part of the process. Refer to the information and practical tips listed in B) I) 1) (a).

Apart from this, all the general prerequisites for issuance pursuant to Sec. 5 AufenthG must be checked for the residence title. This includes means of subsistence, which must be secured for the planned duration of the residence, and an adequate health insurance policy. This must be proven in the application process by way of an “Incoming Insurance”, which differs from a classic travel insurance policy in that it does not contain the condition subsequent for the case of a permanent residence. The applicant must also have a visible (undamaged, valid and personally signed) passport recognised by the Federal Republic of Germany. In contrast to an application for a Schengen Visa, this passport should not only be valid for three months but for at least the entire duration of the residence, as the visa is always adjusted to the passport’s validity. Finally, the applicant’s identity and citizenship must be declared (usually by presenting a valid travel document) and there cannot be an interest in deportation.

Further special prerequisites for issuance and procedural instructions depend mostly on how the (artistic) residence in The Federal Republic of Germany will be structured. The bases for the claims in individual cases depends on the concrete purpose of the intended residence. The bases for the claims considered here will be detailed further as follows using example cases.

Exactly how the application is processed varies from one diplomatic mission abroad to the next. Sometimes applicants can use the embassy website to schedule an online appointment for a personal interview, which is always a prerequisite for the issuance of a national visa; in other instances, external service providers are used. Further information can be found on the relevant diplomatic mission abroad’s website.

The cost to apply is currently 75 Euros per adult for a national visa. However, there are also circumstances here that substantiate an exceptional exemption or fee reduction. The diplomatic mission or consular post abroad checks in individual cases for the possibility of a fee reduction or exemption if the requested residence supports cultural interests or serves external political interests, developmental political interests or other significant interests or has humanitarian grounds.

If an application to issue a visa is denied, there is legal recourse. Refer to the instructions in B) I) 1) (a).

● PRACTICAL TIP

If a visa application is denied, we recommend contacting a lawyer immediately to advise on a particular legal remedy’s chances for success and to adhere to any deadlines. Deadlines can be found in the instructions for legal recourse at the end of the decision.

Artists can otherwise move freely within Schengen member states in the entire Schengen region with a national visa and a valid travel document for a total of 90 days within 180; whether they can work there with this residence permit depends on the regulations of the respective member state and should be clarified in advance.

(a) NON-PRIVILEGED THIRD-COUNTRY CITIZENS

Firstly, we will clarify the prerequisites of the claim and procedural instructions for the longer-term national visa for non-privileged third-country citizens. Refer to the introduction in [B\) I\) 1\) \(a\)](#) and [Footnote 2](#) to define this group of people.

- (i) **BASES OF CLAIM:** Sec. 6 Para. 3 S. 1 AufenthG in conjunction with Sec. 21 Para. 5 AufenthG
 Firstly, we will discuss the issuance of a freelance longer-term national visa, considered above all if an “exhibition contract” has been concluded. We will also discuss the conditions and prerequisites of issuance and the application procedure using example cases.

→ CASE STUDY

Artist M is a Moroccan citizen and will be invited by an art association based in the Federal Republic of Germany to hold an exhibition. The artist should develop and complete the work in the Federal Republic of Germany and be present for the exhibition opening. They will be residing and working in the Federal Republic of Germany for longer than 90 days but fewer than 12 months. The art association will pay them a fee for the work, regulated by an “exhibition contract”. The content of the work is at their own discretion, using their own materials and they will take care of financing their own accommodation, etc. They can, however, show no further offers of work in the Federal Republic of Germany. Upon ending the activity for the art association extending the invitation, they wish to return to their country of origin and do not wish to reside permanently in the Federal Republic of Germany. For which type of residence title can M apply?

➤ CASE SOLUTION

To enter, M needs at least a longer-term national D visa for the intended residence, because they wish to enter for a longer-term freelance activity but not a permanent one. The basis of the claim in the case of an „exhibition contract“, according to which the artistic work will be remunerated with a fee, will be Sec. 6 Para. 3 S. 1 AufenthG in conjunction with Sec. 21 Para. 5 AufenthG.

(1) CONDITIONS OF ISSUANCE

Such a longer-term national visa can be issued for a duration of twelve months. However, if the intended residence is shorter, it will be issued only for the intended duration. This visa permits freelance artistic work activity. Employment is not possible with this visa, because the visa’s purpose is freelance activity.

If the artist wishes to reside in The Federal Republic of Germany for longer once the activity is complete, i.e. they wish to reside in Germany and work as an artist for a longer period of time, they can apply for a residence permit pursuant to Sec. 21 Para. 5 AufenthG from within Germany before their longer-term national visa expires

(see further information in [B\) I\) 3\) \(a\) \(i\)](#)). Beyond this, they can also apply for a residence permit for any other reason to remain in The Federal Republic of Germany for longer.

(2) PREREQUISITES FOR ISSUANCE

To receive a longer-term national visa pursuant to Sec. 6 Para. 3 S. 1 AufenthG in conjunction with Sec. 21 Para. 5 AufenthG, the main purpose of entry into the Federal Republic of Germany must firstly be to take up freelance work.

The applicant should also submit (at least) one offer of work as an artist, for example, in the form of an “exhibition contract”. It is crucial that the applicant does actually intend to work on a self-employed basis and is not planning a (disguised) employment. When designing the work offer, the applicant should make sure that it contains information indicating that they will not be integrated into the company, rather, that the artist is using their own materials, for example, has their own working space and is able to work freely in terms of content.

It should then be easy to dispel an accusation of Scheinselbstständigkeit [fictitious self-employment] by presenting only one work offer, as the existence of only one client is an indication of fictitious self-employment.

● PRACTICAL TIP

In the “exhibition contract”, it should be made clear that the artist is not being integrated into the company, but rather is independent and does not receive instructions, so as to avoid an impression of fictitious self-employment. The art association could request a legal assessment of the template contract by either a private clearing centre or that of the Deutsche Rentenversicherung des Bundes [Federation of German Pension Insurance Funds].

To assess the seriousness of the project and the applicant's artistic expertise above all, the applicant should include a portfolio and a detailed CV. The authority can at least estimate the applicant's professional experience with these documents. If the artist has studied, they should also include their academic degree.

As previously mentioned, the decisive criterion for the issuance of a national long-term freelance visa is usually a willingness to return at the end of the project. To this end, it can help to present circumstances that tie an applicant to the country of origin or a country to which they may return. Refer to the information in [B\) I\) 1\) \(a\)](#). In all other respects, the prerequisites for issuance from Sec. 5 AufenthG must be fulfilled. Refer to [B\) I\) 2\)](#).

There is no legal entitlement to the issuance of this visa. Issuance takes place at the discretion of the respective diplomatic mission or consular post abroad.

Within the framework of the discretion used, the authority must consider public and private interests comprehensively. Just as with the performance of activities of particular artistic value within the context of the fiction of non-gainful employment mentioned above (see [B\) I\) 1\) \(a\)](#)), we emphasize that the diplomatic missions or consular posts abroad will have very little knowledge of the local arts

scene. Applicants should share expert statements here, too. In our opinion, there is not enough clarity regarding from whom the expert statement should come in the case of visual artists.

As per expert guidelines, the immigration office can involve the Federal Employment Agency for an expert statement, however in our opinion, this is hardly helpful for this group of people, due to the objective of this authority to protect access to the labour market restrictively for third-country citizens.

In any case, applicants would be well-advised to obtain an expert statement representing their interests from a visual artist containing evidence of a public interest in the artist's work. This could be from a local association or interest group (such as BKK) or similar, as these groups are aware of the local circumstances.

It is also relevant to mention whether a project has public funding. This is a strong indication of public interest in the entry of the artist concerned. At the same time, we are aware of cases in which there were problems issuing the visa despite the existence of public funding.

● PRACTICAL TIP

To steer the authority towards discretion in the applicant's favour, we advise taking the initiative to include expert statements from local interest groups or associations when applying, in which there is evidence of a regional public interest in the artist's exhibition.

Important: the Federal States of Berlin and Hamburg have administrative guidelines⁵ in which there is a general public interest in the settlement of artists. Berlin substantiates this primarily with a constantly existing economic interest in the settlement of artists in the "art and film capital". They usually exercise discretion in the applicant's favour here. It can therefore sometimes be helpful to shift the primary place of residence to one of these cities, for example, by having an atelier there.

● PRACTICAL TIP

It can help to rent or use an atelier or apartment in Berlin or Hamburg, to involve these immigration offices in the visa process, as they generally assume a public interest in the entry and residence for artistic work purposes.

A peculiarity within the framework of discretion also exists for citizens of countries with which international treaties have been concluded in which there is a benevolence or most-favoured-nation clause, usually to exercise discretion in favour of artists, which would mean that the opposite would be applied only in atypical cases. The applicant's personal interests must be considered benevolently. An absence of an economic interest or regional demand, which would usually play a role, does not lead to a denial in these cases. There would have to be other circumstances leading to the exercise of discretion to the detriment of the applicant, for example market saturation. These agreements, however, generally do not constitute an independent legal claim.

⁵ Refer to the Berlin immigration office's current instructions: <https://www.berlin.de/einwanderung/serie/downloads/artikel.875097.php>

Such agreements have been concluded with the Dominican Republic, the Philippines, Indonesia, Iran, Japan, Sri Lanka, Turkey and the USA, for example. Regulations pertaining to freelancers, which could apply as benefits within the meaning of Section 21 (2) AufenthG, are also contained within the General Agreement on Trade in Services (GATS), in free trade agreements with Georgia, Moldova, Korea, Peru and Colombia, as well as with the United States of America and with the CARIFORUM States⁶.

Additionally, citizens of countries listed in Sec. 41 AufenthV (see Footnote 2) are not treated less favourably than German citizens insofar as they are not already covered by an international agreement within the meaning of Sec. 21 Para. 2 AufenthG regarding the establishment of businesses and the settlement of individuals. In view of the intended exercise of a self-employed and freelance activity, they are therefore generally subject only to professional or trade-related restrictions.

● PRACTICAL TIP

We recommend that citizens of these countries seek advice from an immigration lawyer before applying.

(3) APPLICATION PROCEDURE AND PRACTICAL TIPS

The respective diplomatic mission or consular post abroad at the applicant's usual place of residence or domicile is generally responsible for issuing this long-term visa, just as for the short-term Schengen visa. Usual place of residence is generally assumed if the applicant has resided there for at least six months. For Russian artists, however, there is a diplomatic mission abroad in Armenia due to the ongoing war, regardless of the duration of intended residence. Special diplomatic missions or consular posts abroad have been established for artists for whom there is no German embassy in their country of origin due to a political situation, regardless of the usual place of residence (e.g. the German embassy in Iran or Pakistan for artists from Afghanistan).

Within the framework of applying for a longer-term national D visa with a total duration of maximum twelve months, the local immigration office in the location at which the applicant will spend most of their time after entering (i.e. where they will have their usual domicile or place of residence) must also be involved along with the diplomatic mission or consular post abroad. As already mentioned in B) I) 2) (a) (i) (2), the local immigration office can play a role when exercising discretion, as they are a better judge of the local art and cultural scene's regional demands and circumstances.

Precisely this involvement of local immigration offices can delay processing, however. Although processing time depends on the case load of the respective diplomatic mission or consular post abroad and of the immigration office, an average processing time of at least six months from the time of the personal interview can be expected. Delays are lengthened even further by insufficient availability of mandatory personal interview appointments for applicants

⁶ The Caribbean ACP Forum (CARIFORUM) comprises 15 Caribbean countries: Antigua and Barbuda, Bahamas, Barbados, Belize, Dominica, Dominican Republic, Grenada, Guyana, Haiti, Jamaica, Saint Lucia, Saint Vincent and the Grenadines, Saint Kitts and Nevis, Suriname and Trinidad and Tobago.

from countries of origin or residence in which there is no current diplomatic post for the Federal Republic of Germany (this affects citizens of Syria and Afghanistan in particular).

For an application pursuant to Sec. 6 Para. 3 S. 1 in conjunction with Sec. 21 Para. 5 AufenthG, the immigration office also has to obtain an expert statement regarding the assessment of regional public interest in the artist's entry and work, which can also be complicated. In cases of doubt for a particular self-employed activity, the Federal Employment Agency can be involved in the examination. In the context of an application for a long-term national visa as a freelance artist, sometimes more offices need to be consulted than for a long-term national visa associated with another purpose.

It can therefore be helpful to try to obtain approval from the immigration office that will be involved. An application for preapproval is to be submitted to the immigration office (Sec. 31 Para. 3 AufenthV).

The process generally involves the application documents for the issuance of a visa being firstly sent directly to the local immigration office that would be responsible for the case after entry, to get its approval. We recommend sending all documents not only by e-mail but also with a medium that generates a confirmation of dispatch (e.g. fax) to prove application submission. Depending on the country of origin, this can also be helpful because the immigration offices are typically easier to contact than the diplomatic mission or consular post abroad. All the same, there is no entitlement to the issuance of such pre-approval by the immigration office. In the Berlin Application Instructions for Public Authority Employees (see footnote 5), it is written however that they should make generous use of this opportunity to simplify the process, even in the case of applications for a residence to work on a self-employed basis.

The authorities refer to the justification and the wording of the guidelines themselves, so that this ratio (general idea of a legal norm) should also be transferrable to other federal states. This option is also mentioned explicitly in the instructions for process norms in "urgent cases"; however, when a case can be considered "urgent" remains unclear; in our experience it generally pertains to humanitarian emergencies.

So that the local immigration office deems itself responsible for pre-approval, we recommend including evidence of a rental apartment offer, a rental contract for an atelier or an invitation from an art association, in which the office can identify the place to later be considered the actual primary place of residence.

Incidentally, pre-approval can be revoked until the visa has been issued. Issuance does not substantiate the protection of legitimate expectations or of a claim to entry and residence. It is merely an attempt to speed up the visa procedure at the responsible diplomatic mission or consular post abroad, which is the only decisive one. At the latest once pre-approval has been issued, the visa process should be initiated and preapproval submitted at the personal interview.

● PRACTICAL TIP

To speed up the long-winded national visa process – for freelancers in particular – you can try to obtain a Vorabzustimmung

[pre-approval] from the local immigration office in The Federal Republic of Germany before applying for the visa at the diplomatic mission or consular post abroad.

In contrast to immigration for the purpose of self-employment, there is no extra list of documents to bring to apply for a visa for freelance employment from most of the consular posts. However, we recommend providing at least the documents in the following checklist in accordance with the prerequisites for issuance.

CHECKLIST OF DOCUMENTS TO BE SUBMITTED

- A completed and unified visa application form (as the application is only for a planned temporary residence of up to 1 year, the applicant should check the box that states that they will keep their usual place of residence overseas and that the total duration of the planned residence will not exceed 12 months): <https://videx.diplo.de/videx/visum-erfassung/#/videx-langfristiger-aufenthalt>
- A passport recognised by the Federal Republic of Germany and valid for at least the entire duration of the residence (see B) I) 1) (a) (iii))
- At least 2 current biometric photos
- Proof of sufficient financial means for the entire duration of the intended residence, this can be the exhibition contract itself, for example, or a declaration of the assumption of costs made by the art association extending the invitation (e.g. in the form of a Verpflichtungserklärung [declaration of commitment]), proof of savings in a foreign bank account and/or proof of a blocked bank account in the Federal Republic of Germany
- Proof of sufficient health insurance protection for the entire duration of the intended residence — the conclusion of an “Incoming travel insurance” policy valid for the respective duration of the residence is sufficient in this sense, however, we recommend the applicant also contact the Künstlersozialkasse (KSK) [artists’ social insurance scheme].
- An original signed exhibition contract from the art association extending the invitation, that contains, among other things, decisive information on the planned duration of the exhibition, the conditions of preparing the exhibition, the type of intended work (place of work, materials, free determination of work times, etc.) and the project financing (e.g. any public funding) as well as the remuneration amount to be paid to the artist
- A portfolio
- CV
- Proof of academic qualifications in visual arts, etc. plus a notarised translation into German (sometimes, English translations will be accepted)
- If applicable; a permit to work in a certain freelance profession (e.g. for architects)
- An informal demonstration of the applicant’s ties to the country of origin/usual residence or domicile, to which they should return; familial ties, property ownership, (lucrative) future commissions there

● PRACTICAL TIP

The documents requested from the individual diplomatic mission or consular post abroad to examine an application can sometimes vary greatly. Some consular posts, for example, request apostilles on foreign certificates. While preparing, we recommend checking the website of the responsible consular post for fact sheets on the national visa for self-employment or for gainful employment if there is no such fact sheet for (artistic) freelance activity.

(ii) BASES OF CLAIM

Sec. 6 Para. 3 S. 1 in conjunction with Sec. 7 Para. 1 S. 3 AufenthG

In the next section, we will detail issuance of a longer-term national visa for special purposes that are considered in particular if the artists are scholarship recipients or take part in an artists’ residency. We will also use example cases to detail the conditions of issuance, prerequisites and procedural instructions.

→ CASE STUDY

The Sudanese artist G was selected for a one-year scholarship by a foundation. The scholarship covers all living costs and serves to educate the artist further. The artist will work actively during the residence, however, they do not receive a classic remuneration for their artistic work, such as a fee. The artist also does not have to work in exchange for the scholarship, for example by creating a particular work. Instead, the scholarship offers a platform for cultural exchange and artistic development. For which residence title can G apply?

➤ CASE SOLUTION

The artist G should apply here for a national visa for a special purpose (Sec. 6 Para. 3 S. 1 in conjunction with Sec. 7 Para. 1 S. 3 AufenthG). This is the right application because they wish to enter temporarily on a scholarship and their means of subsistence will be secured by the scholarship. They can develop artistically and pursue artistic activities in this context, as long as they do not receive a classic remuneration in the form of a fee, because gainful employment is not permitted with this permit.

If the artist has been selected for a residency programme or a scholarship in Germany, issuance of a national visa for a special purpose pursuant to Sec. 6 Para. 3 S. 1 in conjunction with Sec. 7 Para. 1 S. 3 AufenthG will be considered. This is, however, an exceptional circumstance not covered by the purposes listed in the Residence Act. Scholarships and residency programmes can generally be classified as purposes not covered by the Residence Act. “In substantiated cases”, as the law demands, a residence title can be granted on this legal basis.

(1) CONDITIONS OF ISSUANCE

The duration of issuance for the longer-term national visa based on Sec. 7 Para. 1 S. 3 AufenthG aligns with the duration of the scholarship and is also a maximum of one year. For this reason, it does not have to be “converted” into a national residence permit by the local immigration office, as is usual in the case of national visas that only enable entry at first.

If the artist wishes to stay longer-term (i.e. longer than one year) in Germany, they can apply for a national residence permit from within Germany — for example pursuant to Sec. 21 Para. 5 AufenthG, because they can now show evidence of further offers of work for their artistic activity. They must submit their application to the competent immigration office before the national visa expires.

As many immigration offices are notoriously overloaded with cases, it is often not possible to get an appointment before the entry visa expires. However, a written application for the issuance of a residence permit is sufficient to trigger a fictional effect. The residence title is then deemed valid until the immigration office's decision (see Sec. 81 Para. 4 S. 1 AufenthG). A Fiktionsbescheinigung (fictional certificate) can be issued that then functions as a temporary identification/travel document (see Sec. 81 Para. 5 AufenthG).

● PRACTICAL TIP

Even with the extreme difficulty experienced getting an appointment at many immigration offices and long waiting times, it is sufficient to submit a written application to extend the residence title. We do not advise using paid platforms to book appointments in any situation. These service providers are not reputable. Official appointments are only scheduled by the immigration offices.

● PRACTICAL TIP

If the artist applies for an extension of the longer-term national visa pursuant to Sec. 7 Para. 1 S. 3 AufenthG or for the issuance of a residence permit pursuant to Sec. 21 Para. 5 AufenthG in a timely manner, they will typically firstly receive a fictional certificate. A fictional certificate is issued if a decision cannot yet be made on an application for a residence title. These can also be used to bridge the gap until an intended departure overseas in the case of a short-term extension. If no residence permit has been issued by the planned departure date, for whatever reason, the application must be withdrawn once the applicant has left Germany, to avoid a later denial or discontinuation, which can cause problems upon the next entry.

Gainful employment is generally not permitted with this national visa; however it can be permitted for both employment and for self-employment (Sec. 7 Para. 1 S. 4 AufenthG). Regarding self-employment, permission is based on Sec. 21 Para. 6 AufenthG (applied analogously).⁷ However, gainful employment may not be contrary to the main purpose, which is residing as a scholarship recipient or a participant in a residence programme. Additionally, the participation in the scholarship must be the main purpose, i.e. gainful employment should only be of a subordinate nature, in particular in terms of time taken, even if for another client. The chances of success of such an application to permit gainful employment are uncertain, because as mentioned, Sec. 7 Para. 1 S. 3 AufenthG is an exceptional rule and in our experience, the immigration offices lack empirical principals to make these decisions. However,

⁷ Sec. 21 Para. 6 AufenthG only mentions possession of an Aufenthaltserlaubnis [residence permit] explicitly. A national visa is not a residence permit, nevertheless, holders of a national visa do possess an Aufenthaltstitel [residence title], so that an analogous application in view of the General Application Instructions of the Federal Ministry of the Interior on the Residence Act of 2009 seems appropriate.

according to the Application Instructions of the immigration office in Berlin (VAB Berlin, last updated April 2023: No. 21.6.), the condition “selbstständige Tätigkeit erlaubt” [self-employment permitted] is generally also imposed when issuing a residence title pursuant to Sec. 7 Para. 1 S. 3.

● PRACTICAL TIP

Within the context of a scholarship, the parties should take care that there is no recognizable intention to exchange a service between the artist and the scholarship provider. Otherwise, the artist quickly finds themselves in the realm of unauthorised gainful employment. They should firstly get permission. The basic idea of such a scholarship should place cultural exchange and further education of the artist at the forefront. The scholarship holder must not be obligated to a particular service in exchange, as this would be considered gainful employment subject to income tax.

(2) PREREQUISITES FOR ISSUANCE

The prerequisites for issuance pursuant to Sec. 5 AufenthG must firstly be fulfilled. Refer to the instructions in B) I) 2)- for this application too, the passport must be valid at least for the entire duration of the intended residence. Also, the applicant's means of subsistence must be secured for the entire duration of the residence in the Federal Republic of Germany, either by the scholarship or with funding from the hosting organisation within the context of the residence programme. Theoretically, means of subsistence can also be secured by other means (e.g. own savings, declaration of commitment from a third party).

Apart from this, the applicant must demonstrate credibility for the intended purpose of residence. This means presenting documents on the life and work of the artist and the planned scholarship or residency programme, as well as the hosting organisation. Applicants should also present the content of the scholarship or residency programme and the artistic activities planned (exhibitions, planned works, etc.) for the artist in the Federal Republic of Germany.

As the residence is limited to one year, the applicant's willingness to return is also a prerequisite.

There is no legal claim to issuance of this visa, rather, it is issued by the diplomatic mission or consular post abroad responsible for the case, at its discretion. Trade and economic agreements with the Dominican Republic, Indonesia, Iran, Japan, the Philippines, Sri Lanka, the USA and Turkey may also be taken into account in the applicant's favour — as is the case for freelancers — if no other purpose of residence can be considered (VAB Berlin, Stand April 2023, No. 7.1.3.)

● PRACTICAL TIP

The decision whether to issue the visa or residence title is still at the discretion of the authority, even if the applicant meets the prerequisites. It considers the applicant's individual interests and public interests when deciding whether to issue the residence title. In this context, the visa or residence permit based on Sec. 7 Para. 1 S. 3 AufenthG should only be issued exceptionally, “in justified cases”.

(3) APPLICATION PROCEDURE AND PRACTICAL INFORMATION

The application for a national visa pursuant to 6 Para. 3 S. 1 in conjunction with Sec. 7 Para. 3 S. 1 AufenthG must be submitted to the German consular post in the artist's country of origin or residence — as for any visa (see B) I) 1) (a) (iv)).

The application for a longer-term national visa pursuant to Sec. 7 Para. 1 S. 3 AufenthG depends on approval from the immigration office at the artist's intended place of residence, just as for the permit pursuant to Sec. 21 Para. 5 AufenthG. The consular post will request approval from the immigration office internally. The artist does not need to request this directly from the immigration office.

Processing times for visa applications vary greatly according to the consular post. Applicants should expect at least an average wait of three to six months, however, due to the necessary involvement of the immigration office and, in some places, also the higher authority (e.g. the Regional Council of Stuttgart). Applicants can also attempt to speed up the process by involving the local immigration office (Vorabzustimmung [preapproval] pursuant to Sec. 31 Para. 3 AufenthV); refer to information in B) I) 2) (a) (i) (3). As Sec. 7 Para. 1 S. 3 AufenthG is an exceptional rule, it can be helpful to receive the immigration office's assessment in advance.

● PRACTICAL TIP

Obtaining Vorabzustimmung [pre-approval] pursuant to Sec. 31 Para. 3 AufenthV from the local immigration office before initiating the lengthy visa procedure can help to speed up the authority's assessment.

In principle, the required documents and further information on the application procedure can be found in fact sheets made available on the internet website of the diplomatic mission or consular post abroad. As visas pursuant to Sec. 7 Para. 1 S. 3 AufenthG are not issued frequently and as it is a catch-all situation, there is hardly any information or fact sheets on this available on the German embassy websites. In any case, a hosting agreement or a scholarship contract and evidence of secured means of subsistence, which includes sufficiently comprehensive health insurance coverage, are required.

CHECKLIST OF DOCUMENTS TO BE SUBMITTED

- A completed and unified visa application form (as the application is only for a planned temporary residence of up to 1 year, the applicant should check the box that states that they will keep their usual place of residence overseas and that the total duration of the planned residence will not exceed 12 months): <https://videx.diplo.de/videx/visum-erfassung/#/videx-langfristiger-aufenthalt>
- A passport recognised by the Federal Republic of Germany and valid for at least the entire duration of the residence (see B) I) 1) (a) (iii))
- At least 2 current biometric photos
- A scholarship contract or hosting agreement in the context of a residency programme
- Proof of means of subsistence by means of a scholarship contract, residency programme or other proof of sufficient financial means for the entire intended residence
- Proof of sufficient health insurance protection for the entire duration of the intended residence — the conclusion of an “Incoming travel insurance” policy valid for the respective duration of the residence is sufficient in this sense
- A portfolio
- A CV
- An invitation letter or statement from the institution extending the invitation, if applicable
- Proof of academic qualifications in the area of visual arts + notarised translation into German (English translations are sometimes also accepted)
- An informal demonstration of the applicant's ties to the country of origin/usual residence or domicile, to which they should return; familial ties, property ownership, (lucrative) future commissions there

The artist should work closely with the scholarship provider or the organisation extending the invitation for a residence programme for the application procedure. Well-prepared justification in individual cases is decisive here. Apart from this, the application is more likely to be successful when an immigration office is involved inclined towards artists, such as in Berlin and Hamburg.

● PRACTICAL TIP

The Martin Roth Initiative (MRI) gives scholarships to artists and cultural workers who are committed to artistic freedom, democracy and human rights in their country of origin. Scholarship recipients travel to Germany regularly with national visas pursuant to Sec. 7 Para. 1 S. 3 AufenthG. However, the Federal Foreign Office, the authority superior to the diplomatic mission abroad, also funds the MRI at 100%. Otherwise, there is the “Solitude Scholarship” awarded by the Akademie Schloss Solitude, which invites young artists and academics to a residence programme. The national visa pursuant to Sec. 7 Para. 1 S. 3 AufenthG is frequently issued for this.

(b) PRIVILEGED THIRD-COUNTRY CITIZENS

There are sometimes peculiarities for planned residences of up to one year, even for privileged third-country citizens. To define this group of people generally, refer to B) I) 1) (a) and Footnote 2. These peculiarities will be discussed below.

→ CASE STUDY

In contrast to the case study in B) I) 2) (a) (i), artist A is now American and not Moroccan. In all other respects, the case remains the same. Does A need a visa for entry?

As explained in B) I) 1) (b), privileged third-country citizens of a “best friends” country within the meaning of Sec. 41 Para. 1 AufenthV can enter without a visa and pursue art within the meaning of the “fiction of gainful employment”. If, however, they wish to stay longer than 90 days or work for more than 90 days in exchange for a fee, they must apply at their local immigration office for a residence permit pursuant to Sec. 21 Para. 5 AufenthG within 90 days of entering (further detail in B) I) 3)). In contrast to citizens of “good friends” countries from Sec. 41 Para. 2 AufenthV, they can also apply for a residence permit for gainful employment, in this case as a freelancer, pursuant to Sec. 21 Para. 5. Whether they intend to stay here on a long-term basis or not is irrelevant, in contrast to the privileged third-country citizens from Sec. 40 AufenthV. However, the scope of assessment is more comprehensive in the case of Sec. 21 Para. 5 AufenthG if a residence permit is being applied for instead of a longer-term national visa with a total duration of max. one year (more information in B) I) 3) (a) (i)).

As long as the immigration office has not approved gainful employment, the privileged third-country national is not permitted to work within the meaning of Sec. 41 Para. 1 AufenthV. Several weeks can pass leading up to the personal interview appointment at the immigration office. In cases of doubt, they must not work artistically during this time. Whether this phase is covered by the fiction of non-gainful employment despite the planned long-term residence is disputed, as mentioned in B) I) 1) (b) and would be denied by the Ministry of the Interior in Baden Württemberg, among others. Even if the opinion represented

here suggests that applicability seems appropriate in these cases, we do not advise working until the permit has been issued by the local immigration office and received for legal precautionary reasons.

Due to the long permit procedure within Germany, it can be appropriate even for privileged third-country citizens – and for the “best friends” countries within the meaning of Sec. 41 AufenthV in particular – to apply for a national longer-term visa within the meaning of Sec. 6 Para. 3 S. 1 in conjunction with Sec. 21 Para. 5 AufenthG for a longer-term residence before entering Germany. Then, they can begin working as an artist without restriction directly after entering.

This differs from cases of an invitation within the framework of a scholarship or residency because no gainful employment exists or is planned (as defined in Sec. 21 Para. 5 AufenthG). For these cases, the artist can apply for a residence permit pursuant to Sec. 7 Para. 1 S. 3 AufenthG after entering, without a visa process before entry providing any relevant advantages in terms of planning the exhibition.

Regarding the bases of claim and fundamental prerequisites for issuance, this does not change here for privileged third-country citizens in comparison to the instructions B) I) 2) (a). Therefore, the applicant should provide the same documents if applying for a longer-term national visa.

If privileged third-country citizens wish to apply for a residence permit as an artist or a scholarship holder after their visa-free entry, the prerequisites for issuance can be found in B) I) 3).

➤ CASE SOLUTION

A can either enter without a visa (even if they wish to work as a freelance artist or stay for a longer period of time) or apply for a longer-term national visa before entry. The latter works in particular due to the dispute over application of the fiction of non-gainful employment in this constellation (planned residence is longer than a short stay) and its narrower boundaries if they wish to work here as a freelance artist.

It should be observed, however, that the other privileged third-country citizens from Sec. 41 Para. 2 AufenthV generally cannot apply for a residence permit pursuant to Sec. 21 Para. 5 AufenthG from within Germany. Brazilian citizens are excepted (see B) I) 1) (b)); they can enter Germany without a visa and apply for a residence permit to take up a freelance activity, however legal complications cannot be ruled out.

The citizens of third countries entitled to visa-free entry in accordance with Sec. 40 AufenthV, however, must always enter with a national visa if they intend to stay longer-term (see B) I) 1) (b)).

● PRACTICAL TIP

For a planned permanent residence and gainful employment outside of the context of the fiction of non-gainful employment, even privileged third-country citizens also usually require a visa for the corresponding purpose to enter; the truly privileged citizens in this respect are only those from the “best friends” countries from Sec. 41 Para. 1 AufenthV (Footnote 2). However, even for them, it may make more sense to apply for a national visa before entry in the case of a planned longer-term residence and intention to work on a freelance basis.

3) INTENDED RESIDENCE EXCEEDS 1 YEAR

In the following module, we outline the changes that take place for artists with a place of residence outside of the EU, in comparison to the instructions in B) I) 2), because they wish to remain in the Federal Republic of Germany for longer than one year.

(a) NON-PRIVILEGED THIRD-COUNTRY CITIZENS

There are even differences here between privileged and nonprivileged third-country citizens (see B) I) 1) (a) und Footnote 2 for the distinction) and we will show the conditions of issuance and prerequisites so as to explain the application procedure as practice-oriented as possible.

(i) BASES OF CLAIM

Sec. 21 Para. 5 AufenthG in conjunction with Sec. 6 Para. 3 AufenthG

We will firstly cover residence for the purpose of freelance employment as an artist.

→ CASE STUDY

In contrast to the case studies contained in B) I) 2) (a) (i), the Moroccan artist A is planning to stay for longer than one year, instead of for a maximum of 12 months. They do not yet know whether they will return to their country of origin or remain permanently in Germany once the activity for the institution extending the invitation ends. Otherwise, the case does not change. For which residence title do they have to apply?

(1) CONDITIONS OF ISSUANCE

The national visa for an intended permanent residence in the Federal Republic of Germany as a freelancer will generally be issued for six months; after entry, the artist must apply for the issuance of a corresponding residence permit pursuant to 21 Para. 5 AufenthG at the immigration office (this can be done in writing, e.g. by sending an email, however the applicant should also choose another option for sending that proves timely receipt). The immigration offices can then issue the residence permit for up to three years, insofar as the prognosis for success of the project permits it (further information below).

With the national visa pursuant to Sec. 21 Para. 5 AufenthG, the holder can only work in the area of freelance activity for which they applied; a general permit to work on a self-employed basis will not be issued. This can and should be applied for later if the freelance activity should change. With the national visa, the holder can move freely within the Schengen area for up to 90 days within 180 days, however they generally are not permitted to work in other Schengen countries.

(2) PREREQUISITES FOR ISSUANCE

We will firstly refer to the instructions in B) I) 2) (a) (i) (2). The main purpose of the residence should therefore be to work on a freelance basis in the Federal Republic of Germany. In contrast to the instructions above, however, the applicant does not intend a residence limited to a duration of one year, rather, they wish to stay for more

than one year. This means that the willingness of the applicant to return does not have to be examined. There is no need to include information in this respect. Due to the intended residence, it is necessary to include more than one work offer or letter of intent to hire from potential clients or commissioning parties, in contrast to the information in B) I) 2) (a) (i) (2). Only then can the authorities assess the prognosis for long-term success of the planned freelance work activity, i.e. the public interest in such an activity. In this context, the applicant should include at least two job offers for a freelance, artistic activity remunerated with a fee during the visa process (more information on the general documents to be submitted for this application can be found in B) I) 3) (a) (i) (3)).

These do not have to be binding contract offers, rather, they can be Absichtserklärungen (letters of intent) from potential clients or commissioning parties. At the same time, binding contracts that have already been concluded would obviously have a positive influence on the authority's discretion. Along with contracts or letters of intent from private clients or commissioning parties, applicants can also include exhibition contracts or invitations from art associations. It is crucial that the letter includes the scope and conditions of the work and the expected revenue in particular. As a longer-term prognosis has to be made regarding means of subsistence than that of an application for a visa for a maximum of twelve months, the economic viability of the project is very significant. Submitting multiple offers from different clients or commissioning parties will allay any suspicion of fictitious self-employment. The chances of an assessment for fictitious self-employment increase if the intended residence is long-term because there would be an increased need for the state to protect social insurance systems and the local labour market from being circumvented.

If the applicant is over 45 years of age, the residence permit can only be issued if suitable provisions have been made for old age. This is not the case for applicants listed in Sec. 21 Para. 2 AufenthG (see B) I) 2) (a) (i) (2)).

(3) APPLICATION PROCEDURE AND PRACTICAL INFORMATION

The diplomatic mission or consular post abroad in the applicant's place of residence is responsible for the application to issue a type D visa in this case as well. Regarding the authorities to be involved, refer to the instructions in B) I) 2) (a) (i) in their entirety, and the tips listed there also apply to increase the chances of such an application's success. The processing time will also be similar. Regarding costs, the general regulations apply as in B) I) 2). The current cost to convert the visa into the corresponding residence permit is 100 Euros per adult applicant, pursuant to Sec. 45 AufenthV. Turkish citizens pay a reduced fee of 28.80 Euros in accordance with Sec. 52a AufenthV. Beyond this, exemptions or fee reductions in the case of "cultural interests" pursuant to Sec. 52 Para. 7 AufenthV are possible.

Regarding documents to be submitted, there are some differences to the application for a long-term national visa to participate in an exhibition for a maximum of 12 months, as mentioned in B) I) 2). The following checklist contains the documents usually required.

CHECKLIST OF DOCUMENTS TO BE SUBMITTED

- A complete and personally signed application form (see <https://videx.diplo.de/videx/visum-erfassung/#/videx-lang-fristiger-aufenthalt>)
- A valid, recognised passport (see B) I) 1) (a) (iii))
- At least 2 biometric photos
- Financial plan (forecast of expected profit in the next three years)
- Bank account statements with sufficient funds to prove that the applicant can secure their livelihood in the starting phase or other proof of financial security e.g. through a third party
- Travel medical insurance (proof of sufficient health insurance coverage – e.g. from the Künstlersozialkasse [artists' social insurance scheme] – will be necessary to convert the visa into a residence permit)
- Proof of a secure and suitable old-age provision is usually required from the age of 45
- At least two work offers from (potential) clients or commissioning parties based in Germany, if possible, with concrete work volumes, and/or letters of intent or invoices from previous commissions/ work orders
- A detailed description of the intended activity
- CV
- Proof of academic qualifications attained in visual arts, etc. plus notarised translations into German (translations into English are sometimes also accepted)
- Sponsors / references if possible
- Permit to practice a freelance profession (if required, e.g. for an architect)

➤ CASE SOLUTION

A must apply for a national visa for a long-term residence as a free-lance artist pursuant to Sec. 21 Para. 5 (in conjunction with Sec. 6 Para. 3) AufenthG at the competent diplomatic mission or consular post abroad before they enter.

(ii) BASES OF CLAIM

Sec. 7 Para. 1 S. 3 in conjunction with Sec. 6 Para. 3 AufenthG

We will now explain the constellation in which the artist is a scholarship holder or is participating in a residency and wishes to reside in the Federal Republic of Germany for longer than one year.

→ CASE STUDY

The Moroccan artist M, in contrast to the example in B) I) 2) (a) (ii), now wishes to participate in a two-year residence programme in the Federal Republic of Germany instead of a one-year residency. It is not yet clear whether they wish to return to the country of origin or remain long-term in the Federal Republic of Germany once the programme is completed. There are no other changes to the details of this case. For which residence title can M apply?

➤ CASE SOLUTION

M should apply for a national long-term visa for special purposes at the diplomatic mission or consular post abroad before they enter (pursuant to Sec. 7 Para. 1 S. 3 in conjunction with Sec. 6 Para. 3 AufenthG). Their means of subsistence is secured solely from the (two-year) residency programme and they will not be taking up gainful employment, which is not permitted within the framework of this residence. The visa must be “converted” into a residence permit after entry into Germany by the local immigration office.

(1) CONDITIONS OF ISSUANCE

For cases in which the artist should come to the Federal Republic of Germany for a scholarship or residency programme, Sec. 7 Para. 1 S. 3 in conjunction with Sec. 6 Para. 3 AufenthG is the correct basis of claim. See B) I) 2) (a) (ii) (1) for the general conditions of issuance.

In contrast to the cases mentioned in B) I) 2) (a) (ii), this long-term residence will last for more than a year. The applicant will firstly apply to the diplomatic mission or consular post abroad for a national visa to enter, which will then be converted into a residence permit (see B) I) 3) (a) (i)) by the competent immigration office in Germany before it expires (this often takes several weeks or months). Regarding the issue of getting an appointment at the local immigration office to apply, refer to the information and practical tips in B) I) 2) (a) (ii). The timely written application is sufficient to maintain lawful residence.

● PRACTICAL TIP

Even if it is extremely difficult to get an appointment at many immigration offices and there are long waiting times, it is sufficient to submit a written application to extend the residence title.

The residence permit pursuant to Sec. 7 Para. 1 S. 3 AufenthG

generally does not entitle its holder to take up gainful employment. However, this can be permitted in individual cases. Refer to the details in B) I) 2) (a) (ii) (1).

There are no special considerations regarding the possibility of travel and work in other Schengen countries compared to other national visas.

(2) PREREQUISITES FOR ISSUANCE

The information in B) I) 2) (a) (ii) (2) can generally be applied here. Decisive factors are the duration of the scholarship or residency, and also proof that the artist can secure their means of subsistence for the entire duration of the residence. As this is a longer-term residence of more than one year and there is no return expected or planned, the authorities will not check the applicant's willingness to return. It is not necessary to include information on the willingness to return.

(3) APPLICATION PROCEDURE AND PRACTICAL ADVICE

In comparison to the application for a national visa for up to a year – with the exception of a scholarship or residency programme lasting more than twelve months – there are no special considerations for the application procedure. Refer to the information in B) I) 2) (a) (ii) (3) in its entirety. The cost to convert the visa into a residence permit can be found in B) I) 3) (a) (i) (3).

(b) PRIVILEGED THIRD-COUNTRY CITIZENS

There are also some special considerations for privileged third-country citizens for a long-term residence (refer to B) I) 1) (a) and Footnote 2 for the distinction between privileged and non-privileged citizens). We will explain them in the following section using case studies.

→ CASE STUDY

The US American artist A is planning to stay for longer than one year, in contrast to the case study in B) I) 2) (a) (i). They do not yet know when they will return. How does this change the application or the procedure?

As per Sec. 41 Para. 1 AufenthV, privileged third-country citizens can generally apply for a residence permit pursuant to Sec. 21 Para. 5 AufenthG as a freelancer after they have entered without a visa. However, it can be helpful to enter with a national visa, as the freelance activity is permitted (without restriction) directly after entry and the disputed application of the fiction of non-gainful employment is not relevant in this constellation. In this context, refer to the information in B) I) 1) (b) and B) I) 2) (b). There are no changes to the prerequisites for issuance and documents to be submitted to the immigration office, all of which can be found in B) I) 3) (a).

↗ CASE SOLUTION

A can also apply for a residence permit pursuant to Sec. 21 Para. 5 AufenthG as a freelancer from within Germany after they have entered without a visa. However, it can make sense to enter with a national visa due to the planned longer-term activity as an artist.

→ CASE VARIATION 1

A is no longer a US American citizen, rather, they come from Andorra. No other aspect of the case changes. Does this change the application procedure?

Citizens of “good friends” countries within the meaning of Sec. 41

Para. 2 AufenthV cannot apply for a residence permit for the purpose of gainful employment from within Germany. If the purpose of the planned residence is freelance activity, they must enter with a national visa pursuant to Sec. 21 Para. 5 in conjunction with Sec. 6 Para. 3 AufenthG.

↗ CASE SOLUTION

A must enter with a national visa pursuant to Sec. 6 Para. 3 AufenthG in conjunction with Sec. 21 Para. 5 AufenthG.

→ CASE VARIATION 2

A comes from Brazil. No other aspects of the case change. Does this change the application procedure to be followed?

Due to a special privilege, Brazilians can apply for a residence permit pursuant to Sec. 21 Para. 5 AufenthG from within Germany as an exception, even though they count as citizens of one of the “good friends” countries listed in Sec. 41 Para. 2 AufenthV.

↗ CASE SOLUTION

As a Brazilian, A can apply for a residence permit pursuant to Sec. 21 Para. 5 AufenthG from within Germany after entering without a visa. They can also go through the visa process before entering to avoid complications and to enable their unrestricted ability to work as a freelancer immediately after entering.

→ CASE VARIATION 3

A comes from Andorra again, but this time, they do not have a fee contract with an art association, rather, they have been invited by an arts association to take part in a scholarship programme lasting longer than one year to take part in an exhibition. How does this change the application process in comparison to the original case?

Citizens of countries that enjoy the privileges from Sec. 41 Para. 2 AufenthV can enter without a visa and apply for residence pursuant to Sec. 7 Para. 1 S. 3 AufenthG from within Germany at the local immigration office directly. The same applies to citizens from countries listed in in Sec. 41 Para. 1 AufenthV, who can also apply for a longer-term residence from within Germany (see B) I) 1) (b)). There are no changes to the prerequisites for issuance and documents to be submitted to the immigration office as listed in B) I) 3) (a) (ii).

↗ CASE SOLUTION

A can enter without a visa and apply for residence pursuant to Sec. 7 Para. 1 S. 3 AufenthG from within Germany directly at the local immigration office but can also enter with a national visa. This can be advantageous because a “fictional certificate” pursuant to Sec. 81 Para. 4 AufenthG can be issued before the residence permit is issued (which can take several months) to entitle the holder to travel outside of the otherwise applicable time period of 90 days within 180 days. If self-employment has already been permitted during the visa process, this can also be advantageous.

Citizens from countries listed in Sec. 40 AufenthV but not listed in Sec. 41 AufenthV do not enjoy the privileges mentioned in these cases, and generally must go through the visa process before entering if they wish to stay for more than 90 days (see B) I) 1) (b)).

II) Domicile / usual place of residence in the EU (not including Germany) with a residence title from another member state

We will now address people invited by a Germany-based art association who do not usually reside outside of the EU, rather, who live in another EU member state and have a residence title there.

Generally, people who have a residence title from another EU member state can also move freely within the Schengen area as long as they fulfil the entry prerequisites from the Schengen Convention and the Schengen Implementing Convention, i.e. they have a valid passport that the member states recognize. On the other hand, a person who already does not have a residence title in the other member state and is otherwise not exempt from the obligation to have a visa due to their nationality or for a similar reason cannot travel into other Schengen countries.

1) PLANNED RESIDENCES OF UP TO 90 DAYS

It is also crucial to make a distinction depending on the intended purpose of the residence in the Federal Republic of Germany. We will firstly explain the prerequisites for a residence of up to 90 days, starting with the non-privileged third-country citizens. Then we will discuss the special considerations given to the privileged third-country citizens (see B) I) 1) (a) and Footnote 2 to distinguish between these groups).

(a) NON-PRIVILEGED CITIZENS

→ CASE STUDY

The Tunisian artist T has an Italian Schengen visa and wishes to travel to the Federal Republic of Germany to participate in an exhibition upon invitation by an art association. They wish to remain in Germany for around one month. They should be paid a fee for their participation in the exhibition. For which residence title should they apply?

Holders of a Schengen visa from another EU member state do not require another residence title to enter Germany, as long as the visa the title they hold is still valid, they have a travel document recognised by the Federal Republic of Germany and their residence is restricted to 90 days within 180 days within the entire Schengen region. The fiction of non-gainful employment also applies to this group (see B) I) 1) (a)). This means that holders of a Schengen visa from another member state can produce an exhibition in Germany or participate in it without any further permit if they comply with the restrictions of the fiction of non-gainful employment.

If a Schengen visa holder decides to stay for longer after entering for a short stay, they must generally leave the country and go through the visa process at the competent diplomatic mission or consular post abroad in the other EU member state.

↗ CASE SOLUTION

T does not have to apply for another residence title to travel and take part in the exhibition, if their Schengen visa is still valid, they have a travel passport recognised in Germany and the general time limit on the residence in the entire Schengen region, along with the temporal and content-related requirements comply with the fiction of non-gainful employment.

The same applies if T participates in a residency programme and should not be paid a fee in exchange for their artistic work.

● PRACTICAL TIP

Entry into the Federal Republic of Germany is only permitted for holders of a residence title from another Schengen country if they have a travel document recognised by the Federal Republic of Germany when they enter. This is a significant problem for stateless Palestinians from Lebanon. They should seek legal advice prior to entry. There is a risk of sanctions if entry regulations are violated.

(b) PRIVILEGED THIRD-COUNTRY CITIZENS**→ CASE STUDY**

T is no longer Tunisian but rather US American and may therefore enter the Schengen region without a visa. No other aspects of the case in a) change. How does the process change?

There are no fundamental content-related changes when comparing the above to the information in B) II) 1) (a). The only difference is that citizens of countries listed in Sec. 41 Para. 1 AufenthV can also decide on a longer-term residence in the Federal Republic of Germany if the longer-term residence is not to work as a freelancer (except for Brazilians). Refer to B) I) 1) (b). If the artist decides to stay longer after entering and is already active within the confines of the fiction of non-gainful employment, the applicant should not continue working, at least between the point of submitting the application and being issued with a residence permit, due to the dispute on the scope of the fiction of non-gainful employment (see B) I) 1) (b) and B) I) 2) (b)).

↗ CASE SOLUTION

T can enter the Federal Republic of Germany without a visa to participate in the exhibition as long as they comply with the temporal and substantive requirements of the fiction of non-gainful employment.

The same applies if T participates in a residency programme and should not receive a fee in exchange for their artistic work.

2) PLANNED RESIDENCES EXCEEDING 90 DAYS

We will now present the differences in the entry and residence requirements to be observed when compared to the information in B) II) 1), as the artist is now not just staying for up to 90 days but wishes to remain in the Federal Republic of Germany for longer. We will also differentiate here between non-privileged and privileged third-country citizens⁸.

(a) NON-PRIVILEGED CITIZENS**→ CASE STUDY**

T comes from Tunisia, has a residence permit in Spain and now wishes to move to Germany to remain for longer than 90 days and to work as an artist. The exact duration of their residence is unknown. For which residence title do they have to apply?

Third-country citizens who have a residence title from another EU member state must apply for a national visa for a longer-term residence at the diplomatic mission or consular post abroad responsible for them in their usual place of residence or domicile. The processing time, documents to be submitted and rights associated with this visa depend on the primary purpose of the intended residence in the Federal Republic of Germany and/or its exact design. It is important to know whether the applicant will work for a fee or receive a scholarship, as well as how long they wish to stay altogether. To this end, refer to the information in B) I) 2) (a) (i) and B) I) 2) (a) (ii) in its entirety.⁹

↗ CASE SOLUTION

T must enter the Federal Republic of Germany with a national visa. They can apply at the diplomatic mission or consular post abroad in Spain, their place of usual residence or domicile. A (long-term) national visa for the purpose of freelance work pursuant to Sec. 21 Para. 5 AufenthG or for participation in a scholarship programme pursuant to Sec. 7 Para. 1 S. 3 AufenthG would be considered, depending on how the residence is designed.

(b) PRIVILEGED THIRD-COUNTRY CITIZENS**→ CASE STUDY**

T now comes from Canada, otherwise, there are no further changes to the case study in B) II) 2) (a). How does this change the process?

Citizens of “best friends” countries within the meaning of Sec. 41

Para. 1 AufenthV can obtain any type of residence permit after entering the Federal Republic of Germany without a visa within 90 days. Refer to the information in B) I) 2) (a) (i), B) I) 2) (a) (ii), B) I) 3) (a) (i) and B) I) 3) (a) (ii) regarding the planned purpose and prerequisites for issuance, etc.

Citizens of countries listed in Sec. 41 Para. 2 AufenthV or Sec. 40 AufenthV, however, must enter the Federal Republic of Germany with a national visa that corresponds to the intended purpose and duration of the residence (see B) I) 1) (b) and B) II) 1) (b)).

⁸ see Footnote 2 for definitions and distinctions between these two groups

⁹ Holders of a (real) EU permanent settlement permit are generally subject to another procedure

➤ CASE SOLUTION

T can enter the Federal Republic of Germany without a visa and can apply for a residence permit within 90 days. They could also obtain a national visa at the diplomatic mission or consular post abroad at their usual place of residence or domicile before entry, to then work unrestricted as an artist immediately after entry without considering the application of the fiction of non-gainful employment (see B) I) 1) (b) and B) I) 2) (b) for more information on its dispute).

III) Domicile / usual place of residence within Germany

The next sub-group is the group of artists without German citizenship who already reside in the Federal Republic of Germany, if they are invited to participate in an exhibition by an art association based here. A longer-term residence in the Federal Republic of Germany has already been planned and/or substantiated, so that the duration of the residence is not the decisive factor, rather the person's current status in the Federal Republic of Germany and the rights and restrictions arising from this in each case.

1) PEOPLE WITH A RESIDENCE TITLE

We will firstly examine artists with a residence title in the Federal Republic of Germany using a case study.

→ CASE STUDY

A is a citizen of Iraq and an artist residing in the Federal Republic of Germany as the spouse of a Chilean citizen, i.e. for a purpose other than their (freelance) work activity. An art association now invites A to participate in an exhibition. Are they required to apply for something to accept the invitation?

In accordance with Sec. 4a Para. 1 AufenthG, holders of a German residence permit are generally permitted to take up gainful employment without restriction, even if the permit was not issued for the purpose of the freelance artistic activity pursuant to Sec. 21 Para. 5 AufenthG. However, there are purposes of residence that contain legal restrictions (e.g. for students). Whether an exception applies can be seen on the residence permit itself in accordance with Sec. 4a Para. 4 AufenthG.

If there is such a restriction on the permit, a suitable permit for the purpose of self-employment explicitly pursuant to Sec. 21 Para. 6 in conjunction with Sec. 4a Para. 1 AufenthG must be issued by the local immigration office before the freelance artist work begins. Otherwise there is the risk of sanctions being imposed. The immigration office issues the permit at its discretion, there is no entitlement to it. Within the context of exercising discretion, the authority does not check the strict criteria pertaining to the issuance of a national visa or a residence permit pursuant to Sec. 21 Para. 5 AufenthG with the same intensity, however these can play a role. It can therefore be helpful to provide statements from experts upon application to influence the immigration office's decision positively (see the information in B) I) 2) (a) (i)).

If an applicant has a German residence permit, they generally can also apply for a residence permit for another purpose without going through another visa process (Sec. 39 No. 1 AufenthV).

With a German residence permit, the holder can also move freely in other Schengen countries for up to 90 days within 180 days in compliance with the regulations from the Schengen Convention and the Schengen Implementing Convention, as long as they do not reside there on a long-term basis or work there (see B) II) 1)).

↗ CASE SOLUTION

Concerning the right of residence, A can participate in the exhibition with their residence permit without requiring any further permission, regardless of how long the exhibition lasts, whether they receive a fee for their participation from the art association or whether they are part of a scholarship programme. This is because gainful employment is permitted generally in accordance with Sec. 4a Para. 1 in conjunction with Sec. 30 AufenthG. This can be seen on the residence permit.

If A wishes to acquire the right to residence independent of their wife, they can apply for a residence permit for any other purpose directly at the immigration office without going through a visa process, also as a non-privileged third-country national holding a valid German residence permit. A residence permit as a freelance artist pursuant to Sec. 21 Para. 5 AufenthG would obviously be considered.

2) PEOPLE WITHOUT A RESIDENCE PERMIT

We will now cover the considerations for people who do not have a residence permit and who are residing longer-term using a case study, including Duldung [temporary leave to remain] and Aufenthaltsgestattung [protection against deportation as a result of having sought asylum] holders. This is in contrast to the situation for people covered in 1). We will then detail the situation for privileged third-country citizens during their legal residence while exempt from the need to have a residence title.

→ CASE STUDY

A is an artist who must leave their country of origin, Afghanistan, due to political persecution. After arriving in Germany, they applied for asylum. They therefore currently have a valid Aufenthaltsgestattung as the decision on the application for asylum has not yet been made. An art association would like A to take part in an exhibition. The exact structure of the collaboration is flexible from the art association's point of view. Can A participate in the exhibition?

Refugees who are still in the middle of an asylum procedure are not permitted to take part in the exhibition if it involves self-employment. They are neither subject to the fiction of non-gainful employment (due to a lack of reference norms for this group of people) (see B) I) 1) (a)), nor are they permitted to be self-employed pursuant to Sec. 21 Para. 6 AufenthG, as they do not (yet) have a residence permit. The same applies for holders of a Duldung [temporary leave to remain]. However, it should be possible to participate within the framework of a residency programme or a scholarship, as this does not involve self-employment. There could be problems, however, if the person concerned is receiving social benefits.

This group of people is also not permitted to travel within the Schengen area, let alone work there (see B) II)).

Concerning privileged third-country citizens, there are no special considerations to add to the information B) I) and B) II) as long as they are (still) visa-free and are residing without a residence permit (yet). During this time period, they generally can only work on a freelance basis in exchange for a fee within the framework of the fiction of non-gainful employment. If they entered with a national visa, the fiction of non-gainful employment does not apply, however, they can apply to work on a freelance basis beyond this at the immigration office for Sec. 21 Para. 6 AufenthG (applied analogously) if their visa does not already permit freelance work. Although they do not have a residence permit, they do have a residence title, so that an analogy is not too much of a stretch (see Footnote 7). As citizens entering without a visa and without a residence title, they can generally move freely within the Schengen region for up to 90 days within 180 days as long as they do not work there.

↗ CASE SOLUTION

As a refugee, A is going through an asylum procedure and therefore may not participate in the exhibition if it involves freelance work. If A would like to participate in the exhibition in the form of a residency or scholarship, this should be possible.

IV) Citizens of the European Union, the European Economic Area (EEA) and Switzerland residing in a (member) state other than their country of origin, as well as British citizens and their family members:

Within the EU, the right to freedom of movement is applied to EU citizens. This means that whether the residence in another member state is short-term or long-term, no visa or residence permit is required. After moving, the EU citizen must register their address at the competent registration authority. If leaving the country, they should not forget to de-register. EU citizens enjoy unrestricted access to the German labour market.

The right to freedom of movement also extends to family members and close relatives of EU citizens who wish to exercise their right to freedom of movement or who have exercised it for at least six months in the past, even if these people are not citizens of a member state themselves.

Family members who are third-country citizens in the narrower sense (in accordance with Sec. 3 Freedom of Movement Act/EU) enjoy the same right to freedom of movement as EU citizens. They have the right to relocate together with their relatives or to join them. They are also permitted to work as artists in the Federal Republic of Germany, be it on a freelance or employment basis. However they are usually subject to visa requirements.

It is important to emphasise that family members who accompany EU citizens must not be prevented from entering. They also must not be accused later of entering without a visa for a long-term residence. The practical implementation of entry without a visa, however, can be fraught with obstacles: airlines may deny boarding because certain citizens are generally subject to visa requirements, as mentioned.

Once a family member has entered Germany, they should apply for a declaratory residence card at the immigration office responsible. The residence card for family members is declaratory because the residence status of such a person in Germany already exists and merely has to be confirmed and documented, without leading to new rights or conditions for the residence. We advise applying as soon as possible. For other close relatives within the meaning of Sec. 3a Freedom of Movement Act/EU, however, the issuance of a residence card is constitutive, which means that it is a prerequisite of their legal residence in Germany.

These rights to freedom of movement also apply generally to Swiss citizens, citizens of the EEA (Iceland, Liechtenstein and Norway) and their family members.

British citizens require a residence title or another form of proof of their right to remain for their residence in the Federal Republic of Germany. If their place of residence was transferred to Germany by 31.12.2020 at the latest, British citizens and their family members enjoy the right to remain afforded to them by EU law (Sec. 16 Freedom of Movement Act/EU). They receive an Aufenthaltsdokument-GB [residence document-GB] ex officio. This is generally valid for 10 years and confirms the right to enter and remain. Any gainful employment (employment or self-employment) is permitted.

C) RECOMMENDATIONS AND INSTRUCTIONS FOR ACTION FOR ART ASSOCIATIONS AND ARTISTS

As we mentioned in the introduction, this guide is intended to shed some light on the legal residence situation for artists in the Federal Republic of Germany and to dispel the myth of the “Artist Visa”. The detailed information has made it clear how complex and demanding the process to obtain a visa or a residence permit for the Federal Republic of Germany is. This does not only apply to artists without German citizenship but also to all other people without German citizenship who wish to remain in Germany.

This applies even more strongly to non-privileged citizens than it does to privileged citizens. Non-privileged citizens face even larger structural injustice pertaining to their right to residence, arising from the Federal Republic of Germany’s own political and economic interests. Even the hierarchical nature reveals the varied starting points for different artists. However, there are also pitfalls and legal shoals to navigate, in particular when it comes to taking up gainful employment.

Artists continue to face the problem that the official language of the authorities is German and that the employees do not speak foreign languages or choose not to use them. We therefore recommend that the art association extending the invitation leads the communication with authorities. This might involve the artist granting written power of attorney to the art association to obtain information. Personal interview appointments at the immigration office are also often associated with discriminatory and sometimes even traumatic experiences. It can be very helpful to take a German speaker, particularly if an applicant without German citizenship does not speak the German language. The person concerned at least has the right to bring a trusted person with them to the appointment within Germany for support. This does not have to be a lawyer or a person with a legal background. Even the presence of another person empowers the applicant and helps to bridge communication problems and can even stop potentially discriminatory behaviour on the part of the staff member at the public office.

A thorough assessment and knowledge of the situation concerning right to residence can help to simplify the application procedure and entry of the artist, as well as to foresee potential legal and actual obstacles and to circumvent them. However, we must acknowledge that artists without German citizenship face a situation in which information is confusing and difficult to access. There is also an enormous power imbalance between the authority and the applicant, which is extremely difficult to bridge, particularly in the case of conflict. We have already mentioned the emancipatory effect of the law for all artists without German citizenship. However, to exhaust the potential of the law and its effectiveness, applicants require support from existing structures as well as from well-connected and well-informed people. In our opinion, it seems appropriate that German art associations ensure that they can provide this support in their budget planning and organisational structure.

To ensure a successful, smooth entry, residence and the artist’s work on-site, it is crucial that these supporting structures within the arts industry in the Federal Republic of Germany stand by the artist during the entire process, before and after entry. For example, the art association extending the invitation can set the course early on so that it is associated with as little frustration and experience of discrimination for the artist as possible. From the art association’s point of view, it is essential that exhibitions can be planned reliably. It makes sense for the art association to be involved as early as possible for economic reasons alone, so that the exhibition does not have to be cancelled or postponed.

Even with no expectation that legal laypeople could navigate the (relevant) law, the information in B) has now made the art association aware of the varied legal constellations, advantages and disadvantages that it brings to the art association and above all, to the artists.

Entry with a Schengen visa may be faster and more affordable than applying for issuance of a national visa before entry; for this, exercise of a freelance artistic activity is only possible in a limited sense and a consolidated residence is not possible. The artist’s willingness to return to their country of origin is also frequently questioned, depending on how politically tense or

precarious the situation is in the country of origin. It can even be problematic if the long-term visa is only being issued with a validity of maximum twelve months and permits comprehensive gainful employment in part. At least this visa then in principle makes a consolidated residence possible for the artist after entry; there are sometimes also fewer prerequisites for issuance and fewer documents required to apply than if the artist is planning a residence of more than one year. Finally, a visa for the purpose of a permanent residence will be examined more intensively compared to a longer-term national visa. The largest disadvantage of this visa is that the process takes so long.

Applications for a visa or residence permit for freelance employment (Sec. 21 Para. 5 AufenthG) usually take more time as those for a visa or residence permit for other reasons (Sec. 7 Para. 1 S. 3 AufenthG) due to the number of authorities that generally have to be involved. In many places, the immigration offices involve the authority above it (for example, the Stuttgart Regional Council in Stuttgart) due to the exceptional character of the permit. However, we recommend the following, at least if the artist is only planning at temporary residence of more than 90 days but no longer than a year. According to the insights given here, it could make sense for art associations to develop scholarship and residency programmes to institutionalise the entry of artists without German citizenship and to simplify and speed up the process in individual cases. Some established institutions already offer such programmes and structures. Even if this is firstly associated with a certain amount of planning and organisational effort, it could be profitable in the long-term for many artists and could strengthen the Federal Republic of Germany’s position as a significant location in the international arts scene. Public funding that already exists for international artist exchange could also be applied for and used for this purpose.

In this context, art associations could play a decisive role as an agent between the artist and the public authorities. By collaborating with the ministries and immigration offices, art associations can acquire the recognition and support for their scholarship and residency programmes. If these programmes are recognised and funded by the government, they receive a certain seal of quality that can simplify the visa and approval processes for participating artists.

This seal of quality gives immigration offices and other competent authorities confidence in the seriousness and cultural value of these programmes. It shows that the projects are contributing positively to the promotion of art and culture in Germany and that the artists are officially recognised. This can facilitate a smoother visa and approval process for artists and help to overcome potential bureaucratic obstacles.

Close collaboration between art associations and government authorities contributes to a more effective design of scholarship and residency programmes for artists from overseas. This networking creates more opportunities to bring international artists to Germany and to promote cultural exchange. Cultural life in Germany will be enriched by creative contributions from artists from around the world.

We have already mentioned the significance that art has for Berlin and Hamburg and thus for their immigration offices. The right scholarship or residency programmes for artists and cultural workers from abroad could establish important locations for international art beyond these two larger cities, already renowned as artistic metropolises. It would also make sense to organise a joint exchange with interest groups for visual artists and art associations to profit from experiences gained. In this sense, the practicability of individual paths are relevant to exhaust the law’s potential.

If artists only intend a short-term residence of up to 90 days, it can also be helpful to adjust the art association’s framework programme in such a way that it is clearly subject to the “fiction of non-gainful employment”. Participation would then be possible with a Schengen visa. This would usually be issued faster and with fewer complications as the other visas mentioned here.

If it is not clear and/or remains unclear which bases of claims mentioned above apply to a concrete case or is the most advantageous, we recommend backing the application with several bases of claim simultaneously. An application can and should always include the addition that a visa or residence permit should be issued “pursuant to any basis of claim that can be considered”. The authorities must then examine all potentially applicable bases of claim and make a corresponding decision.

To best support artists and avoid problems with the application procedure from the beginning, art associations should start the process using these guidelines together with the artist quite early on — ideally at least twelve months before the planned entry — and gather the necessary documents. It would be especially helpful to obtain compelling statements from art associations to convince authorities of the fulfilment of any legal prerequisites or regional and economic advantages. Collaboration with other experts (such as the BKK) can help here.

Art associations should plan a fixed minimum budget per invitation for legal advice or supporting the artist from the beginning, during and even after the application procedure. It would at least make sense to facilitate an informative consultation with an immigration lawyer for each artist before their entry into Germany, to find the best individual solution for them, to identify potential pitfalls and to be well-prepared for the procedure. The investment in each application would be kept within reasonable limits but the value for the art association would be immense in comparison, since it can be more and more certain over time that the artists invited will actually be able to participate in the exhibitions.

A minimum spend of 400 Euros net per person and application procedure should be planned to secure costs for administrative proceedings and the documents to be presented, as well as potential legal counsel. Otherwise, a complete out-of-court representation pursuant to the RVG usually costs a minimum of 540.50 Euro gross. Beyond this, we recommend that institutions extending invitations support applicants even in the case of refusal of entry or residence permits, and to appeal such decisions in suitable cases to create legal precedents that can help others in the future. As the cost for such legal proceedings would be at least 1,017.45 Euros, institutions should consider establishing a fund to cover such costs in cases of need.

D) GLOSSARY

ANSPRUCHSGRUNDLAGE

[Basis of a claim]

The basis of a claim is a legal principle that assigns a claim to a fact as a legal consequence. The basis of the claim — either on its own or in conjunction with other regulations — describes a totality of prerequisites that are designated as prerequisites for the claim. Prerequisites for a claim could be material or personal in nature, they describe not only facts of living that could give rise to the claim, but they also limit the group of people who could be considered claimants or opponents of a claim

(from Wikipedia, <https://de.wikipedia.org/wiki/Anspruchsgrundlage>).

AUFENTHALTSLAUBNIS

[Residence permit]

The residence permit is a residence title in accordance with the Aufenthaltsgesetz [Residence Act]. It is bound to a purpose and issued restrictively to third-country citizens. It is not to be confused with the “unrestricted” permanent settlement permit. The residence permit is generally associated with permission to take up gainful employment if the gainful employment is not prohibited due to another more specific law. In this case, the applicant must apply for permission separately (Sec. 4a Para. 1 und 2 AufenthG). The residence title must state whether gainful employment is permitted and whether the title is subject to restrictions (Sec. 4a Para. 3 AufenthG)

(from Wikipedia, [https://de.wikipedia.org/wiki/Arbeitserlaubnis_\(Deutschland\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Arbeitserlaubnis_(Deutschland))).

AUFENTHALTSGESETZ — AUFENTHG

[Residence Act]:

The German Residence Act (AufenthG) contains the most significant legal bases for the entry, exit and residence of third-country citizens in Germany. Citizens of European Union countries entitled to freedom of movement and their family members and close relatives, along with some other special groups of people (e.g. diplomats, NATO members), are not covered by the Residence Act

(from Wikipedia: <https://de.wikipedia.org/wiki/Aufenthaltsgesetz>).

AUFENTHALTSGESTATTUNG

[Protection against deportation as a result of having sought asylum]

The right to remain while going through an asylum procedure on the bases of the Asylum Act (AsylG) in Germany is called Aufenthaltsgestattung (Sec. 55 Para. 1 AsylG). It is also the certificate that people receive once they have applied for asylum. It entitles asylum applicants to live and (under certain conditions) work in Germany until the asylum procedure is completed, i.e. a decision has been made (from Wikipedia: <https://de.wikipedia.org/wiki/Aufenthaltsgestattung>)

AUFENTHALTSVERORDNUNG

[Residence Ordinance]

The Residence Ordinance (AufenthV) is a statutory instrument applicable in Germany that mostly contains supplementary provisions to implement the Aufenthaltsgesetz [Residence Act]

(from Wikipedia: <https://de.wikipedia.org/wiki/Aufenthaltsverordnung>).

BESCHÄFTIGUNGSVERORDNUNG

[Employment Ordinance]

The Employment Ordinance (BeschV) regulates access to the German labour market and the conditions thereof for employees without German citizenship already living in Germany (from Wikipedia: <https://de.wikipedia.org/wiki/Besch%C3%A4ftigungsverordnung>)

DULDUNG [Temporary leave to remain]

According to the definition in the German Residence Act, Temporary leave to remain is a “temporary suspension of deportation” of third-country citizens subject to a final deportation order. It is not a residence title and does not substantiate a legal right to remain. Geduldete [tolerated] persons therefore remain subject to a final deportation order de jure

(from Wikipedia: [https://de.wikipedia.org/wiki/Duldung_\(Aufenthaltsrecht\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Duldung_(Aufenthaltsrecht))).

FIKTIONSBESCHEINIGUNG

[fictional certificate]

Third-country citizens in Germany prove the existence of a preliminary right to remain with a fictional certificate (from the Latin *fictio*, presumption, fiction). The certificate is frequently generated with an application for issuance or extension of a residence permit at an immigration office. The description *Fiktionsbescheinigung* is a reference to the legal fiction of continuation of the previous right to remain for as long as an application for a residence permit is being examined and a decision has not yet been made (also called *Fortgeltungsfiktion* [fiction of continued validity])

(from Wikipedia: <https://de.wikipedia.org/wiki/Fiktionsbescheinigung>).

GRENZÜBERTRITTSBESCHEINIGUNG (GÜB) [border-crossing certificate]

A border-crossing certificate is a piece of paper issued by a German authority to a third-country national subject to final deportation, in which the person’s deportation deadline is determined and which contains a section to prove departure from the Federal Republic of Germany

(from Wikipedia, <https://de.wikipedia.org/wiki/Grenz%C3%BCbertrittsbescheinigung>).

NATIONAL VISA (D Visa)

The visa for a longer-term residence (type D, often called a national visa) permits residence in a designated country (usually the issuing country, however in some cases, countries represent each other reciprocally for the issuance of visas). The respective target country will issue the visa in accordance with its national residence regulations

(from Wikipedia: https://de.wikipedia.org/wiki/Visa#Visa_nach_dem_SchengenRecht).

SCHENGEN REGION

The Schengen region, also commonly called the Schengen zone, is a casual description of the group of countries that are generally no longer subject to systematic border control. It is however still possible that customs controls exist, above all between member states of the European Union and third countries (from Wikipedia, https://de.wikipedia.org/wiki/Schengen_region).

SCHENGEN VISA (C visa)

Short-stay visas (type C) in accordance with Art. 4 to 32 of the Visa Code permit a residence for a time-limited occasion, thus short-term in nature in a registered area of validity within a time period of validity

(from Wikipedia: https://de.wikipedia.org/wiki/Visa#Visa_nach_dem_SchengenRecht).

VISA CODE

The Visa Code is a European Union regulation. It regulates the visa process for third-country citizens who wish to enter the Schengen region to reside for a short time. The official title is Regulation (EC) No. 810/2009 (Visa Code) (from Wikipedia, [https://de.wikipedia.org/wiki/Verordnung_\(EG\)_No._810/2009_\(Visakodex\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Verordnung_(EG)_No._810/2009_(Visakodex))).

ANNEX

Overview of costs for application procedures and legal recourse:

We will present the (potential) costs associated with the artist's right to enter and remain in Germany in the following table. This overview is intended to help art associations with budget planning (keyword: legal-economic considerations) but also to help the artist. For a better overview, we have included the costs that are usually incurred. For special regulations, in particular regarding circumstances that substantiate fee reductions or exemptions in the application process, refer to B). The costs of legal representation presented here are those determined by law — the Rechtsanwaltsvergütungsgesetz [Lawyers' Fees Act]. We have listed the average fee usually applied in regular cases. Lawyers can however use a higher value and thus charge a higher fee. They can also charge by means of a remuneration agreement instead of applying the statutory fees. An agreement on a fee that is higher than the statutory one is thus always possible and would not be unusual.

ANNEX

ITEMS \ TYPE OF VISA	SCHENGEN-VISUM (up to 90 days) — see B) I) 1)	NATIONAL VISA (90 days to 1 year) — see B) I) 2)	NATIONAL VISA / RESIDENCE PERMIT (more than 1 year) — see B) I) 3)
Processing fee	generally 80 € + max. 40 € for external service providers	generally 75 €	nat. Visum: generally 75 € Residence permit: generally 100 €
Documents (including certified translations, passport photos etc.)	min 100 €	min 100 €	min 100 €
Initial legal consultation	150–200 €	150–200 €	150–200 €
Legal representation in administrative procedure	min 540.50 €	min 540.50 €	min 540.50 €
Remonstrations: charges from authorities	none	none	none
Remonstrations — cost of a lawyer	min 540.50 €	min 540.50 €	min 540.50 €
Klageverfahren — Gerichtsgebühren	483 €	483 €	483 €
Lawsuit — court fees	min 1,017.45 €	min 1,017.45 €	min 1,017.45 €

Authors: Nora Ebeling (attorney-at-law in Berlin) and Viktor Riad (attorney-at-law in Berlin)
Last update: July 2023

REFERENCE LIST

- Auswärtiges Amt [Federal Foreign Office] (ed.): Service — Visa und Aufenthalt [Service — Visa and Residence], available at <https://www.auswaertiges-amt.de/de/service/visa-und-aufenthalt>, accessed 20.07.2023.
- ibid. (ed.): Service — Häufig gestellte Fragen (FAQ) — Visa für Deutschland [Service — Frequently Asked Questions (FAQ) — Visa for Germany], available at: <https://www.auswaertiges-amt.de/de/service/fragen-katalognode/-/606772>, accessed 20.07.2023.
- ibid. (ed.): Visahandbuch des Auswärtigen Amtes, 75. Ergänzungslieferung [Federal Foreign Office Visa Guidelines, 75th supplementary edition] (last updated: August 2022), available at: <https://www.auswaertiges-amt.de/blob/207816/a0f24b5e-2808a52f5f83c069d4b75bc0/visumhandbuch-data.pdf>, accessed 20.07.2023.
- Bettina Offer / Dr. Günther Mävers (ed.): Kommentar zur Beschäftigungsverordnung [Commentary on the Employment Ordinance], 2nd edition 2022 — C.H. Beck Verlag.
- Bundesagentur für Arbeit [German Federal Employment Agency] (ed.): Fachliche Weisungen — Aufenthaltsgesetz und Beschäftigungsverordnung [Expert Directive on the Residence Act/Employment Ordinance], (Last updated: 06/2021), available at https://www.arbeitsagentur.de/datei/dok_ba033210.pdf, accessed 20.07.2023
- Bundesministerium des Innern [Federal Ministry of the Interior] (ed.): Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Aufenthaltsgesetz vom 26. Oktober 2009 [General Administrative Regulations from 26th October 2009], available at https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/themen/migration/anwendungshinweise-fachkraefteeinwanderungsgesetz.pdf?__blob=publicationFile&v=3, accessed 20.07.2023.
- ibid. (ed.): Anwendungshinweise des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat zum Fachkräfteeinwanderungsgesetz [Instructions for application from the Federal Ministry of the Interior, for Construction and Community on the Skilled Workers Immigration Act] (last updated 06.08.2021), available at: https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/themen/migration/anwendungshinweise-fachkraefteeinwanderungsgesetz.pdf?__blob=publicationFile&v=3, accessed 20.07.2023
- Bundespolizei [German Federal Police] (ed.): Einreise und Aufenthalt — Einreise aus Drittstaaten [Entry and Residence — Entry from Third Countries], available at: https://www.bundespolizei.de/Web/DE/01Sicher-auf-Reisen/05Einreise-Aufenthalt/02Einreise-aus-Drittstaaten/Einreise-aus-Drittstaaten_node.html, accessed 20.07.2023.
- Dr. Sebastian Klaus / Dr. Philipp Wittmann (ed.): Aufenthaltsverordnung: AufenthV [Residence Ordinance: AufenthV], 1st edition 2022, C.H. Beck Verlag
- Landesamt für Einwanderung Berlin [Berlin State Immigration Office] (ed.): Verfahrenshinweise zum Aufenthalt in Berlin (VAB) [Procedural Instructions for Residence in Berlin (VAB)] (last updated April 2023).
- Lesben- und Schwulenverband (LSVD) e.V. [Lesbian and Gay Federation] (ed.): AUSLÄNDERRECHT — RATGEBER FÜR BINATIONALE PAARE [IMMIGRATION LAW — GUIDEBOOK FOR BINATIONAL COUPLES], available at: <https://www.lsvd.de/de/ct/1315-Auslaenderrecht-Ratgeber-fuer-binationale-Paare>, accessed 20.07.2023.
- Rainer M. Hoffmann (ed.): Nomos Kommentar Ausländerrecht [Nomos Commentary on Immigration Law], 3rd edition 2023, Nomos Verlag
- Senatskanzlei Berlin [Senate Office] (ed.): Service-Portal Berlin — Aufenthaltsdokument-GB [Service Portal Berlin — Residence document-GB], available at <https://service.berlin.de/dienstleistung/330043/?/dienstleistung/330043>, accessed 20.07.2023.
- Sven Hasse / Anwaltssozietät Jurati [Sven Hasse / Jurati Attorneys at Law] (ed.): Besuchsvisa und andere vorübergehende Aufenthalte [Visitor Visa and Other Temporary Residences] (last updated; July 2021), available at: www.jurati.de/wp-content/uploads/2021/06/voruebergewende-Aufenthalte.pdf, accessed 20.07.2023.
- Touring Artists (ed.): Infopool: Visa-Aufenthalt [Info Pool: Visa — Residence], available at <https://www.touring-artists.info/visa-aufenthalt/visa-aufenthalt>, accessed 20.07.2023
- ibid. (ed.): Brexit, available at www.touring-artists.info/ressourcen/brexit/uk-nach-deutschland, accessed 20.07.2023.

PUBLISHING DATE
2023 (Last update 2023)

This document was produced in the context
of the exhibition project *Niloufar Emamifar:*
EX GRATIA (May 6 – September 10, 2023)
at the Künstlerhaus Stuttgart

STUTTGART | 

NEU
START
KULTUR

STIFTUNGKUNSTFONDS

Callie's

if  Institut für
Auslandsbeziehungen

